Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2.50 Mark; durch die Post bezogen 2.00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Anzeigenpreis: 15 Pfennig für den Millimeter Höhe und Spalte; 70 Pfennig für Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 21045. 21047. 22251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1058 45 Freie Kreh. Halle.

Einzelpreis 10 Pf. | Halle, Dienstag, 22. Februar 1927 | 7. Jahrgang • Nr. 44

Keine Halbheiten!

Halle, 22. Februar.

In Sachsen ist ein Schiedsspruch gefällt worden. Die Metallarbeiter, die mit einer großartigen Wucht den Massenkampf für den Achtstundentag, beziehungsweise für die 46-Stunden-Woche, erzwungen haben, haben auf dem Papier den Achtstundentag erhalten. Auf dem Papier. In Wirklichkeit bringt der Schiedsspruch nicht den Achtstundentag, sondern den 8½-Stundentag. Es heißt wörtlich:

„Für einzelne Arbeitergruppen kann im Einvernehmen mit dem Betriebsrat die Arbeitszeit bis 51 Stunden in der Woche verlängert werden."

Es wird nicht gesagt, für welche Arbeitergruppen. Ferner präzisiert der Schiedsspruch nicht, inwieweit die Freiheit des Betriebsrats gesichert wird, die nötig ist, um die Mehrarbeit zu verhindern.

Wenn also der „Vorwärts" im Schiedsspruch den praktischen Sieg des Achtstundentages erblickt, so bedeutet dies eine Irreführung der Arbeiterschaft. Es muß weitergekämpft werden, bis der starre Achtstundentag ohne jede einschränkende Klausel und Hintertüren erzwungen wird!

Wahr ist dagegen, daß die Ablehnung der Verbindlichkeitserklärung einen ersten Erfolg der Arbeiterschaft bedeutet. Unter dem Massendruck würde in Leipzig und Sachsen beschlossen, trotz eventueller Verbindlichkeitserklärung den offenen Kampf aufzunehmen. Die Folge war, daß das reaktionäre Arbeitsministerium zum erstenmal den Rückzug angetreten hat.

Seit diesen Monaten haben die Kommunisten den offenen Kampf gegen den Schlichtungsschwindel und Verbindlichkeitsschwindel als den einzigen Weg aufgezeigt, auf dem die Arbeiter ihre Lebensbedingungen verbessern können. **Sie wurden von der reformistischen Gewerkschaftsbureaukratie und von den SPD.-Führern deshalb als Organisationszerstörer beschimpft.** Noch während des Hamburger Streiks erklärten die reformistischen Führer, daß jeder offene Kampf gegen Schiedsspruch und Verbindlichkeitserklärung einen „Tarifbruch" bedeuten würde und haben gegen die Kommunisten eine wüste Hetze eingeleitet.

Und heute? Heute erfolgte derselbe Schritt in Sachsen, den die Kommunisten in Hamburg forderten, und führte zu den ersten Erfolgen. Der jetzt gefällte völlig ungenügende Schiedsspruch bedeutet auch, daß unter dem Druck der im offenen Kampfe stehenden Arbeiter, und nur unter diesem Druck, die Scharfmachergegierung einen ersten halben Rückzug antreten mußte.

Man soll sich aber vom Schein nicht irreführen lassen. Der Schiedsspruch wurde nicht mit Lohnerhöhung verbunden. Im Gegenteil. Der Zuschlag von zehn Prozent für die Mehrarbeit bedeutet im Verhältnis zu den kümmerlichen Löhnen der Metallarbeiter eine Lohnkürzung. Der Zweck des Schiedsspruches ist klar. Die Arbeiter sollen zu „freiwilliger" Mehrarbeit gezwungen werden. Es ist selbstverständlich, daß die Metallarbeiter, solange die tariflichen Schandlöhne nicht aufgebessert werden, mit der Hungerpeitsche zur Mehrarbeit getrieben werden. So schlägt die Wirklichkeit der Behauptung des „Vorwärts", wonach der Schiedsspruch praktisch den Sieg des Achtstundentages bedeute, gerade ins Gesicht. Und schließlich ist zu berücksichtigen, daß angesichts des unerhörten Drucks, der in den Betrieben auf die Betriebsvertretung ausgeübt wird, der Einspruch des Betriebsrats ebenfalls praktisch unmöglich gemacht werden kann.

Welche Taktik verfolgten „die" linken Sozialdemokraten bei dem Kampf der Metallarbeiter? Sie zogen sich schrittweise auf die Linie des rechten Parteivorstandes zurück. Ihre Aufgabe würde darin bestehen, jetzt die gesamte Metallarbeiterschaft zum weiteren Kampf zu mobilisieren, um den vollen Sieg zu erringen. Werden sie das tun? Das müssen die nächsten Tage zeigen, indem sie sich nicht mit aller Kraft für die Verbreiterung der Front einsetzen, haben sie eigentlich schon ihre Karten aufgedeckt. Formell wird die Entscheidung den Metallarbeitern selbst überlassen werden. Das bedeutet, daß die „linken" Führer jede Verantwortung von sich abwälzen wollen.

Der ganze Verlauf des sächsischen Kampfes hat für die hallische Metallarbeiterschaft eine ungeheure Bedeutung. Erstens zeigt Sachsen, daß die Arbeiterschaft sich vom Schlichtungsschwindel nicht mehr aufhalten läßt. Zweitens geht aus dem Verlauf der Bewegung klar hervor, daß nur der gleichzeitige Kampf um den Achtstundentag und um Lohnerhöhung zur wirklichen Wiedereroberung der achtstündigen Arbeitszeit führen kann. Was aber nicht bedeutet, daß man im gegebenen Moment nicht den Kampf für den Achtstundentag allein aufnehmen und von hier aus weitertreiben soll. Eine Aufrollung aller Lohn- und Arbeitszeitfragen im Gesamtmaßstabe ist jetzt unvermeidlich.

Jetzt zeigt sich auch klar, daß der hallische Schiedsspruch nur den Zweck verfolgte, die Einheitsfront zwischen der mitteldeutschen und der sächsischen Metallarbeiterschaft zu verhindern. Um so mehr ist es unsere Aufgabe, das Kampfbündnis zwischen der Berliner und der mitteldeutschen Metallarbeiterschaft sowie den Dreibund zwischen Metall, Chemie und Bergbau zusammenzuschweißen. Kein Feilschen um die 53-, 52- oder 51-Stunden-Woche, sondern Kampf um den starren Achtstundentag und um angemessene Lohnerhöhung! Tragt den Kampfgeist in die Betriebe! Fordert die Ausbreitung der Front!

Demonstriert für den Kampf um den Achtstundentag!

1300 Streikende in Schanghai hingerichtet

Verzweiflungstaten des Imperialismus — Die Kanton-Armee vor den Toren Schanghais — 250000 Arbeiter streiken

(Eig. Drahtm.) London, 22. Februar.

Das Komitee des Generals Sun Tschuan Fang ergreift in Schanghai drakonische Maßnahmen gegen die Streikenden. „Morning Post" und „Daily Expreß" melden, daß etwa 1300 Streikführer hingerichtet seien. In der Stadt herrscht der Belagerungszustand. Der Generalstreik in Schanghai nimmt immer größeren Umfang an. Selbst bürgerliche Berichte sprechen von 250 000 Streikenden. Die englische Polizei patrouilliert in provokatorischer Weise in den Fabrikbezirken. Die Erregung unter der Bevölkerung ist aufs höchste gestiegen. Der chinesische Polizeidirektor Li Paschang, eine Kreatur des Generals Sun, droht jedem „Hetzer" mit dem Tode. Jeder, der auch nur mit einem Flugblatt in der Hand erfaßt wird, wird standrechtlich hingerichtet.

Die Politik des Enthauptens: Gegenmittel gegen den Streik

(WTB.) London, 22. Februar.

Alle Blätter veröffentlichen ausführliche Meldungen über die Massenhinrichtungen in den Straßen der Chinesenstadt von Schanghai. Ueberall sind die abgeschlagenen Köpfe hingerichteter Studenten und Streikposten in Käfigen auf Pfählen zur Schau gestellt. Der Berichterstatter der „Daily Mail" sagt: Die Politik des Enthauptens habe sich als wirksamstes Gegenmittel gegen das Streikfieber erwiesen. Dem Berichterstatter der „Times" zufolge hat der bisherige Verlauf des Streikes in Schanghai bewiesen, daß die kommunistische Organisation vorzüglich ist, sowohl in der Geschlossenheit der Aktion, die sich eher gegen Sun Tschuang Fang als gegen die Engländer richte, als auch in der Schnelligkeit, mit der der Schlag fiel, und in der Herrschaft über die Massen.

England rechnet mit dem Fall Schanghais

Der Generalstreik vollständig

Alle Abendblätter berichten übereinstimmend zum Teil aus China selbst, zum Teil aus London, daß infolge der katastrophalen Niederlage des Marschalls Sun, der von seinem nördlichen Verbündeten im Stich gelassen wurde und Hangtschau verloren hat, der Fall von Schanghai in allernächster Zeit erwartet werden darf. Die kantonesischen Truppen stehen unmittelbar vor der Stadt. Eine Verteidigung Schanghais vom Norden her, sei so gut wie ausgeschlossen. Zwischen Wupeifu und Tschangtsolin sollen übrigens heftige Differenzen ausgebrochen sein. Angeblich verhandelt Wupeifu mit Kanton über ein Zusammengehen mit Kanton. Wupeifu soll sogar Waffen und Truppentransporte Tschangtsolins angehalten haben. Der Generalstreik in Schanghai wird vollständig durchgeführt. Selbst englische Meldungen geben hunderttausend Mann Streikende zu. Die Trambahn, die Baumwollspinnereien, die Post, die Elektrizitäts- und Wasserversorgung, die Presse, die amerikanischen und englischen Zigarettenfabriken, der Hafenbetrieb und die Warenhäuser sind vom Streik stillgelegt. Das bestialische Vorgehen des gegenrevolutionären Polizeipräsidenten von Schanghai, der 15 Agitatoren der Kuomintang köpfen ließ, steigert die Erregung der Bevölkerung auf Siedehitze. In einer chinesischen Fabrik kam es zu ernsten Zusammenstößen mit der Menge, die Steine gegen die Fabrik schleuderte, und der Polizei. Die Ueberreste der Truppen des Generals Suns ziehen sich plünd- dernd zurück und überfluten die ganze Gegend. In den imperialistischen Kreisen und in den imperialistisch-freundlichen chinesischen Kreisen herrscht Panik und Chaos. Die japanischen und amerikanischen Kriegsschiffe sollen neue Truppenlandungen vorgenommen haben.

Ein angstschlotterndes Telegramm Tschangtsolins an Wupeifu

Tschangtsolin richtete ein längeres Telegramm an Wupeifu, in dem er diesen dringend auffordert, die Provinz Honan zu säubern, um seinen (Tschangtsolins) Truppen den Vormarsch gegen die Südtruppen zu erleichtern. Tschangtsolin fordert Wupeifu ferner auf, sich seiner unzuverlässigen Unterführer zu entledigen, und erklärt in dem Telegramm weiter: „Wenn ich jetzt nichts unternehme, so kann die Folge davon unter Umständen der Untergang der ganzen Nation sein".

Neuer Schiedsspruch für Sachsen

Achtstundentag auf dem Papier — 51-Stunden-Woche in der Praxis Weiterkämpfen für die 46-Stunden-Woche

(WTB.) Dresden, 22. Februar.

Die heutigen Verhandlungen zur Beilegung des Konfliktes in der sächsischen Metallindustrie führten zu folgendem Ergebnis: die regelmäßige Arbeitszeit ausschließlich der Pausen beträgt 48 Stunden wöchentlich. Abweichend hiervon kann für einzelne Arbeitergruppen im Einvernehmen mit dem Betriebsrat die Arbeitszeit bis zu 51 Stunden wöchentlich verlängert werden. Für die über 48 Stunden hinausgehende Arbeitszeit ist ein Zuschlag von 10 Prozent zu zahlen. Die Frist zur Erklärung läuft bis zum 24. d. M., mittags 12 Uhr. Es ist mit der Zustimmung der Parteien zu rechnen. Nach erfolgter Zustimmung hat die Aufhebung des Streikes und der Aussperrung unverzüglich zu erfolgen. Maßreglungen dürfen nicht vorgenommen werden.

Mißerfolg der Generalaussperrung

Die Grenzen der Solidarität der Unternehmer sind durch ihre Profitgier gegeben. In der Metallindustrie herrscht eine gute, zum Teil ausgezeichnete Konjunktur. Die sächsischen Metallindustriellen, die mit dringenden Aufträgen versehen waren, hatten keine Lust, die Aussperrung durchzuführen. Ein Teil der Unternehmer hat sich direkt geweigert, die Betriebe zu schließen. Die „Leipziger Neueste Nachrichten" melden: **„In Dresden haben allein sechs Großbetriebe mit 7200 Arbeitern nicht ausgesperrt, desgleichen das große Lauchhammer-Werk in Riesa mit 4000 Arbeitern. Die Mitglieder des Arbeitgeber-Schutzverbandes, der nicht ausgesperrt hat, beschäftigen in Sachsen etwa 20 000 bis 25 000 Arbeiter."** Hieraus ist ersichtlich, daß die Solidarität der Unternehmer nie so geschlossen ist, wie sie zu einer vollständigen Aussperrung erforderlich wäre.

Dresden für den Kampf

(Eig. Drahtm.) Dresden, 22. Februar.

Die Dresdner Funktionäre des DMV. nahmen in einer gut besuchten Versammlung zur Kampfsage Stellung und forderten einmütig Fortsetzung des Kampfes bis zur Durchsetzung der 46-Stunden-Woche in ganz Sachsen. Folgende, von der Opposition eingebrachte Entschließung wurde einstimmig angenommen:

„Die Obleute der ausgesperrten Betriebe der Dresdener Metallindustrie verlangen von den zuständigen Instanzen des DMV., daß sie einem Schiedsspruch, der über die 46-Stunden-Woche hinausgeht, ihre Zustimmung auf keinen Fall geben. Von der Verbandsleitung des DMV. in Dresden wird gefordert, entsprechend den Beschlüssen des Bundesausschusses des ADGB. mit allen zu Gebote stehenden Mitteln dafür zu sorgen, daß in allen Metallbetrieben nicht länger als acht Stunden am Tage und 46 Stunden in der Woche gearbeitet wird."

Was der „Vorwärts" sagt

(Eig. Drahtm.) Berlin, 22. Februar.

Der „Vorwärts" erklärt zu dem Schiedsspruch, daß mit ihm der Achtstundentag praktisch errungen sei.

Generalaussperrung der schlesischen Textilarbeiter

Nach einer Meldung des „Vorwärts" haben die schlesischen Textilindustriellen nunmehr beschlossen, die Aussperrung, die bereits für die Bezirke Görlitz und Reichenbach ausgesprochen worden war, auch auf alle übrigen Bezirke auszudehnen, und zwar soll die Gesamtaussperrung am 5. März in Kraft treten. Von dieser Aussperrung würden etwa 63 000 Personen betroffen werden.

Aussperrung der Württemberger Holzarbeiter

Dem „Vorwärts" zufolge hat der Verband der württembergischen Holzindustriellen die Aussperrung der gesamten württembergischen Holzarbeiter für den Mittwoch nächster Woche beschlossen. Anlaß für die Aussperrung war die Forderung von 16 Möbelpolierern einer Stuttgarter Möbelfabrik, den Stundenlohn wieder um den Betrag von acht Pfennigen zu erhöhen, den man ihnen vorher abgezogen hatte.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270222-16/fragment/page=0001

Volle Erwerbslosenunterstützung für die ausgesperrten Metall-, Textil- und Holzarbeiter

Am Schlusse der Reichstagssitzung vom Montag, dem 21. Februar, nahm der Genosse Rädel zur Geschäftsordnung das Wort und wies darauf hin, daß gegenwärtig in Sachsen **50 000 Metallarbeiter ausgesperrt sind.** Genosse Rädel verliest unter dauernden Unterbrechungen durch die Rechte und den Präsidenten folgenden Antrag:

„Die gegenwärtig in Sachsen (zum 25jährigen Jubiläum des Verbandes sächsischer Metallindustrieller) ausgesperrten 150 000 Metallarbeiter, die von der sächsischen Textilindustrie ausgesperrten Textilarbeiter und die ausgesperrten Holzarbeiter in Württemberg erhalten vom ersten Tage der Aussperrung an während ihrer ganzen Dauer die volle Arbeitslosenunterstützung aus Mitteln des Reiches."

Genosse Rädel verlangt, daß dieser Antrag als erster Tagesordnungspunkt in der Dienstagsitzung des Reichstags verhandelt wird, und daß anschließend daran gleichzeitig der kommunistische Antrag auf **sofortige Durchführung der achtstündigen Arbeitszeit** und der sozialdemokratische Antrag, betreffend das Arbeitszeitnotgesetz, zur Beratung gestellt werden. Kein Mensch könne die Wichtigkeit dieser Anträge leugnen. Kein Mensch könne auch die Tatsache leugnen, daß das Unternehmertum in Deutschland gegenwärtig in verantwortungsloser Weise den Elendszustand des deutschen Volkes immer weiter vertieft und dabei unterstützt wird durch die Spruchpraxis der Schlichtungsausschüsse. Hat doch der sozialdemokratische Schlichter Brandes erst vor kurzem für die sächsischen Textilarbeiter die 53-Stunden-Woche herbeigeführt. Diesem Treiben muß durch die sofortige Stellungnahme des Reichstages ein Ende gemacht werden.

Der Präsident Rieser und die Rechtsparteien, vor den Genossen Rädel bei seinen Ausführungen dauernd unterbrochen, waren nicht willens, die Anträge am Dienstag zu beraten. Gegen die Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten wurden die Geschäftsordnungsanträge des Genossen Rädel niedergestimmt.

Schluß mit dem Mehrarbeitsabkommen!

Initiativantrag der Kommunisten im Reichstag

(Kpvd.) **Berlin,** 21. Februar.

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat einen Initiativantrag eingebracht, in dem unter Hinweis darauf, daß demnächst im rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau das Mehrarbeitsabkommen abläuft, verlangt wird, daß nach dem 1. März bzw. 1. April neue Mehrheitsabkommen über die tarifliche Arbeitszeit von sieben Stunden unter Tag und acht Stunden über Tag hinaus nicht mehr abgeschlossen werden dürfen. Dasselbe gilt für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau, wo ebenfalls die Mehrarbeitsabkommen am **1. Mai d. J. ablaufen.** Der Reichsarbeitsminister ist durch Reichstagsbeschluß zu beauftragen: **1. Alle Schiedssprüche, die über die tarifliche Arbeitszeit hinausgehen, zu annullieren; 2. unverzüglich ein Verbot jeglicher Ueberstunden zu erlassen;** 3. anzuordnen, daß die für das rheinisch-westfälische Steinkohlengebiet ab 1. April d. J. tariflich geltende siebenstündige Arbeitszeit **ab 1. April für alle Bergbaubezirke in Anwendung kommt.**

Provokatorische Erklärungen der Schuhindustriellen

(WTB.) **Berlin,** 21. Februar.

Der Verband der Deutschen Schuh- und Schäftefabrikanten teilt mit: Die Gewerkschaften der Schuhindustrie haben den für diese bestehenden Reichstarifvertrag (Mantelvertrag und Lohntabellen) zum 31. März 1927 gekündigt. Gleichzeitig haben sie eine Reihe von Abänderungsanträgen eingereicht, die sich insbesondere auf Einschränkung der Ueberstundenarbeit, Erhöhung des Krankengeldes, Erhöhung der Ferienvergütung, Verlängerung des Ferienurlaubs, Einführung der Akkordgarantie, sowie einer Wiedereinstellungspflicht entlassener Arbeiter beziehen.

Sämtliche angeführten Abänderungsanträge bedeuten eine erneute Erhöhung der tariflichen Soziallasten und damit eine weitere Steigerung der unproduktiven Betriebsausgaben.

Die Bergarbeiter wollen kämpfen

Berlin, 21. Februar.

Der Bergarbeiterverband hat nach einem Bericht im „Vorwärts" gestern in Oberschlesien 14 öffentliche Bergarbeiterversammlungen abgehalten, die einstimmig von den massenhaft vertretenen Versammlungsteilnehmern eine Entschließung gegen den Schlichtungszwang für die Verkürzung der Arbeitszeit und die Erhöhung der Löhne annahmen.

Werktätigenkonferenz in Chemnitz

Chemnitz, 21. Februar.

Am gestrigen Sonntag tagte eine vom Bezirksausschuß der Werktätigen, Bezirk Erzgebirge-Vogtland, einberufene Delegiertenkonferenz der Werktätigen von Chemnitz und Umgebung, an der insgesamt 133 Delegierte, davon 15 Frauen und 5 Jugendliche, teilnahmen. Es waren vertreten: 48 Delegierte aus Betrieben, 20 Vertreter der Erwerbslosen, 4 der Kleinbauern, 6 der Mieterorganisationen, 4 von der IAH., 5 von der RH., 4 RFB., 4 RFMB., 4 von Ortsausschüssen des Kodewe, 3 von Sportorganisationen, 3 Sparer, 3 von Gewerkschaftsorganisationen, 2 von Einwohnerversammlungen, 2 von Gemeindeparlamenten, 1 Freie sozialistische Jugend, 2 von Frauenversammlungen und 4 von KPD-Organisationen. Neben Kommunisten waren sozialdemokratische Arbeiter und Unparteiische anwesend. Die Beschlüsse und Resolutionen der Konferenz wurden einstimmig angenommen. **Erwähnenswert ist besonders eine Erklärung der sozialdemokratischen Delegierten, die scharf gegen die Sabotage der sozialdemokratischen Führer und gegen ihre Vorgehen gegen die Kongreßdelegierten Stellung nahm.**

Riesenpensionen für monarchistische Generale,

Bettelpfennige für die Kriegsopfer und Kriegshinterbliebenen

Wenn Zahlen den Charakter einer Regierung aufzeigen, so insbesondere die Ziffern des Haushaltes **für Versorgung und Ruhegehälter** der „demokratischsten aller Republiken", der in der Reichstagssitzung vom Montag zur zweiten Beratung stand. Dieser Haushalt erfordert eine Ausgabe von **1 465 823 000 Mark.** Davon entfallen auf Ruhe- und Wartegelder der Zivilbeamten und die Versorgung ihrer Hinterbliebenen **87 626 000 Mark.** 104 abgehalfterte Minister und Staatssekretäre verschlingen von dieser Summe allein 1 736 000 Mark an Pensionen, die sie neben anderen Rieseneinkünften beziehen. In der krassesten Weise aber kommt der antisoziale Charakter dieser „Republik" und der Bürgerblock-Regierung in dem Gegensatz zum Ausdruck, der zwischen der **Versorgung der Kriegsbeschädigten,** Altrentner und Kriegshinterbliebenen und **den Pensionen der Offiziere und Beamten des alten Heeres** und der Witwen besteht.

Insgesamt 786 660 Kriegsbeschädigte, Altrentner und Kapitulanten ohne Dienstbeschädigung beziehen insgesamt **310 Millionen Mark Renten.** 40 020 Offiziere, Beamte und Beamten gleichgestellte Kapitulanten des alten kaiserlichen Heeres und der Marine dagegen beziehen **160 897 800 Mark,** darunter 1753 Generale allein 21 359 000 Mark. Die Gesamtausgaben für Hinterbliebene (370981 Witwen, 917890 Halb- und Vollwaisen und 225162 Eltern) betragen 387 Millionen Mark. 17 214 Offiziers- und Beamtenwitwen und 4508 Offizierswaisen des alten Heeres allein dagegen **49 542 400 Mark!**

Diese Zahlen sprechen eine deutliche Sprache: Riesenpensionen für monarchistische Generale, gute Versorgung der Offizierswitwen und Offizierswaisen — Bettelpfennige für die proletarischen Kriegsknüppel, Kriegerwitwen und Kriegerwaisen! Die kommunistische Reichstagsfraktion beantragt deshalb, die **Pensionen für 104 Reichsminister und Staatssekretäre a. D. (1 736 000 Mark) und der 1753 Generale (21 359 000 Mark) zu streichen,** dafür aber für die Versorgung der **Kriegsbeschädigten 150 Millionen,** für die **Kriegshinterbliebenen 100 Millionen** und für Heilbehandlung und dergleichen von Kriegsbeschädigten 20 Millionen Mark mehr im Etat einzusetzen.

Außerdem verlangen die Kommunisten, die 550 000 Mark, die als „Ehrenzulage für die Inhaber militärischer Orden" im Etat eingesetzt sind, zu streichen.

Der Reichshaushaltausschuß beantragt, eine Entschließung anzunehmen, die eine baldige Nachprüfung der Bestimmungen über die Ruhegehälter verlangt.

Die Kapp-Verbrecher verdanken Ebert und Hermann Müller ihre Pensionen

Eine Erklärung des Ministerialrats Kerschensteiner

Bei der gestrigen Debatte im Reichstag über den Haushalt für Versorgung und Ruhegehälter kam wieder einmal der skandalöse Fall des Kappisten Lüttwitz zur Sprache. Durch die Erklärungen des Ministerialrats Kerschensteiner wurden die letzten Schleier von dieser Angelegenheit weggerissen. Keine anderen Persönlichkeiten als der verstorbene Reichspräsident Ebert und der damalige Reichskanzler der SPD., Hermann Müller-Franken, sind es gewesen, die die Pensionsansprüche des Generals von Lüttwitz anerkannt haben. Diese Entscheidung im Fall Lüttwitz hat dann auch bei den anderen Kapp-Verbrechern Schule gemacht, so daß die beiden sozialdemokratischen Größen Ebert und Müller voll verantwortlich sind für die Pensionsansprüche, die an alle Kapp-Putschisten ausgezahlt worden sind. Weil die SPD.-Presse vor wenigen Wochen mit diesen skandalösen Fällen Propaganda machte, unterbreiten wir den SPD.-Arbeitern die Ausführungen des Ministerialrats Kerschensteiner. Das Urteil über diese Tatsachen überlassen wir den sozialdemokratischen Arbeitern selbst.

*

Ministerialrat Kerschensteiner teilte auf Anfrage des Zentrumsabgeordneten Gehrig mit, daß die Verabschiedung des Generals von Lüttwitz durch eine vom Reichsjustizminister Dr. Schiffer in Vertretung des Reichskanzlers unterzeichnete Verfügung erfolgt sei, **unter ausdrücklichem Vorbehalt der Regelung seiner Pensionsansprüche.**

In einer zweiten Verfügung, die vom damaligen Reichspräsidenten Ebert unterzeichnet und durch den Reichskanzler Hermann Müller gegengezeichnet war, sei der Vorbehalt der Regelung der Pensionsansprüche ausdrücklich noch einmal anerkannt worden. Auf Grund dieser Verfügungen habe das Reichsversorgungsgericht dem Pensionsanspruch stattgegeben.

Für Bischoff und Hauptmann Pabst sei das bayrische Landesversorgungsgericht zuständig.

Dieses habe die Entscheidung des Reichsversorgungsgerichts im Falle Lüttwitz abgewartet.

*

Ehrhardt habe keine Ansprüche gestellt.

Abgeordneter Müller-Franken (SPD.) sah sich auf diese Mitteilungen hin veranlaßt, zu erklären, daß er genötigt gewesen sei (!!?), die vorher vom Minister Schiffer ergangene Verabschiedungsverfügung gegenzuzeichnen.

Heute beginnt der Jürgens-Prozeß

Heute beginnt der Prozeß gegen den Landgerichtsdirektor Dr. Bernhard Jürgens, den ehemaligen Untersuchungsrichter des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik. Als er im März 1926 wegen umfangreicher Kriminalverbrechen verhaftet wurde, erregte seine Entlarvung ungeheures Aufsehen. Im ersten Augenblick forderten sogar bürgerliche Blätter, wie die „B. Z. am Mittag" und der „Berliner Börsenkurier" die Nachprüfung der Prozesse, in denen Angeklagte auf Grund des von ihm zusammengetragenen Materials verurteilt wurden und die Freilassung dieser Angeklagten. Auch der Rechtsausschuß des Preußischen Landtages nahm einen entsprechenden Antrag des bemokratischen Abgeordneten Dr. Grzimek an. Nach wenigen Tagen aber begann die bürgerliche und auch die sozialdemokratische Presse über den Fall Jürgens Stillschweigen zu bewahren. Warum diese Schwenkung? Weil der Fall Jürgens geeignet war, das Wesen der bürgerlichen Klassenjustiz zu enthüllen, weil er über die Bedeutung eines Einzelfalles weit hinausging! Wir werden diesen Prozeß ausführlicher behandeln.

„Wegen Beleidigung von Marx verurteilt . . ."

(Eig. Meld.) **Essen,** 21. Februar.

Das Schöffengericht in Essen verurteilte den Redakteur des „Ruhr-Echo" wegen Beleidigung des Reichskanzlers Marx zu fünf Monaten Gefängnis. Die Beleidigung soll in einem Artikel im Anschluß an eine Rede des Bürgerblock-Kanzlers enthalten gewesen sein. Die Urteilsbegründung sagt, daß der Artikel durch die Beleidigung des obersten Beamten der Reichsregierung die republikanische Staatsverfassung in der Oeffentlichkeit herabgewürdigt habe.

Noch 2 Austritte aus der völkischen Freiheitspartei

Gräfe allein auf weiter Flur

Berlin, 21. Februar.

Von der Deutschvölkischen Freiheitspartei wird mitgeteilt: Nachdem die Abgeordneten Graf Reventlow und Kube von der Partei geschieden sind, hat sich auch der Abgeordnete Stoehr von der Partei getrennt und sich der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands angeschlossen. Außerdem ist Theodor Fritsch, der Herausgeber des „Hammer", aus der Reichsleitung ausgeschieden.

Ausschlußprotest des kommunistischen Landtagsabgeordneten Kellermann

Genosse Kellermann hat gegen den Beschluß, ihn auf die Dauer von acht Tagen von den Sitzungen des Landtags auszuschließen, Einspruch erhoben und die Aufhebung dieses Beschlusses beantragt. Zur Begründung wird angeführt, daß der Amtsgehilfe ihn, Kellermann, auf der Tribüne wiederholt angefaßt habe. Er habe den Angriff des Amtsgehilfen nur abgewehrt.

Her mit der Verpfaffung der Schule

Der Reichselternbund, dem über 4000 evangelische Elternbünde angeschlossen sind, hat an die Parteien des Reichstags ein Schreiben gerichtet mit der Forderung der sofortigen Herbeiführung des Reichsschulgesetzes im christlichen Erziehungsinteresse. Diese Tatsache muß für die proletarischen Eltern ein Ansporn sein, ihre ganze Aktivität einzusetzen gegen die drohende endgültige Verpfaffung der Schule.

Neue amerikanische Truppenlandungen in Nicaragua

Der heuchelnde amerikanische Interventions-General

Managua, 21. Februar.

In Corinto wurden gestern 1800 amerikanische Marinesoldaten gelandet. Außerdem befinden sich 400 Mann in Leon und 350 in Chinandega. Auch sind die Eisenbahnen, Brücken und andere wichtige Punkte von amerikanischen Truppen besetzt worden.

Corinto, 21. Februar.

Admiral Latimer erklärte, es sei die Aufgabe der neuen in Nicaragua gelandeten amerikanischen Truppen, die Eisenbahnverbindungen nach denjenigen Punkten, an denen sich Amerikaner oder andere Ausländer befinden, aufrecht zu erhalten. Im übrigen bedeute die Truppenlandung nur eine Fortsetzung der amerikanischen Politik, die sich auf den Schutz von Leben und Eigentum der Ausländer beschränke; die Landung sei daher nicht als ein Schritt zu einer Intervention aufzufassen.

Külz macht Schule in Lettland

Auch Lettland soll ein Gesetz zur Bekämpfung von Schmutz und Schund erhalten. Mit der Ausarbeitung eines entsprechenden Entwurfs ist das lettische Ministerium des Innern zurzeit beschäftigt. Aus dem Innenministerium wird der Presse mitgeteilt, daß das vor kurzer Zeit in Deutschland angenommene Gesetz gegen Schmutz und Schund bei der Ausarbeitung des lettischen Gesetzprojekts als Vorlage dient. Welche Stellung das lettische Parlament zu diesem Gesetz einnehmen wird, ist noch unbekannt.

*

Vielleicht ist in Lettland noch ein Ministerposten für Herrn Külz frei, nachdem der sächsische Innenministerposten zu Wasser geworden ist.

Schnelldampferdienst Hamburg-Leningrad

Die staatliche russische Handelsflotte „Sowtorgflot" errichtet im laufenden Wirtschaftsjahr einen Schnelldampferdienst zwischen Leningrad und London, sowie zwischen Leningrad und Hamburg.

Politische Randbemerkungen

Jürgens und Thälmann

Am Tage vor der Reichspräsidentenwahl kommt Jürgens in die Zelle des Genossen Ernst Wollweber. Der beste Klassenrichter der deutschen Bourgeoisie ist an diesem Tage gut gelaunt und spricht von allerlei Dingen. Mit einer ausgesuchten Höflichkeit, immer in der Absicht, dem Genossen W. so nebenbei die Würmer aus der Nase zu ziehen. Schließlich kommt er auf die Politik und, was liegt näher — auf die Präsidentenwahl.

Jürgens: „Was meinen Sie, wer wird Reichspräsident?"

Darauf W.: „Bin ich ein Prophet?"

Mit dieser Antwort gibt sich Jürgens nicht zufrieden, er will unbedingt wissen, wie die politischen Gefangenen über die Reichspräsidentenwahl denken.

Jürgens: „Wenn nun Thälmann gewählt würde?"

W.: „Der wird leider nicht gewählt."

Jürgens: „Aber gesetzt einmal den Fall, er würde gewählt!"

W.: „Nun, wenn Sie es unbedingt wissen wollen, die Sache ist sehr einfach — dann kommen wir heraus und Sie hinein."

Der schnauzbärtige Wachtmeister, der mit dem Schlüsselbund in der Hand an der Zellentür steht, bisher respektvoll und ehrfürchtig, kann das Lachen nicht mehr verbeißen. Er lacht und hält sich vor Vergnügen den Bauch.

Jürgens: „Ihr Kommunisten seid doch gehässig."

Dann geht er nebenan zu dem Genossen Christian Heuck und erkundigt sich vorsichtshalber, ob auch er der Auffassung sei, daß, wenn die Kommunisten an der Macht sind, die Richter eingesperrt werden müssen.

Heuck: „Natürlich."

Jürgens: „Sie sind also der gleichen Auffassung wie W.?"

Heuck: „Gewiß! Und wenn ich im Falle einer Wahl Thälmanns etwas zu sagen haben würde, dann würden Sie sogar gefesselt durch die Straßen geschleift, genau so, wie Sie es mit uns gemacht haben."

Nach dieser Antwort war Jürgens nicht mehr neugierig.

Es ist nur gut, daß er nicht noch eine Zelle weitergegangen ist, sonst hätte ihm vielleicht der Genosse Melcher, der dort saß, gesagt: „Wenn ich etwas zu bestimmen hätte, dann würden Sie aufgehängt!"

Hipp Hipp Hurra mit dem eigenen Leibe

In der neuesten Nummer der offiziellen Reichsbannerzeitung veröffentlicht Dr. Ludwig Haas, demokratischer Reichstagsabgeordneter, unter der Ueberschrift **„Verteidigung ist Ehrenpflicht"** einige Sinnsprüche, von denen wir folgenden unseren Lesern nicht vorenthalten wollen: „Im deutschen Republikaner muß der Wille stark sein, sein Vaterland, seine Republik nach außen und innen **mit dem eigenen Leibe zu schützen . . .** Wir sind Pazifisten . . . Aber unser Pazifismus verlangt nicht, daß wir Haus und Hof, Recht und Freiheit dem Ansturm von Friedensbrechern wehrlos überlassen." — In diesen Denksprüchen behauptet Herr Haas, daß **es schamlos** sei, vom Krieg als „Stahlbad" zu sprechen. Er will im Reichsbanner in kriegerischen Dingen die „Schamhaftigkeit" einbürgern. Zu deutsch: Schamhafter Imperialismus oder Pianoimperialismus. Auch eine neue Attraktion des Reichsbanners.

Steigendes Elend, steigender Branntweinverbrauch

Im deutschen Reichsgebiet waren am 30 September 1925 insgesamt 53 528 Brennereien vorhanden. Die Branntweinerzeugung hat sich von 1,5 Millionen im Jahre 1923/24 auf 1,8 Millionen Hektoliter Weingeist 1924/25 gesteigert. Die Zunahme erklärt sich vor allem daraus, daß die im Interesse der Ernährungswirtschaft vorgenommenen Beschränkungen in der Verwendung der Rohstoffe im Laufe des Betriebsjahres aufgehoben wurden. Der Verbrauch an Trinkbranntwein betrug 1924/25 rund 1 Liter Weingeist pro Kopf der deutschen Bevölkerung.

Die vom Kapitalismus Enteigneten

Vor wenigen Tagen brachte eine Pressekorrespondenz aus Koblenz folgende Meldung: „Ihr Braubach am Rhein starb dieser Tage im Alter von fünfzig Jahren die Kleinrentnerin Fräulein Distelkamp. Der Totenschein trug folgende Bemerkung: **„Hungertod, langsames Siechtum infolge Nahrungsmangels."** Vor dem Kriege besaß die Verstorbene ein Vermögen von 145 000 Mark, das mündelsicher angelegt war, aber in der Inflation verloren ging."

Kurze politische Meldungen aus aller Welt

Der neu gebackene Landtagspräsident. Zum Präsidenten des Thüringer Landtags wurde der Abgeordnete Leber (SPD.) gewählt.

Nationalistenpack. Nach einem Vortrage des Professors Lessing in Duisburg, des ehemaligen Dozenten der Handelshochschule in Hannover, kam es zu Angriffen von nationalistischen Studenten gegen die Versammlungsteilnehmer. Einige Versammlungsteilnehmer wurden verletzt.

Völkerbundsvorsitzender Stresemann? Der „BZ." zufolge scheint es nach den bisherigen Dispositionen nunmehr sicher zu sein, daß Dr. Stresemann bei der bevorstehenden Ratstagung in Genf den Vorsitz übernehmen wird.

Primo de Rivera übernimmt das Ministerium des Aeußeren. Der spanische Minister des Aeußeren ist zurückgetreten. Der König hat das Portefeuille des Aeußeren Primo de Rivera übertragen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270222-16/fragment/page=0002

Bezirksparteitag der KPD. Halle-Merseburg

Politischer und organisatorischer Bericht

22.2.27

Am Sonntag, dem 20. Februar, fand der diesjährige Bezirksparteitag für Halle-Merseburg statt. Punkt ½9 Uhr wurde der Bezirksparteitag im großen „Volkspark"-Saal eröffnet. Außer den 125 Delegierten (3 Delegierte waren im letzten Augenblick verhindert zu kommen) waren zahlreiche Gäste erschienen, die an den Seiten des „Volkspark"-Saales Platz genommen hatten. Der hintere Teil des „Volkspark"-Saales war durch eine große Tür abgeschlossen, so daß der Saal gerade bequem die Zahl der Delegierten und Gäste aufnehmen konnte. Die Front des Saales war mit großen Transparenten und rotem Tuch ausgeschmückt worden. In der Mitte prangte in großen Lettern: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch in der 3. Internationale." Jeder Delegierte erhielt seine Mappe mit den eingebrachten Anträgen der einzelnen Ortsgruppen bzw. Unterbezirkskonferenzen, den vorgelegten politischen Resolutionen und sonstigem wichtigen Material. An den Wänden konnte man, anschaulich durch graphische Darstellungen den Stand der Mitgliederbewegung in den einzelnen Monaten des verflossenen Jahres studieren. Ebenso hatte die Geschäftsleitung des „Klassenkampf" durch anschauliche große Tabellen dafür Sorge getragen, den Stand der Abonnenten des „Klassenkampf" im verflossenen Jahr zu veranschaulichen. Die Bezirksbuchhandlung veranstaltete gleichzeitig unter den Gästen und Delegierten eine Bücherverlosung.

Tagesordnung und Kommissionswahlen

Punkt ½9 Uhr eröffnete Genosse Johannes Schröter den Bezirksparteitag. In seinen einleitenden Worten wies er auf den vergangenen Bezirksparteitag der KPD. hin und gedachte der Toten, die im vergangenen Jahr im Dienste der revolutionären Bewegung von uns gegangen sind. Sodann gab Genosse Johannes Schröter die Tagesordnung bekannt. Sie lautete:

1. **Politischer und organisatorischer Bericht.** (Referent: Johannes Schröter.)
2. **Die politische Lage und die Aufgaben der Partei.** (Genosse Dengel.)
3. **Anträge.**
4. **Wahlen:** a) zum Reichsparteitag,
   b) zur Bezirksleitung.

Die Tagesordnung wird einstimmig angenommen. Es folgen die Wahlen der einzelnen Kommissionen, zuerst die Wahl des Bureaus des Bezirksparteitages, dann die Wahlen der Mandatsprüfungskommission, der Redaktionskommission, der Wahlkommission und der Antragskommission. Genosse St. beantragt für die Behandlung der Anträge und Wahlen eine Zeit von zwei Stunden. Der Antrag wird jedoch abgelehnt. Darauf wird vom Bureau der Vorschlag gemacht, die Geschäftsordnung dahingehend zu ändern, daß anstatt der zehn erforderlichen Unterschriften für einen Antrag nur fünf Unterschriften erforderlich sind. Dadurch besteht für die Opposition die Möglichkeit, Anträge an den Bezirksparteitag einzubringen.

Eine Reihe von Begrüßungsschreiben sind eingelaufen, die der Genosse Lademann verliest. Unter den Begrüßungsschreiben befinden sich Schreiben der Bezirksleitung Württembergs, Danzigs, Ostsachens, Ostpreußens, Pommerns, Berlin-Brandenburgs. Auch die Zelle Anilin (Ludwigshafen) hat ein Begrüßungsschreiben an den Bezirksparteitag gerichtet. Genosse E. (Magdeburg) überbringt dem Bezirksparteitag die Grüße des Bezirks Magdeburg-Anhalt und weist auf die Notwendigkeit der Zusammenarbeit der beiden Bezirke hin.

Das Referat des Genossen Schröter

Sodann ergreift der Genosse Schröter das Wort zum politischen und organisatorischen Bericht:

Parteigenossen und Parteigenossinnen! Obwohl der Parteitag des Jahres 1926, der unter dem Zeichen des Ekki-Briefes stand, im allgemeinen die Richtigkeit des Ekki-Briefes anerkannt hatte, war trotzdem der tiefere Sinn des Ekki-Briefes von den breiten Massen der Parteimitglieder noch nicht erkannt worden. Das bedingte, daß im vergangenen Jahr, nach dem Bezirksparteitag 1926, noch einmal starke innenpolitische Auseinandersetzungen geführt werden mußten. Das ist das eine Merkmal des vergangenen Jahres. Die Tagung des letzten Parteitages fand statt, als das mitteldeutsche Unternehmertum in schärferem Maße dazu überging, die Konzentration und Vertrustung auch hier im Bezirk durchzuführen. Auf dem mitteldeutschen Proletariat lastete ein schwerer Druck. Die „Rationalisierung" war auch das Schicksal des mitteldeutschen Proletariats. Wenn wir die wirtschaftliche Entwicklung betrachten, so sehen wir, daß das mitteldeutsche Trustkapital in seiner Politik der Vertrustung und Rationalisierung seit dem letzten Bezirksparteitag weitere Fortschritte gemacht hat. Der Chemiekraft hat eine gewaltige Aufwärtsentwicklung und wirtschaftliche Festigung erreicht. Eine große Anzahl von Industrien hat er neu in sich aufgenommen (Wittenberg–Piesteritz–Eilenburg). Aber das wichtigste Merkmal war, daß der Chemietrust sich die Riebeck Montanwerke einverleibte, die im Besitz von über 75 Prozent der gesamten mitteldeutschen Braunkohlen sind. Den gleichen Prozeß der Konzentration und Vertrustung sehen wir auch in den anderen großen mitteldeutschen Industrien. Wenn auch die Erwerbslosigkeit für Mitteldeutschland, die zurzeit des letzten Parteitages den höchsten Stand erreicht hatte, zurückgegangen ist, so hat sich doch der Druck auf die mitteldeutsche Arbeiterschaft nicht gemindert, sondern verstärkt. Die Lohn- und Arbeitszeitbedingungen sind im Laufe des vergangenen Jahres noch schlechter geworden. Ein besonders krasses Beispiel hierfür bietet Mansfeld. Es ist der Partei nicht gelungen, den Prozeß der Rationalisierung auf Kosten der Arbeiterklasse irgendwie aufzuhalten. Keine großen zusammenfassenden Lohnbewegungen haben das mitteldeutsche Trustkapital gehindert, in der Fortsetzung seiner Politik, seine Profite auf Kosten der Arbeiterschaft zu steigern. Das ist das zweite Kennzeichen, das wir im Verlauf des vergangenen Jahres zu registrieren haben.

Das Fazit der innerparteilichen Diskussion

Ich sagte schon eingangs, daß die innerparteiliche Diskussion im letzten Jahre schärfer und intensiver war, als dies vor dem letzten Parteitag 1926 der Fall gewesen war. Diese Tatsache aber ist nicht allein darauf zurückzuführen, daß unsere Genossen noch nicht die Konsequenz der neuen Linie seit dem Ekki-Brief bis ins einzelne begriffen hatten, sondern vor allem auch darauf, weil sich in unserer Bruderpartei in der Sowjetunion eine neue Opposition gebildet hatte, deren Einfluß auch in unserem Bezirk durch die Heftigkeit und das neue Aufflammen der Diskussion sich bemerkbar machte. Wir haben diese Diskussion im Bezirk durchgeführt. Wir haben sie durchgeführt unter strikteste Einhaltung des demokratischen Prinzips. Die Opposition hatte die Möglichkeit, überall vor den Mitgliedern ihre Ansichten zu vertreten.

Wenn wir das Fazit dieser Diskussion ziehen, so müssen wir heute feststellen, obwohl wir besonders in der Ortsgruppe Halle die verschiedensten Oppositionsgruppierungen hatten, daß gerade in Halle der größte Teil derjenigen Genossen, die noch vor einigen Monaten auf Seiten der Opposition standen, heute wieder treu zur Partei stehen. Nicht so günstig lagen die Verhältnisse in Weißenfels, wo Schwarz sich einen geringen Einfluß gesichert hatte. Wir haben lange mit den betreffenden Genossen in Weißenfels uns ideologisch auseinandergesetzt. Aber die fortwährende Beschmutzung der Partei und Sowjetrußlands, die Propaganda für den Austritt aus den Gewerkschaften zwang schließlich die Bezirksleitung dazu, vier frühere Genossen auszuschließen. Es hat sich gezeigt, daß der Ausschluß der Meerheim und Genossen richtig gewesen ist. Irgendwelche Rückwirkungen in der Weißenfelser Organisation waren nicht zu bemerken, im Gegenteil, nach dem Ausschluß festigte sich die Organisation in Weißenfels wieder zusehends. Die Mehrheit der Zeitzer Organisation, die auf dem Standpunkt der Weber-Gruppe steht, hat alle Aufträge der Partei gewissenhaft durchgeführt. Sie wahrte im allgemeinen Parteidisziplin, und es war deshalb selbstverständlich, daß wir hier nicht zu organisatorischen Mitteln zu greifen brauchten. Wir haben selbst bei den Genossen, die an der Reichsfraktion der Opposition in Berlin teilgenommen haben — es sind im ganzen drei gewesen —, nicht zu organisatorischen Mitteln gegriffen, nachdem die betreffenden Genossen das Versprechen abgegeben hatten, die Beziehungen zu denen abzubrechen, die aus der Partei ausgeschlossen waren.

708 Diskussionen innerpolitischer Art haben wir im vergangenen Jahr innerhalb unseres Bezirks in den einzelnen Parteiorganisationen und Zellen geführt. Wir haben die Opposition ideologisch geschlagen auf Grund unserer praktischen Erfolge. Die Partei steht dadurch in sich gefestigt da.

Volksentscheidskampagne

Genosse Schröter geht sodann auf die einzelnen Kampagnen ein, die die Partei im Laufe des vergangenen Jahres durchgeführt hat. Die wichtigste Kampagne, die wir kurz nach dem letzten Parteitag führten, war die **Volksentscheidskampagne.** Wenn wir heute einen Rückblick auf die Volksentscheidskampagne werfen, so können wir feststellen, daß die Partei auch im Bezirk bei der Durchführung des Volksentscheids und der richtigen Anwendung der Einheitsfronttaktik einen guten Erfolg erringen konnte. Es gelang uns, durch unsere Kampagne an die breitesten Schichten der Bevölkerung heranzukommen. Dabei hat die Partei die Volksentscheidskampagne so durchgeführt, daß die Enteignung der Fürsten nicht Selbstzweck war, sondern Mittel zum Zweck, zur Herstellung einer breiten Einheitsfront aller Werktätigen.

Bemerkenswert bei der Volksentscheidskampagne war die Tatsache, daß in vielen Fällen Reichsbannerarbeiter und Mitglieder der SPD. zusammen mit RFB.-Kameraden und Genossen der KPD. Schulter an Schulter gegen den Terror der reaktionären Verbände kämpften, und daß sich an vielen Orten gemeinsame Einheitskomitees bildeten trotz der Gegenparole der SPD.- und Reichsbannerführung. Im Kreis Torgau-Liebenwerda kamen wir durch die Volksentscheidskampagne an die kleinbäuerlichen Schichten heran und es war uns möglich, diese Schichten von der Gefolgschaft der Bourgeoisie loszulösen.

Was taten wir während des englischen Bergarbeiterstreiks?

Die Ereignisse in England, der dortige Generalstreik und der ihm nachfolgende riesige Bergarbeiterstreik, hat die Partei veranlaßt, alles zu tun, um auch die mitteldeutsche Arbeiterschaft auf diese Ereignisse hinzulenken. Die Partei hat die größten Anstrengungen gemacht, auch in Mitteldeutschland die Bergarbeiter zu einer aktiven Unterstützung der englischen Bergarbeiter zu bewegen. Trotzdem ist es uns nicht gelungen, die Bergarbeiter zu einem Kampf für ihre eigenen Interessen zu mobilisieren. Ausschlaggebend für diesen Fehlschlag war neben der starken Inanspruchnahme der Partei durch die **innerparteiliche Diskussion** die Tatsache, daß die **Reformisten im ADGB.** in Mitteldeutschland noch einen **ausschlaggebenden Einfluß besitzen.** Neben diesen Anstrengungen haben wir die Aktion der IAH. unterstützt in ihren Sammlungen für die englischen Bergarbeiter. Der Bezirk Halle-Merseburg hat für diesen Zweck **rund 16 000 Mark aufgebracht.** Das ist gewiß nicht viel, besonders, wenn man bedenkt, daß allein der Konsumverein Halle mit 250 Mann Belegschaft 3200 Mark, die Produktiv-Genossenschaft mit 102 Mann Belegschaft 1500 Mark und die Angestellten der Partei im Bezirk 1148 Mark aufgebracht haben. Neben den Sammlungen hat dann die Partei noch 23 große Kundgebungen im Bezirk durchgeführt, in denen englische Bergarbeiter zu den Massen sprachen.

Unsere Aufgaben bei der Hochwasserkatastrophe

Eine weitere wichtige Kampagne der Partei war die Kampagne **zur Unterstützung der durch das Hochwasser geschädigten Kleinbauern.** Besonders im Kreis Torgau-Liebenwerda hatte das Hochwasser des vergangenen Sommers großen Schaden unter den Kleinbauern angerichtet. Diese Kampagne hat uns in hervorragendem Maße an die Schichten der kleinbäuerlichen Massen im Kreise Torgau-Liebenwerda herangebracht. Wir zeigten den Kleinbauern auf, wie sie bei der Entschädigungsfrage von den Großgrundbesitzern über das Ohr gehauen würden, wie durch die Eintreibung der Pachten und Steuern ihre Existenz bedroht sei, und es gelang uns, gerade im Kreise Torgau-Liebenwerda breite kleinbäuerliche Massen vom Landbund loszulösen. Wir führten im ganzen dort 22 sehr gut besuchte Kleinbauernversammlungen durch, haben eine Reihe von Hochwassergeschädigten-Komitees gebildet, die ein wichtiges Wort später mitzureden hatten bei der Verteilung der Summen, die von Provinz und Staat auf unsere Initiative hin bewilligt worden waren.

Die Erwerbslosenbewegung im Bezirk

Der letzte Bezirksparteitag hatte beschlossen, der Erwerbslosenbewegung stärkere Beachtung zu schenken wie bisher. Wir können heute feststellen, daß die Erwerbslosenbewegung ausschließlich unter der Leitung der KPD. steht. Die Erwerbslosenziffern im Bezirk sind zurückgegangen von ihrem Höchststand 40 000 im Frühjahr 1926 auf 16 800 im September. Die Ausgesteuerten sind dabei mit eingerechnet. Eine gute Wirkung auf die Organisierung der Erwerbslosenbewegung hat die Erwerbslosenkonferenz, die parallel zum Mitteldeutschen Landeskongreß der Werktätigen stattfand, gehabt. Ueberall haben nach dieser Konferenz sich Erwerbslosenausschüsse gebildet. Die Erwerbslosenzeitung, die vierzehntäglich erscheint, wird in mehreren tausend Exemplaren jedesmal verkauft. Auch die Verbindung der Erwerbslosenausschüsse mit den Kommunen hat sich gefestigt.

Die Landeskonferenz der Werktätigen

Alle diese Kampagnen sicherten schließlich den vollen Erfolg, den wir mit der Landeskonferenz der Werktätigen in Mitteldeutschland zu verzeichnen hatten. Der Zweck dieser Konferenz war, den Ver-

(Fortsetzung nächste Seite)

Politische Resolution

Der Bezirksparteitag der KPD. Halle-Merseburg stimmt nach dem Referat des Genossen Dengel über die Weltlage und die Aufgaben der Partei den Beschlüssen der VII. Erweiterten Exekutive ohne Vorbehalt zu.

1. Der Bezirksparteitag begrüßt, daß die VII. Erweiterte Exekutive aller ultralinken und rechten Abweichungen betr. der Einschätzung der Weltlage zurückgewiesen hat und somit auch zur Festlegung einer wirklich leninistischen Politik und Taktik kam. Die Weltlage wurde als eine Situation zwischen zwei Wellen der Revolution gekennzeichnet und eine relative Festigung des Kapitalismus aufgezeigt, zugleich aber auch sein labiler, schwankender Charakter nachgewiesen. In der Stellung der Kommunisten zur Rationalisierung wurde eine eindeutige, marxistisch-leninistische Linie festgelegt. Die Kommunisten kämpfen nicht gegen den technischen Fortschritt, gegen die Verbesserung des Produktionsapparates, sondern nur gegen seine kapitalistische Anwendung, die sich stets gegen die Arbeiterklasse wenden muß. Indem die Kommunistische Partei gegen die kapitalistische Rationalisierung, die für das Proletariat neue Verelendung bringt, kämpft, mobilisiert sie die Kräfte des Proletariats zum Kampfe für den Sozialismus. Nur eine sozialistische Rationalisierung ermöglicht den Unterdrückten, ihre Lage grundsätzlich zu ändern, alle wirtschaftlichen und kulturellen Kräfte zur vollen Entfaltung zu bringen.

2. Die VII. Erweiterte Exekutive hat besonders scharf betont, daß es die Aufgabe der Kommunistischen Internationale ist, alle Kräfte auf die revolutionären Brennpunkte, als Störungsfaktoren der kapitalistischen Stabilisierung, zu konzentrieren; Unterstützung des sozialistischen Aufbaues der Sowjet-Union, des Befreiungskampfes der unterdrückten Völker in China, der Linksbewegung der englischen Arbeiterklasse. Der Verschärfung des Klassenkampfes in Deutschland und den anderen kapitalistischen Ländern muß die Kommunistische Internationale volle Aufmerksamkeit schenken, die Sammlung der Massen unter der Führung der Kommunistischen Partei zum revolutionären Kampfe vorbereiten.

3. Bei der Behandlung der deutschen Frage stellte die Erweiterte Exekutive fest, daß die seit dem Offenen Briefe des EKKI eingeschlagene Politik richtig ist und fortgesetzt werden muß. Der Partei ist es gelungen, wie die größeren Kampagnen, Fürstenenteignungskampagne, Mobilisierung der Massen zum KdW., die Gewerkschaftsarbeit dokumentieren, wieder unter richtiger leninistischer Anwendung der Einheitsfronttaktik aus der Isolierung herauszukommen, bei den werktätigen Schichten im breiten Maße das Vertrauen zurückzugewinnen.

Der KPD. wurde die Aufgabe gestellt, die Entwicklung des deutschen Kapitalismus, seine neuen imperialistischen Bestrebungen genauestens zu untersuchen und den politisch-ökonomischen Inhalt festzustellen. Die relative Stabilisierung verschärft die sozialen Gegensätze, steigert den Klassenkampf und zeigt das Herannahen einer unmittelbar revolutionären Situation auf. Die Aufgabe der deutschen Partei ist, eine gesteigerte Mobilisierung der Massen zu ermöglichen und die Arbeiterklasse in den Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierung, gegen die Verschlechterung ihrer Lebenslage zu führen.

Die politische Situation in Deutschland hat sich durch das Zustandekommen des Bürgerblocks weiter verschärft und es ist selbstverständliche Pflicht der Partei, die Massen gegen den reaktionären Bürgerblock zum Kampf aufzurufen und zu führen.

Auch die Schwächen und Mängel der Parteiarbeit wurden klar und scharf aufgezeigt: nicht genügende Aktivität in der Gewerkschafts- und Betriebsarbeit, nicht genügende politische und organisatorische Auswertung der geführten Kampagnen, mangelhafte Schulungsarbeit, und ihre Abstellung wurde zur Pflicht gemacht.

4. Bei der Behandlung der innerparteilichen Lage der KPD. hat die Erweiterte Exekutive die ultralinken und rechten Abweichungen der Oppositionsgruppe scharf verurteilt und ihre menschewistischen Tendenzen aufgezeigt. Der Ausschluß von Maslow, Ruth Fischer, Scholem, Urbahns und Schwan wurde nach eingehender Prüfung ihres Appells bestätigt. Der falsche Standpunkt der Weber-Gruppe wurde verurteilt, dieselbe aufgefordert, ihre Beziehungen zu den Ausgeschlossenen abzubrechen, die Fraktionsarbeit einzustellen und kommunistische Parteidisziplin zu wahren. Der Bezirksparteitag stimmt diesen Beschlüssen ausdrücklich zu und stellt fest, daß im Bezirk Halle-Merseburg die Opposition vollkommen geschlagen wurde. Der Bezirksparteitag erwartet, daß jeder Fraktionsarbeit von ultralinks oder rechts mit aller Energie entgegen-

5. Bei der unerbittlichen Bekämpfung der ultralinken Fraktionsgruppen darf die Partei im Interesse einer dauernden Konsolidierung der KPD. keinen Augenblick die rechten Tendenzen unterschätzen, auf ihre Bekämpfung weniger Wert legen. Gerade in der Periode der relativen Stabilisierung des Kapitals sind die Gefahren rechter Abweichungen besonders groß und können bei nicht genügender Beachtung sich zur ernsthaften Bedrohung der Partei auswachsen. Jeder Parteiarbeiter soll und muß ohne Rücksicht auf die Zugehörigkeit zu einer früheren Gruppierung zur Mitarbeit herangezogen werden, vorausgesetzt, daß er die Fehler einsieht und von

Dies gilt für die Genossen, ob sie früher zu ultralinken Gruppierungen oder zur Gruppe Brandler und Thalheimer standen. Das Verhältnis des Genossen Ernst Meyer zum ZK. ist durch seine Erklärung geklärt. Gegen alle Genossen, die auf ihrem alten opportunistischen Standpunkt beharren, wie dies in der Haltung des Genossen Böttcher zum Ausdruck kommt, oder eine Gruppenarbeit fortsetzen, wird und muß die Partei mit schärfster Rücksichtslosigkeit kämpfen.

Was die Stellung zu den Genossen Brandler und Thalheimer anbetrifft, so hat die Exekutive und das ZK. der KPD. darauf hingewiesen, daß beide Genossen auf ihren opportunistischen Fehlern von 1923 bestehen. Der Bezirksparteitag erwartet, daß an der Verurteilung dieser Fehler mit unerbittlicher Strenge festgehalten wird. Der Beschluß der Erweiterten Exekutive, den Genossen die literarische Mitarbeit unter der Kontrolle des ZK. zu gestatten, die Frage ihrer Rückkehr nach Deutschland von dem Beschluß der deutschen Partei abhängig zu machen, wird gutgeheißen.

Grundsätzlich stellt der Bezirksparteitag fest, daß eine Rückkehr von Brandler und Thalheimer zurzeit nicht opportun ist, erklärt aber zugleich, daß die Ausschaltung eines Genossen aus der Parteiarbeit, der keine Fraktionsarbeit leistet, sich der bolschewistischen Disziplin unterordnet, aus Gründen seiner falschen politischen Stellungnahme auf die Dauer nicht zulässig ist.

Eine Verwendung von Brandler und Thalheimer in führenden Funktionen kann, solange sie ihre politischen Fehler nicht anerkannt haben, nicht in Frage kommen.

6. An den Parteitag der KPD. richtet der Bezirksparteitag die Aufforderung, alle Maßnahmen zu treffen, welche die Konsolidierung der Partei gewährleisten, die Einheit der Partei sichern und alle Voraussetzungen zu schaffen, daß die seit dem Erscheinen des EKKI-Briefes eingeschlagene Politik unbedingt fortgesetzt wird.

7. Bei der Durchführung der politischen Aufgaben im Bezirk Halle-Merseburg billigt der Bezirksparteitag unter Anlehnung an die Beschlüsse der VII. Erweiterten Exekutive die in der politischen Plattform des Bezirks („Bolschewistischer Kurs", Dezember/Januar-Nummer) aufgezeigte Linie und gelobt, alle Kräfte einzusetzen, den gestellten Aufgaben gerecht zu werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270222-16/fragment/page=0003

treiern der Werktätigen die wirtschaftliche Entwicklung durch die kapitalistische Rationalisierung klarzumachen, klarzumachen, wie notwendig es sei, dagegen die Front der Arbeiter zu stärken, um diese Entwicklung durch Arbeits- und Lohnkämpfe zu durchkreuzen. Der Kongreß illustrierte in der Tat das Bündnis der Arbeiter und der Arbeitslosen in einer Front mit den verelendenden Kleinbauern. Wir hatten innerhalb der Partei starke pessimistische Stimmungen bei der Organisierung der Landeskonferenz der Werktätigen zu verzeichnen. Aber sie wurden umgewandelt, als der Erfolg der Konferenz alle Erwartungen übertroffen hatte. Nur zu einem Teil setzte sich die Konferenz aus Parteigenossen zusammen. Die Mehrzahl bestand aus parteilosen Werktätigen. Ueber 30 SPD.-Arbeiter waren von den verschiedensten Organisationen zu dem Kongreß delegiert worden. Nach dem Kongreß setzte eine breite Kampagne ein, die sowohl vom Landes- wie vom Reichskongreß der Werktätigen innerhalb ihrer Organisationen Bericht erstattete. Wir konnten überall an der Verschärfung der Opposition innerhalb der SPD. bemerken, daß die Landeskonferenz der Werktätigen stark dazu beigetragen hat, die Linksbewegung innerhalb der werktätigen Bevölkerung zu fördern.

Unsere Antikriegskampagne

Wie im vergangenen Jahr, so führten wir auch in diesem Jahre eine breite **Antikriegskampagne** durch. Wir führten im ganzen im Bezirk 32 große Kundgebungen durch, in denen sich zeigte, daß die breiten Massen nicht den Weltkrieg vergessen haben und durchaus aufmerksam geworden sind auf die kommenden Kriegsgefahren, die in ihren Konturen schon deutlich sichtbar sind. Diese Antikriegskundgebungen haben dazu beigetragen, daß die Sympathie für Sowjet-Rußland gewachsen ist. Während die Antikriegskundgebungen anläßlich der Wiederkehr der Augusttage stattfanden, haben wir, als der **faschistische Umsturz in Litauen** verschärfte Kriegsgefahr signalisierte, überall im Bezirk große Kundgebungen veranstaltet. Auch bei diesen Kundgebungen zeigte sich eine lebhafte Bewegung der Arbeiterschaft gegen die Kriegspläne der Imperialisten, die Kriegsfront gegen Sowjet-Rußland aufzurichten. Bei dieser allgemeinen Kampagne: Hände weg von Sowjet-Rußland! die bei der Antikriegskampagne wie bei der Litauen-Kampagne ihre Höhepunkte hatte, haben uns die **Rußland-Delegierten** unseres Bezirks treu zur Seite gestanden.

Andere Veranstaltungen

An sonstigen Veranstaltungen der Partei im verflossenen Jahr sind noch die **Veranstaltungen zum 1. Mai** zu nennen, die meistenteils von den Gewerkschaften durchgeführt wurden. Obwohl es vorkam, daß wir in einzelnen dieser Veranstaltungen unser Gesicht als Partei nicht gewahrt haben, so ist doch festzustellen, daß dies lediglich in vereinzelter Weise geschehen ist. In 53 Kundgebungen sprachen unsere Redner, Kundgebungen, zu denen auch die SPD.-Arbeiter, durch die Gewerkschaften gebunden, erschienen waren.

Zum Schluß, ehe Genosse Schröter auf die organisatorischen Fragen im Bezirk einging, streifte er noch die diesjährigen **Lenin-Liebknecht-Luxemburg-Feiern**, die zu guten Werbekundgebungen ausgestaltet worden waren. Die Beteiligungsziffern an diesen Kundgebungen waren noch nie so gut, wie in diesem Jahre. Die Feiern waren meist sehr gut vorbereitet, dies war besonders in Halle der Fall.

Der Schluß der Rede des Genossen Schröter (organisatorischer Bericht) und die anschließende Diskussion folgen in der morgigen Nummer.

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Bureau und Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 21473. — Postscheckkonto Leipzig 107 001
Arthur Sämisch, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Seeben. Mitgliederversammlung Mittwoch, 23. Februar, 8 Uhr, Gasthof Glaser.
Zwintschöna. Arbeitsgebietsversammlung für die Orte Brudorf, Dieskau, Canena, Kleinkugel und Zwintschöna am Donnerstag, 24. Februar, abends 8 Uhr, im Gasthof Horn in Zwintschöna.
Sennewitz. Arbeitsgebietsversammlung Donnerstag, 24. Februar, abends 9 Uhr, im Gasthof „Köter". Alle Ortsgruppen des Arbeitsgebiets müssen vertreten sein.
Teicha. Mitgliederversammlung Donnerstag, den 24. Februar, abends 8 Uhr, im Gasthof Stelzer. Thema: Kommunalpolitische Angelegenheiten. Ref.: Gen. Kilian.

Unterbezirk Delitzsch

Brodau. Oeffentliche Landarbeiterversammlung Mittwoch, den 23. Februar, abends 8 Uhr, im Gasthof. Referent ist anwesend.
Wolkeritz. Oeffentliche Landarbeiterversammlung Donnerstag, 24. Februar, abends 8 Uhr, im Gasthof. Ref.: Gen. Baumgärtel.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Naundorf b. L. Sitzung der Gemeindevertreterfraktion Mittwoch, 23. Februar, abends 8 Uhr, im Gasthof.
Wahrenbrück. Oeffentliche Versammlung Donnerstag, 24. Februar, abends 8 Uhr, im „Ratskeller". Ref.: Gen. Holzweißig.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Weißenfels. Sitzung der Agitprop der KPD. mit Pol-Leitern der Betriebszellen Mittwoch, 23. Februar, 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Ref.: Gen Baumgärtel.

„Roter Frontkämpfer-Bund"

Adresse der Gauführung des RFB Halle-Merseburg: Fritz Brückner. Halle a. d. S., Große Klausstraße 19.
Bureauzeit des Sekretariats des RFB. vormittags 9 bis 1 Uhr, nachmittags 3 bis 7 Uhr. Mittwochs und Sonnabends von 9 bis 1 Uhr und 3 bis 8 Uhr abends.
Postscheckkonto: Leipzig. Konto Nr. 14971 Fritz Brückner, Halle.

Untergau Halle-Saalkreis

Halle, Abt. 3 (Westen). Mittwoch, 23. Februar, abends 8 Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft Abteilungsversammlung. Mitgliedsbücher mitbringen. RFB.-Genossen der 3. Kameradschaft eine halbe Stunde früher.
Halle. Reserve-Tambours und Reserve-Hornisten. Mittwoch, 23. Februar, abends 7½ Uhr, im Lokal Wögel, Unterberg, Neben.
Halle. Abteilung 1, Osten. Mittwoch, 23. Februar, bei Lohse Vorstandssitzung mit Kameradschaftsführer.
Könnern. Freitag, 25. Februar, 8 Uhr, im „Bürgergarten" Mitgliederversamml.
Ammendorf. Donnerstag, 24. Februar, abends 7½ Uhr, im „Burgschlößchen" Leseprobe. Kameraden, die noch mitwirken wollen, melden sich beim Leiter.
Ammendorf. Freitag, 25. Februar, 8 Uhr, im „Burgschlößchen" Mitgliederversamml.
Lettin. Donnerstag, 24. Februar, abds. 8 Uhr, in der „Erholung" Pflichtversamml.

Jungfront

Halle. Die für heute angesetzte Funktionärsitzung muß Umstände halber ausfallen. Alle Mitglieder der Gewerkschaftsjugendsektion beteiligen sich an der Versammlung im „Volkspark".
Halle. Abteilung 5, Zentrum. Heute abend 7½ Uhr bei Kamerad Walter Funktionärsitzung.
Halle. Abteilung 5, Zentrum, 1. Kameradschaft. Heute abend 8 Uhr in der „Goldenen Kette" Teilnahme an der Kameradschaftspflichtversammlung.
Halle. Abteilung 5, Zentrum. Donnerstag, 24. Februar, abends 7½ Uhr, Sammeln zum gemeinsamen Abmarsch nach der Produktiv-Genossenschaft.
Halle. Donnerstag, 24 Februar, abends 8 Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft Unterhaltungsabend. Musikspieler mit Instrumenten eine halbe Stunde früher.

Untergau Merseburg

Merseburg. Freitag, den 25. Februar, abends 7½ Uhr, in „Stadt Leipzig" Vollversammlung. Referent: Kam. Bormann.

Untergau Saltendiß

Alle Ortsgruppen des Untergaues Saltendiß müssen sofort der UG.-Führung melden, wieviel Kameraden nach Merseburg fahren.
Saltendiß. Donnerstag, den 24. Februar, Uebungsstunde der Spielleute in der „Weißen Taube".

Untergau Mansfeld (Seekreis)

Eisleben. Donnerstag, den 24. Februar, große Funktionärsitzung im „Volkshaus".

Untergau Mansfeld (Gebirgskreis)

Hettstedt. Donnerstag, 24. Februar, Uebungsstunde der Schalmeienkapelle bei Kam. Franz Pfeifer.

Untergau Bitterfeld

Bitterfeld. Donnerstag, 24. Februar, abends 8 Uhr, im „Gesellschaftshaus" Versammlung. (Roter Tag.)

Untergau Wittenberg

Wittenberg-Piesteritz, Abteilung Wittenberg. Freitag, 25. Februar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus Pflichtversammlung.

Untergau Weißenfels

Weißenfels. Rote Jungfront. Mittwoch, 23. Februar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus Jungfront-Versammlung.

Untergau Zeitz

Freitag, 25. Februar, abends 7 Uhr, müssen die Ortsgruppen des Untergaues am Bahnhof in Zeitz erscheinen zum Empfang des Kam. Leow von der Bundesführung Zeitz, Rote Jungfront. Mittwoch, 23. Februar, wichtige Zusammenkunft. Lokal und Zeit wie immer.

Kommunist. Jugendverband Deutschlands

Bezirk Halle-Merseburg
Jugendsekretariat: Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14
Fernruf 21473

Alle Ortsgruppen stellen sich schon jetzt auf ihre Arbeiten im März ein:
1. Märzfeiern.
2. Versammlungen gegen Bürgerblock und Kriegsgefahr.
3. Vorbereitungen zum Reichsjugendtag.
4. Berichterstattung von der Bezirkskonferenz.
5. Schulentlassungsfeiern usw.

Bezirksleitung. Donnerstag 24. Februar, 7 Uhr, Sitzung im Jugendsekretariat.
Bezirksausschuß. Sonnabend, 26 Februar, abends 7 Uhr, Sitzung in der Produktiv.
Bezirkskonferenz. Beginn Sonntag vormittag 9 Uhr im Kartellzimmer des „Volksparks" zu Halle.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Halle. Mittwoch abend 8 Uhr im „Reichskrone" Musikübungsstunde.
Halle. Mittwoch abend 7½ Uhr Jugendherberge, Weingärten, Zusammenkunft der Propagandatruppe.
Halle, Gruppe Westen. Freitag, 25. Februar, abends 8 Uhr, Werbeabend in der Produktiv-Genossenschaft, Lerchenfeldstraße 14.
Halle, Gruppe Westen. Donnerstag, 24. Februar, abends 7½ Uhr, Hauptprobe in der Produktiv-Genossenschaft.
Halle, Gruppe Nord. Freitag, den 25. Februar, abends 8 Uhr, im „Volkspark" Mitgliederversammlung. Mitgliedsbuch ist mitzubringen.
Ammendorf. Freitag, 25. Februar, abends 8 Uhr, Theaterprobe. Nur Theaterspieler haben zu erscheinen.
Reisnitz. Mittwoch abend 8 Uhr im Lokal Sperling Gruppenabend. Thema: Was wollen wir Kommunisten? Ref.: Gen Otto.

Unterbezirk Merseburg-Querfurt

Merseburg. Mittwoch abend 8 Uhr a. d. Kloster außerordentl. Mitgliederversaml.
Querfurt. Mittwoch, 23. Februar, Diskussionsabend im „Schützenhaus".
Merseburg. Donnerstag abend 8 Uhr bei Gen. Bonk Sitzung der Wigewa-Abteilung. Alle dazu gehörenden Genossen müssen erscheinen.

Unterbezirk Delitzsch

Delitzsch. Mittwoch, 23. Februar, abends 8 Uhr, im „Lindenhof" Gruppenabend. Thema: Russische Revolution. Referent: Gen. Rudi.
Delitzsch. Donnerstag, 24. Februar, abends 8 Uhr, Funktionärsitzung.
Glesien. Freitag, 25. Februar, abends 8 Uhr, Liederabend.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Bockwitz. Mittwoch, 23. Februar, Gruppenabend.
Mückenberg. Freitag, 25. Februar, Gruppenabend.

Stadt-Theater
heute
Dienstag 7½ Uhr.
Don Carlos
Mittwoch, 8 Uhr
Paganini

Walhalla
Tel. 2838
Anfang 9 Uhr
Nur noch 7 Tage
Der große Erfolg
Die Revue der schönen Frauen:
Das Journal der Liebe
486
Original Wiener Ausstattungsrevue in 29 Bildern
Die berühmte Western-Gruppe
24 Original Vienna-Girls
Ueber 300 Kostüme
30 Mitwirkende
Trotz enormer Unkosten kleine Preise von 60 Pf. bis 4 Mk.
Vorverkauf ab 11 Uhr ununterbrochen

Lederkohlen
Gummiadäze
billig bei 77
Wilh. Kranig
Neue Promenade 15

Für Wohnung im Süden (St. K. u. K. später 1 Zimm. mehr, suche im Norden Stube K. K. m. Korr. Angeb. unt. Nr. 458 an Volksbuchhdlg., Harz 42/44

Kleine Anzeigen
haben im Klassenkampf
Große Wirkung!

Fertige Ihnen
für 29 Mk.
inkl. Zutaten modernen Anzug oder Mantel nach gen.
Maß
aus mitgebracht. Stoffen
Gr. Ulrichstr. 16
2 Treppen

Allgem. Konsumverein Nietleben
e. G. m. b. H.
Sonntag, den 27. Februar 1927, nachm. 3 Uhr, i. Gasthause v. Friedrich Weickardt
488 **Ordentliche**
Generalversammlung
Die Mitglieder werden hiermit eingeladen
Der Aufsichtsrat J. A.: Wilhelm Rotte

Lumpen
Reutuch, Wolle, Papier, Zeitungen, Eisen, Metalle Felle
kauft nach wie vor 65
Alfred Rein
Tel. 242 12 **Königsberg 5** Tel. 242 12

Zuverlässiger Zeitungsträger
für **Hohenleipisch** gesucht!
Meldungen sind an den Genossen **Alfred Haberland**, dort zu richten

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Weißenfels. Donnerstag, 24. Februar, Stadtgruppenversammlungen.
Stadtgruppe 1 abends 8 Uhr im Jugendheim.
Stadtgruppe 2 und 3 abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus.
Weißenfels. Freitag, 25. Februar, Fortsetzung des Kursus.
Zeitz. Freitag, 25. Februar, Liederabend.

Jung-Spartakus-Bund Bezirksleitung Halle-Merseburg
Halle a. d. S. Lerchenfeldstraße Nr. 14
Werdt neue Mitglieder als Ersatz für die uns Obern verlassenen Genossen.
Merseburg. Mittwoch nachmittag 4 Uhr im Kloster Gruppenabend.
Gerbstedt. Mittwoch nachmittag 6 Uhr Gruppenabend.

Rote Hilfe Deutschland

Bezirk: Halle-Merseburg
Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14 — Fernsprecher 24425
Merseburg. Generalversammlung Dienstag, 22. Februar, abends 8 Uhr, im Lokal „Stadt Leipzig".

Roter Frauen- und Mädchen-Bund

Halle. Die Eintrittskarten zum Werbeabend am 25. Februar sind an die Werbebezirke ausgegeben. Jedes Mitglied muß dafür sorgen, daß sie verkauft werden an die indifferenten Arbeiterfrauen, damit sie den Werbeabend besuchen. Der Eintrittspreis beträgt 20 Pfennige.

Bekanntmachung

Betr. die Auslegung eines Projektes über die Wasserversorgung der Gemeinden Piesteritz, Kleinwittenberg und Reinsdorf

Der Regierungspräsident fordert uns auf, den aufgestellten Entwurf für das obenbezeichnete Projekt auszulegen. Dies soll von heute an bis 5. März erfolgen, und zwar kann das Projekt während der Dienstzeit von 8 bis 12 Uhr vormittags und 3 bis 5 Uhr nachmittags im Zimmer Nr. 5 des Rathauses eingesehen werden. Etwaige Einsprüche können bei dem unterzeichneten Gemeindevorsteher geltend gemacht werden.

Piesteritz, den 19. Februar 1927. **Der Gemeindevorsteher.** *483

Werbt für den „Klassenkampf"

Weißenfels Kinder-, Sport- u. Handwagen Ersatzteile Korbwaren
in großer Auswahl
Reparaturen führt aus
W. Knackstedt
Merseburg, Str. 18
„Roter Löwe" (Hof)

Emil Schuster
*84
Hohenmölsen
Anfertigung sämtlicher Herren- und Knaben-Garderobe
Stoff- und Musterwaren
Solide Preise Solide Preise

Anstatt Postkarte. (Statt Blumenspende)

Am Sonnabend, dem 19. Febr. 1927, verstarb plötzlich und unerwartet meine liebe Frau, unsere treue Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwester und Tante

Ida Wittig geb. Schlegel

im 63. Lebensjahre

Halle a. d. S., Dölauer Str. 7

Im Namen aller Hinterbliebenen
435 **Karl Wittig und Söhne**

Trauerfeier findet am Donnerstag, 24. Febr. 1927, nachm. 2½ Uhr, in der kleinen Kapelle des Gertraudenfriedhofes statt. Kranzspenden verbeten

Am 19. Februar, mittags 12½ Uhr, verschied sanft nach kurzem Krankenlager unser lieber Vater, Schwieger-, Groß- und Urgroßvater, der Invalid

August Hoffmann

im Alter von 87 Jahren

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Friedrich Hoffmann
Halle a. d. Saale, 22. Februar 1927

Weatherly (Nordamerika)

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 23. Februar, mittags 12½ Uhr, von der kl. Kapelle des Gertraudenfriedhofes aus statt
*487

Die **heimische** Industrie und der **heimische** Handel ernähren Euch
Darum
Hallenser, trinkt **Euer** Freyberg-Bräu!
66

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270222-16/fragment/page=0004
DFG

Aus den Betrieben

Betriebsrätewahlen!

Die Betriebsrätewahlen stehen bevor. Die Durchführung der Wahlen hat durch die einzelnen Gewerkschaften zu erfolgen. Als Einheitstermin zur Durchführung der Wahlen wird Sonnabend, der 26. März festgelegt.

Für diejenigen Betriebe, die wegen Schichtwechsels oder Kurzarbeit am 26. März ihre Wähler nicht erfassen können, wird Montag, der 28. März bestimmt.

Wo Wahlvorstände noch nicht bestellt sind, müssen die Betriebsräte sofort zusammentreten und Wahlvorstände (einen Vorsitzenden und zwei Beisitzer) wählen. Diese werden zweckmäßig aus den freigewerkschaftlichen Betriebsratsmitgliedern entnommen. Dieser Wahlvorstand führt die Wahl durch. Er muß sofort die Wählerliste aufstellen, hat das Wahlausschreiben zu veranlassen und dieses spätestens am 5. bzw. 7. März auszuhängen. Veränderungen des Wahltermins bedingen auch Veränderung des ersten Aushängetages. Die freigewerkschaftlichen Vorschlagslisten müssen unverzüglich aufgestellt werden, so daß sie unmittelbar nach Verfassung des Wahlausschreibens dem Wahlvorstande eingereicht werden können.

Es sind

nur freigewerkschaftliche Listen

im Einverständnis mit den Gewerkschaften aufzustellen. Wahlformulare sind durch die Gewerkschaften zu beschaffen, sie sind auch im Betriebsrätegesetz abgedruckt.

Diejenigen Betriebe, die eine Betriebsvertretung oder einen Wahlvorstand nicht haben, werden aufgefordert, dies mitzuteilen, damit die Unternehmer zur Bestimmung von Wahlvorständen angehalten werden können.

Nun an die Arbeit! Das gesetzliche Mitbestimmungsrecht muß unter Berücksichtigung der schwierigen Lage der Arbeiterschaft unbedingt zur Durchführung gebracht werden.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Ortsausschuß Halle.

Allgemeiner freier Angestelltenbund, Ortskartell Halle.

Die Zustände bei der J. G.

Werk Mainthal

(Arbeiterkorrespondenz)

Kommt man frühmorgens zur Arbeit, so wird man schon mit Tetra-Nebelwolken empfangen. Dann kommt man in die zweite Nebelschicht, das ist die Salzsäure. Von da aus in den Gestank von Chlorbenzol. Denkt man nun endlich, man ist gesichert im Speisesaal, wenn man ihn so nennen soll, es ist mehr ein Schweinestall, so raubt der Phosphorgestank von Werk I die Luft. Der Speisesaal wird momentan renoviert, aber an der Kleidung der Beleschaft wird mehr ruiniert. Will man sich umziehen, so haben die Maler die Sachen ungewollt mit angestrichen, weil die Schränke alle defekt sind. Sind die Pausen da, dann weiß man nicht, ob man sich setzen soll oder ob man stehen bleiben soll, will man nicht den Hosenboden an der Bank hängen lassen, weil alles frisch gestrichen ist usw. Die Badeeinrichtung ist zur Hälfte fertig. Man sagt sich bei allem, für den Arbeiter ist es gut. In den Betrieb braucht man nicht erst zu gehen, man bricht schon im Umkleideraum Hals und Beine. Verunglückt ein Prolet, so muß er nach Werk I rennen, denn einen Sanitäter kennt man hier nicht. Die Transport- und Hofkolonne stellen Maurermeister Göhrmann & Sohn. Handtücher, Seife sowie Handschuhe müssen diese Kolonnen selbst liefern, trotzdem verschiedene Male darum angefragt wurde.

Also hier gibt es genug Arbeit, Herr Betriebsleiter Buscher. Sollte es noch nicht genügen, so warten wir mit noch mehr Material auf.

An Euch, Proletarier, ergeht der Mahnruf: Schließt Euch zusammen! Organisiert Euch gewerkschaftlich sowie politisch! Verlaßt den Betrieb nach acht Stunden!

Prügel als Waffe

Filmfabrik Wolfen

(Arbeiterkorrespondenz)

Befassen wir uns erst einmal mit der Kunstseidefabrik. In der Zwirnerei und Haspelei baut man einfach Kontrolleurinnen ab, die nicht scharf genug gegen ihre Untergebenen vorgehen, und ersetzt sie durch solche, von denen man annimmt, daß sie sich besser zu Antreibern eignen. Vor allen Dingen sind diejenigen Kontrolleurinnen bei der Meisterin, Frau Ludwig, angesehen, die die meisten Meldungen bringen. Es wird ja auch öfters darüber gesprochen, unter welchen Umständen sie Meisterin geworden ist. Ihr Mann ist ja auch bei der Inbetriebnahme von Bau 249 Spinnmeister geworden, obgleich er erst einige Wochen im Betrieb war. In der Zwirnerei 249 werden den Arbeiterinnen oftmals durch die betreffenden Kontrolleure oder Meister Schwierigkeiten gemacht, wenn sie zum Arzt gehen wollen. In der Spinnerei versucht man dadurch einen weiteren Abbau durchzuführen, daß man

jeder Arbeiterin noch eine halbe Maschine zur Bedienung

überweisen will. Man hatte ja schon einmal den Anfang gemacht. Aber die Sache war noch nicht erledigt. Hier heißt es, jeden neuen Versuch in dieser Beziehung geschlossen abzulehnen.

Die Schikanierung der Arbeiter zeitigt verständliche Folgen, zum Teil wird **gegen solche Vorgesetzten (z. B. Dr. Zesche) tätlich vorgegangen**. Aber flugs kommt dann das sechs Mann starke Ueberfallkommando der Werkspolizei und die Arbeiter werden arretiert. Auch am 18. Februar wurde ein

Arbeiter unter Polizeibedeckung

aus dem Betriebe gebracht. Da wir gerade bei der Werkspolizei sind, sei noch folgendes erwähnt: Am 17. Februar hat es gegen 8 Uhr abends ein Werksschutzbeamter gewagt, die Aborte der Frauen in 249 zu kontrollieren. Er hat dabei natürlich auch über die Türen gesehen. Verstößt das nicht gegen die Sittlichkeit? Was sagt hier Herr Goldbach dazu? Oder hat er solche Anweisungen an seine Beamten gegeben? Ist Herrn Goldbach und der Direktion bekannt, was für tolle Zustände des Morgens beim Werkzug, der 6.40 Uhr vom Wolfener Bahnhof abfährt, herrschen? Wie oft passiert es, daß, nachdem die Hälfte der Arbeiter eingestiegen ist, der Zug vom Werksschutzbeamten abgepfiffen wird. Und nun beginnt auf den fahrenden Zug eine Hetzjagd. Man springt auf die Trittbretter usw. Wer trägt hier die Verantwortung für einen Unglücksfall, der sehr leicht entstehen kann?

Was die tätlichen Angriffe auf die Vorgesetzten anbetrifft, so sagen wir Kommunisten, daß nicht Einzelterror hilft gegen die kapitalistische Unterdrückung, sondern nur der gemeinsame gewerkschaftliche und politische Kampf. Die vorgekommenen Tätlichkeiten sind Mahnrufe an uns alle, endlich den Kampf gegen diese niederträchtigen Verflavungsmethoden aufzunehmen.

Betriebsmord!

Gasvergiftung

(Eig. Meldg.) Bitterfeld, 21. Februar.

Im Griesheim Elektron-Werk I, Abteilung Phosphor, ereignete sich am Freitag, dem 18. Februar, ein furchtbares Unglück. Drei Maurer waren mit dem Ausbessern der Decke beschäftigt. Durch die sich unter der Decke ansammelnden Gase wurden sie ohnmächtig und stürzten in die Tiefe. An dem Aufkommen des einen Arbeiters wird gezweifelt, da er verschiedene innere und äußere Verletzungen davongetragen hat.

Die Schuld trifft einzig und allein die kapitalistische Ausbeutungs- und Antreibemethode. Arbeiter, weigert Euch, solche lebensgefährlichen Arbeiten auszuführen, wenn nicht genügend Schutz und Sicherheit vorhanden ist.

Mitteldeutsche Stahlwerke

Werk Lauchhammer

(Arbeiterkorrespondenz)

Die Betriebszeitung der jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge hat ihre Wirkung nicht verfehlt. Wenn auch manches noch etwas unvollkommen war, so können unsere Jungkommunisten mit diesem ersten Schritt wohl zufrieden sein. Großes Aufsehen erregte „Die rote Zunge" natürlich in den Bureaus der Betriebsleiter und dergleichen. Auch dort wurde sie eingehend studiert. Wünschenswert wäre es, wenn endlich die älteren Kollegen auch mal einen ähnlichen Schritt wagen würden und einige der Wasgeseifter an den Pranger stellten. Durch die Schreibweise einer Betriebszeitung wird mancher Gleichgültige wieder mal aufgerüttelt.

Die kommenden Betriebsrätewahlen müssen auch im Lauchhammerwerk Schluß machen mit der Burgfriedenspolitik. Die Kollegen müssen darauf achten, daß nicht wieder im Bockwitzer Verbandsstübchen die freigewerkschaftliche Liste zusammengestellt wird. Die Besten gehören an die Spitze. Bisher erbrachte immer das Mitgliedsbuch der SPD. die Fähigkeit. Kollegen, **wählt rote Betriebsräte in Lauchhammer.**

Rationalisierung

Wie die Rationalisierung unter den höheren Angestellten vor sich geht, wird am besten im Lauchhammerwerk bewiesen. Dort sitzen zwei abgebaute Direktoren, die natürlich ihr Gehalt auf Jahre hinaus weiter bekommen. Es ist ja auch eine schwere Arbeit, den Tag mit Nichtstun zu verbringen. Die Direktorstelle ist natürlich auch besetzt. Aus Abteilung Oberhammer wird berichtet, daß dort der alte Betriebsleiter und ein Ingenieur durch zwei neue „Herren" ersetzt wurden. Die „Raktoestellten" laufen natürlich auch noch im Betrieb umher, denn ihr Gehalt geht weiter, und zum Schikanieren der Arbeiter sind sie immer noch zu gebrauchen. Arbeit werden weniger, aber Antreiber immer mehr. Heilige Rationalisierung!

Ein Lotterbetrieb

im Weißenfelser Kohlenrevier

(Arbeiterkorrespondenz)

Die Werschen-Weißenfelser Braunkohlengesellschaft hat vom Tagebau Wählitz nach dem Brikettwerk Wählitz eine zweite Seilbahn erbaut. Dieselbe ist seit November vorigen Jahres im Betrieb, befindet sich aber in einem Zustand, der jeder Beschreibung spottet. Die Wege, welche die Seilbahn überquert, strotzen von Morast, weil zum Teil die Ueberdachung fehlt. Infolge der rüden Antreiberei stürzten vor einigen Tagen die Seilbahnwagen ab. Es fehlte nicht viel, so wären Menschenleben dabei zu beklagen gewesen. Man legt anscheinend auch keinen Wert auf Schutzvorrichtungen, denn die Spannegewichte der Seilbahn sind nicht einmal durch Umzäunungen abgeschlossen. Die Kohlenbarone sind schon wiederholt von dem Landjäger und der Gemeinde auf die Fahrlässigkeit aufmerksam gemacht worden, aber sie stören sich nicht daran. Die Gewichte sind ein paar Mal beim Reißen des Förderseiles abgestürzt. Zum Glück waren keine Kinder in der Nähe, denn gewöhnlich spielen diese dort. Es ist die höchste Zeit, daß dieser Lotterwirtschaft einmal gründlich Einhalt geboten wird. Was sollen sich die Kumpels nur alles gefallen lassen? Einen hundsmiserablen Lohn, Wucherpreise für elektrisches Licht, unmenschliche Ausbeutung und obendrein ständig in Lebensgefahr schweben. Nicht einmal die Wäsche kann man im Freien trocknen wegen des verfluchten Kohlendreds.

Die Gesamtbelegschaft muß sich schnellstens energisch zum Wort melden!

Mißstände bei dem Neubau des Flughafens in Schkeuditz. Wir erhalten noch folgende Zuschrift: Auf Grund des in der Ausgabe vom 15. 2. 1927 unter obiger Ueberschrift erschienenen Artikel steht sich die Belegschaft der Firma Hoffmann & Tüchelmann, Inhaber Ernst Tüchelmann, Hoch- und Tiefbaugeschäft, zu einer Richtigstellung veranlaßt. Der uns ausgezahlte Lohn entspricht dem Schkeuditzer Tarif, ebenso wie auch die Arbeitszeit, und trifft es nicht zu, daß wir für einen niedrigeren Lohn, als wie für Schkeuditz festgelegt, arbeiten. Ebenso trifft es nicht zu, daß wir keine gewerkschaftliche Vertretung auf der Baustelle haben, sondern es besteht die vorgeschriebene Belegschaftsvertretung im vollen Umfange. Für die Belegschaft A. W.

Genossen! Erstattet regelmäßig und schnellstens Bericht von allen Vorgängen (Versammlungen, Unfällen, Maßreglungen usw. usw.) im Betrieb.

Schreckenszahlen

Das Ergebnis reformistischer Gewerkschaftspolitik — 395 000 Arbeiter leisten im Oktober 1926 10 Millionen Ueberstunden!

Im Verlaufe des Rationalisierungsprozesses, der sich in den letzten 1½ Jahren in der deutschen Industrie vollzogen hat, sind rund zwei Millionen Arbeiter vollständig aus dem Produktionsprozeß geworfen worden. Dazu kommen noch drei Millionen Kurzarbeiter, d. h. solche, die statt 48 Stunden wöchentlich nur 24 bis 46 Stunden arbeiten.

Während auf der einen Seite zwei Millionen Arbeiter ohne Rücksicht auf ihre soziale Lage von den Unternehmern auf die Straße geworfen werden und weitere drei Millionen verkürzt arbeiten müssen und zum Teil noch schlimmer dastehen als der Erwerbslose, werden auf der anderen Seite in fast allen Industriezweigen so viel Ueberstunden geleistet, daß man vor diesen Zahlen erschreckt. Bisher waren die Angaben über die in der deutschen Industrie geleisteten Ueberstunden auf Schätzungen und Behauptungen aufgebaut und man konnte sich kein zusammenhängendes Bild machen über die Millionenzahlen, die die geleisteten Ueberstunden erreicht haben.

Jetzt veröffentlicht der Präsident der Reichsarbeitsverwaltung — Abteilung Gewerbeaufsicht — das „Ergebnis der statistischen Erhebung über die Arbeitszeit in gewerblichen Betrieben". Leider ist diese statistische Erhebung auf nur vier Industriezweige, nämlich Metall-Maschinenindustrie, Textil-, Leder- und Tabakindustrie und innerhalb der genannten Industriezweige nur auf einen kleinen Teil von Betrieben beschränkt. Man kann diese Zahlen aber als Durchschnitt für die Arbeitszeit in allen Industriezweigen und allen Betrieben annehmen.

Das Ergebnis der Ueberstundenstatistik in den von der Statistik erfaßten Betrieben sieht folgendermaßen aus: Insgesamt wurden von der Statistik in den angeführten Industriezweigen 1437 Betriebe mit 745 621 Beschäftigten erfaßt.

Es haben gearbeitet und Ueberstunden geleistet:

Arbeitszeit	Zahl der Betriebe	Zahl der Arbeiter	Prozent	Zahl der Ueberstunden pro Arb. u. Woche	Zahl der Ueberstunden pro Monat	Insgesamt pro Woche	Insgesamt pro Monat
48—50 Std.	172	41 525	5,75	2	9	83 050	323 725
50—52 „	315	97 751	13,11	4	18	391 004	1 525 518
52—54 „	679	192 047	25,76	6	27	1 152 282	5 185 269
54—56 „	195	52 250	7,01	8	36	418 800	1 874 400
56—58 „	40	6 212	0,83	10	45	61 120	279 840
58—60 „	20	4 268	0,57	12	54	51 216	230 472
über 60 „	7	843	0,11	14	63	11 872	53 109
gesamt:	1 437	394 996	52,97	Durchschnitt: 8	36	2 170 314	9 756 933

Von den 745 621 von der Statistik im Oktober erfaßten Arbeitern haben:

394 996 oder 52,97 Prozent länger als 48 Stunden gearbeitet,
146 737 oder 19,68 Prozent 48 Stunden gearbeitet,
201 958 oder 27,35 Prozent weniger als 48 Stunden gearbeitet.

Die Statistik zeigt, daß 334 996 Arbeiter insgesamt im Monat Oktober des vorigen Jahres 9 756 233 Ueberstunden geleistet haben, wenn man die 48-Stunden-Woche als regelrechte Arbeitszeit zugrunde legt.

Die amtlichen Schätzungen gehen dahin, daß

55 Prozent der gesamten deutschen Arbeiterschaft länger als 48 Stunden arbeitet.

In Wirklichkeit ist der Prozentsatz viel größer.

Man wird nicht übertreiben, wenn man die Zahl der monatlich geleisteten Ueberstunden auf 70 bis 80 Millionen ansetzt. Es drängt sich von selbst die Frage auf, wieviel erwerbslose Arbeiter in den Produktionsprozeß zurückgeführt werden könnten, wenn man, statt Ueberstunden zu leisten, erwerbslose Arbeiter eingestellt hätte. Wenn man einen achtstündigen Arbeitstag zugrunde legt, so ergibt die geleistete Zahl der Ueberstunden von 9 756 233 = 1 220 529 Arbeitstage. Wenn man für den Monat Oktober 26 Arbeitstage zugrunde legt, so hätten schon in den von der Statistik erfaßten Betrieben 48 906 Arbeiter mehr den ganzen Monat hindurch bei einer achtstündigen Arbeitszeit beschäftigt werden können. Zieht man von der geleisteten Ueberstundenzahl die Zahl von 1 364 022 Stunden oder 170 503 Arbeitstage ab zugunsten derjenigen Arbeiter, die weniger als 48 Stunden gearbeitet haben, so braucht es keine Kurzarbeit zu geben; alle Beschäftigten brauchten nur acht Stunden täglich zu arbeiten und es hätten bei einer Gesamtzahl der statistisch erfaßten Betriebe mit 745 621 Beschäftigten rund 40 000 Arbeiter eingestellt werden können. Würde man die Arbeitszeit der Gesamtarbeiterschaft auf 46 Stunden herabsetzen, so würde die Erwerbslosigkeit um rund 50 Prozent abnehmen und bei einer Arbeitszeit von 42 Stunden in der Woche könnten alle Arbeiter wieder in den Produktionsprozeß eingereiht werden.

Wer trägt die Schuld an dieser Ueberstundenschieberei?

Der Präsident der Reichsarbeitsverwaltung ist gegenüber den Gewerkschaften ein sehr dankbarer Mensch, denn er veröffentlicht auch die Zahlen, die uns beweisen, daß die größte Zahl der Ueberstunden (darunter verstehen wir alle Arbeitsstunden über 48 Stunden pro Woche) durch Tarifvertrag der Gewerkschaften zustandegekommen sind

Von den 1437 Betrieben mit 394 996 Arbeitern, die mehr als 48 Stunden die Woche gearbeitet haben, ist allein bei 1389 Betrieben mit 386 219 Arbeitern die Ueberarbeit durch Tarifverträge, die die reformistischen Führer abgeschlossen haben, zustandegekommen und nur in 48 Betrieben mit 18 777 Arbeitern ist durch behördliche Genehmigung die Ueberarbeit angeordnet worden.

Der Kampf gegen die Ueberstundenschieberei ist also nur dann wirkungsvoll zu führen, wenn er nicht nur in Resolutionen des Bundesvorstandes des ADGB. und Zeitungsartikeln in der sozialdemokratischen Presse geführt wird, sondern auch alle Tarife mit einer längeren Arbeitszeit als 46 Stunden wöchentlich gekündigt und trotz aller Zwangsschiedssprüche ein machtvoller Massenkampf um den Achtstundentag geführt wird. Der Kampf gegen die Ueberstunden durch Ablehnung jeder vom Unternehmer verlangten Ueberstunde ist notwendig und wichtig und muß rücksichtslos geführt werden durch den Massenkampf gegen die tarifmäßige Ueberstundenschieberei. In diesem Sinne gilt es, überall in den Betrieben und Gewerkschaften Stellung nehmen.

E. Smolka-Jena.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270222-16/fragment/page=0005

Wie Magistrat und Kirche das soziale Elend bekämpfen

Bethäuser statt Wohnungen

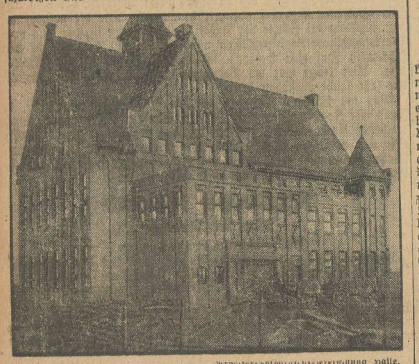
Es ist wohl jedem bekannt, daß gerade in Halle mit seiner stark angewachsenen Industrie die Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit und auch die Not der alten Leute besonders groß ist. Schon oft hat die kommunistische Stadtverordnetenfraktion Vorstöße im Stadtparlament unternommen, um den Magistrat zu veranlassen, bessere Lebensbedingungen für das Proletariat zu schaffen.. Aber immer haben es Magistrat und Bürgerblock abgelehnt, mit der Ausrede: es sei kein Geld da!

Nun ist ja möglich, daß nach dem Stadtbankskandal wirklich nicht mehr viel da ist. Doch wir können das nicht glauben, denn derselbe Magistrat, der kein Verständnis für die Notlage der proletarischen Bevölkerung hat besitzt dieses in um so größerem Maße für die arme, ach allzu arme Kirche. Das Loch, das die Sendel—Berger in den Stadtsäckel gerissen haben, macht ihm wenig Sorgen. Mit vollen Händen wirft er unter Berufung auf eine Kirchenordnung von 1739, der Kirche Geld in den unersättlichen Rachen Dem Magistrat hat es besonders die Not der „unvermögenden" Ulrichsgemeinde angetan. Wie groß die „Armut" dieser Kirchengemeinde ist, konnte man am Freitag sehen, **wo die Einholung der beiden Glocken für das neue Gemeindehaus St. Ulrich-Ost stattfand.**

Es wirkt geradezu wie eine beabsichtigte Provokation, daß vier Tage, nachdem der Finanzvergleich mit dem Parochialverband zustande gekommen war, die Protzerei mit den neu gekauften Kirchenutensilien bereits losging. Hirten und Schafe liefen, mit zu Gott erhobenen Antlitz, hinter einem Lastauto her, das die Glocken zum Gemeindehaus fuhr. Es kann auch sein, daß die Pfaffen die Nase so hoch trugen, weil der Benzin so stank. Wer weiß? Vor dem Gemeindehaus hielt Pfarrer Ruhmer vor der „Masse" eine salbungsvolle Ansprache, in der er von schönen Fügungen, von Luther und vom lieben Herrgott sprach. Die kleine Glocke (6 Zentner) trägt die Inschrift: „Ein' feste Burg ist unser Gott" und die große (8 Zentner): „Singet dem Herrn ein neues Lied". (Siehe Bild.) Ruhmer sagt: „Singet dem Herrn in Ulrich-Ost das höchste Lied." Nun, das höchste Lied für die Pfaffen wird wohl sein, wie sie ihre Schäfchen in der Dummheit erhalten können und wie sie die Taschen der Bevölkerung und den Stadtsäckel ausplündern können. Es wird allen noch sehr gut in Erinnerung sein, wie **während des Krieges viele Kirchenglocken verschwanden. Sie wurden eingeschmolzen und Munition aus ihnen gemacht.** Die Pfaffen segneten

Arbeiter-Fotografen-Vereinigung Halle.

Pfarrer Ruhmer, der Feind der Schrebergärtner, predigt über die neuen Kirchenglocken



Arbeiter-Fotografen-Vereinigung Halle.

18 Wohnungen? Nein, ein Gemeindehaus zum Preise Gottes und der Pfaffen

dann die Mordinstrumente und beteten zum „deutschen Gott", daß er Deutschland zum Sieg gegen seine Feinde verhelfen möge. Die französischen Pfaffen wiederum beteten zu „ihrem" Gott um Sieg. Daraus sieht man schon den Humbug und die ganze Verworfenheit des christlichen Glaubens. **In allen Ländern, die am großen Völkermorden teilnahmen, segnete die Kirche dieses entsetzliche Morden.** Das war auch „hohes Lied".

Auf dem anderen Bilde sehen wir nun das Gemeindehaus, in dem künftig „höchste Lieder" gesungen werden. Wer sich das Gebäude einmal betrachtet, kann feststellen, daß mindestens

15 bis 18 Wohnungen daraus gemacht werden konnten.

Aber was kümmert denn unsere guten Christen die Wohnungsnot? Mögen die Proleten ruhig in ihren Seuchenlöchern verrecken, sie werden dafür einst das „Himmelreich schauen". Eine andere Sache kam mir bei Betrachtung des Gebäudes in den Sinn: **Was für ein schönes Altersheim wäre daraus zu machen?** Wie vielen alten Leuten könnte darin ein ruhiger, sorgloser Lebensabend bereitet werden? Ich habe in letzter Zeit die erschütternde Feststellung machen müssen, daß in verschiedenen hallischen Gaststätten (auch im Zoo-Restaurant) **alte Leute als Pissoir-Wärter** angestellt sind. Alte Leute, die vom Kapital ausgebeutet und ausgemergelt wurden, und als ihre Leistungsfähigkeit nachließ und nicht mehr den genügenden Profit abwarf, **von ihren Ausbeutern hinausgeworfen** wurden, müssen, um nicht zu verhungern, für Bettelpfennige in stinkenden Pissoirs arbeiten, bis sie eines Tages zusammengebrochen sind, oder sich das Leben genommen haben. Wo bleiben da unsere guten Christen? Wo bleibt da die Hilfe Eures „lieben Gottes" ihr Pfaffen? Kirchen und Bethäuser werden gebaut, um mehr Pfarrer anstellen zu können die dann der Staat bezahlen muß. Alte Leute können in Bedürfnisanstalten verkommen.

Für die Arbeiterschaft muß es immer klarer werden, daß die Kirche als ein Schädling der Arbeiterklasse aufs schärfste bekämpft werden muß. Immer wieder muß die Forderung auftauchen:

Trennung der Kirche vom Staat.

Alle Mittel, die im Reichs- und Landtag für die Kirche bewilligt werden, sind zu streichen und zur Bekämpfung des sozialen Elends zu verwenden. Es muß Protest erhoben werden gegen den Vergleich, den die Stadt Halle mit dem Parochialverband abgeschlossen hat. **Kein Pfennig städtischer Gelder darf der Kirche gegeben werden.** Jeder klassenbewußte Arbeiter muß für diese Forderungen kämpfen und sofort seinen

Austritt aus der Kirche erklären!

Aba.

Kein Ersatz für die Rettungsringe. Vom städtischen Tiefbauamt wird uns geschrieben: Seit Anfang Dezember v. J. sind von den an den Brücken aufgehängten Rettungsringen bis jetzt acht Stück gestohlen oder mutwillig entfernt worden. Trotz der durch die Tageszeitungen an die Einwohnerschaft ergangenen Bitte um Schonung der zum Schutze des Publikums aufgehängten Rettungsringe und trotz der auf die Ermittlung der Täter ausgesetzten Belohnung in Höhe von 50 Mk. sind in letzter Zeit wiederum Rettungsringe entfernt worden. Da die Beschaffung der neuen Ringe mit erheblichen Kosten verknüpft ist, muß die Tiefbauverwaltung vorläufig von Ersatzstellung gestohlener Rettungsringe Abstand nehmen. — Wir halten die Beschaffung von neuen Rettungsringen trotzdem für dringend notwendig, heben aber ausdrücklich hervor, daß die Wegnahme der Rettungsringe eine völlig unsoziale, für die Allgemeinheit schädigende Handlung ist, die nicht scharf genug verurteilt werden kann.

Was steckt beim Scharlach an?

Die Isolierungsdauer der kranken Kinder ist zu kurz!

Der Scharlach gilt mit Recht als eine der gefährlichsten Kinderkrankheiten, weniger wegen des Krankheitsverlaufs selbst als vielmehr wegen der Komplikationen, die er im Gefolge hat. Als solche müssen vor allem die eitrige Mittelohrentzündung und die Nierenentzündung genannt werden. Sie machen die Sterblichkeitsziffer beim Scharlach zu einer der höchsten aller Kinderkrankheiten. Ueber die Ansteckung bei Scharlach herrschen noch immer recht verworrene Begriffe. Dem Laien gelten die Schuppen des Scharlachausschlags, als das sichtbarste Symptom der Krankheit, für besonders ansteckend. Diese Ansicht ist verständlich, da die Ansteckung von einem Kind auf das andere, z. B. in einer Familie, meist dann zum sichtbaren Ausbruch kommt, wenn beim zuerst erkrankten Kinde die Schuppenbildung begonnen hat. In Wirklichkeit verhält es sich so, daß die Ansteckung beim Scharlach schon ungefähr acht Tage vor dem Erscheinen des Ausschlags stattgefunden hat, zu einer Zeit also, wo bei dem zuerst erkrankten Kinde noch keine Schuppenbildung vorhanden war. Der Laie urteilt hier irrigerweise nach den sichtbaren Leußerungen der Krankheit, ebenso wie z. B. die Schwestern der Lungenkranken als besonders ansteckend gelten, wovon gar keine Rede sein kann.

Der Ansteckungsstoff beim Scharlach stammt aus dem Rachen der kranken Menschen und wird durch Sprechen und Räuspern in die Umgebung verstreut. Auch der Eiter der Scharlachohrenentzündung enthält die Ansteckungsstoffe. Es sind das Streptokokken, Mikroorganismen von rundlicher Gestalt, die sich zu Ketten aneinanderreihen. Die Streptokokken sind die gefürchtesten Krankheitserreger. Sie verursachen die schweren Mandelentzündungen, die Herzinnenhautentzündungen, das Wochenbettfieber, die echte Blutvergiftung, Vereiterungen der Körperhöhlen, Abszesse, Rose, kurz, ein ganzes Heer von Krankheiten.

Die Eigenümlichkeit der Scharlachstreptokokken besteht darin, daß sie imstande sind, eine Auflösung der Blutbestandteile zu verursachen. Diese Eigenschaft können die Scharlachstreptokokken aber auch wieder verlieren und sich allmählich in harmlosere Streptokokken umwandeln. Jedenfalls sind auf den Rachenorganen von Scharlachkranken noch lange nach Ablauf der Krankheit Streptokokken nachzuweisen. Es scheint, daß gerade dieses lange Verbleiben der Streptokokken im Rachen den Grund dafür bildet, daß immer wieder Neuansteckungen stattfinden. Zwar dürfen vom Scharlach genesene Kinder sechs Wochen lang die Schule nicht besuchen. Diese Zeit ist aber sicher zu kurz. Man hat neuerdings Beobachtungen gemacht, daß 100 Prozent der Scharlachkranken noch sechs Wochen nach der Krankheit Scharlachstreptokokken auf den Mandeln haben, also unter gewissen Verhältnissen andere anstecken können. Es muß verlangt werden, daß die Zeit der relativen Isolierung der scharlachkranken Schulkinder auf neun Wochen ausgedehnt wird, so unangenehm dies auch für den Schulbesuch und das Fortkommen des Kindes sein mag.

Wenn die Isolierung beim Scharlach sofort nach Erkennen der Krankheit durchgeführt wird, wenn die Erkenntnis, daß nicht die Schuppen des Scharlachs ansteckend sind, sondern die Absonderung der Rachenorgane, erst Allgemeingut wird, wenn ferner nach Genesung für eine ausreichend lange Zeit der Schulbesuch unterbleibt, steht zu hoffen, daß diese gefürchtete Kinderkrankheit immer seltener wird.

Dr. med. J.

Das musikalische Reichswehrministerium

Neue Militärkapellen für monarchistische Rummel und neue erwerbslose Berufsmusiker in Deutschland

Die deutschen Kapitalisten kommen mit ihrer Reichswehr nicht mehr aus, vor allen Dingen fehlt es an dem nötigen Klamauk. Und so sind sie denn dazu übergegangen, dem Reichswehrministerium „freie Hand" in der Schaffung „außeretatsmäßiger" Musikkapellen zu lassen. Sie wissen, **daß ohne die Reichswehrkapellen der deutschen Republik kein „deutscher Tag", kein Kriegervereinsrummel aufgezogen werden kann.** In Erkenntnis dieser Schlage hat man allen möglichen militärischen Einheiten eine Kapelle beschert. Etatsmäßig hätte die Reichswehr nur 110 Musikkapellen mit 2708 Musikern zu führen, und zwar 63 bei Infanterieregimentern, 18 bei Reiterregimentern, acht bei Artillerieregimentern, sieben bei Nachrichtenabteilungen (!!), sieben bei Pionier- und sieben bei Fahrabteilungen. Jetzt besitzt die Reichswehr glücklich 157 Kapellen mit 3875 Mann. Also beinahe 4000 Militärmusiker, bzw. 4 Prozent der Reichswehr sind Musiker, die sich neben ihrer Einflußmöglichkeit durch militaristischen Klimbim noch auf Kosten **der Zivilberufsmusiker Nebeneinnahmen verschaffen** oder jederzeit verschaffen können. „Wenn einzelne Militärkapellen in einem Jahre durch außerdienstliche, also gewerbliche Musiktätigkeit **30 000 bis 40 000 Mk. verdienen,** so ist das der beste Beweis dafür, wie groß der Schaden ist, der den Zivilberufsmusikern durch die außerdienstliche Musiktätigkeit der Militärmusiker zugefügt wird; denn diese 30 000 bis 40 000 Mk. würden 20 bis 25 Berufsmusikern der Notwendigkeit des Bezuges von Erwerbslosenunterstützung enthoben und ihnen eine Existenzmöglichkeit bieten.

Selbst in festen Engagements in Cafés und Kinos finden wir Militärmusiker, die dort monatlich 200 bis 450 Mk. verdienen."

Der Deutsche Musiker-Verband als Gewerkschaftsorganisation der Berufsmusiker hat, angesichts solcher Zustände, zur Erwerbslosenfrage im Musikerberuf Stellung genommen und eine Eingabe an den Reichswehrminister gemacht, in der das Verbot des gewerbsmäßigen Spielens für Militärmusiker gefordert wird.

Wie weit der Herr Minister die Eingabe der Musiker in „Zivil" für begründet ansieht, sieht noch nicht fest, und ob er von Gründungen neuer Kapellen absieht, erscheint ebenfalls zweifelhaft. Die

---

„Hokuspokus"

Gastspiel von Kurt Goetz mit seinem Berliner Ensemble im Stadttheater

Römisch Eins

Aus Mangel an Einfall Ueberfluß an Einfällen geschaffen zu haben, darin liegt das Geheimnis von Kurt Goetz' neuem Lustspiel „Hokuspokus". Es gibt keine Theaterstücke mehr — gut, machen wir daraus, daß es keine gibt, ein Theaterstück. Der Anlaß ist ernst genug, aber so wird es nicht erörtert. Die bramenlose, die schreckliche Zeit ist nicht eigentlich Inhalt, sondern Gegenstand der Verhandlung. Der Anlaß ist ernst genug, so ernst, daß auch andere Lustspieldichter darauf gekommen sind, den Rahmen des Theaters in den Rahmen des Theaters einzuspannen. Erst am Sonntag haben wir das im Thalia-Saal erlebt (es gibt keinen Grund, ehrfurchtsvolle Qualitätsunterschiede zu machen), und wenn in dem Lustspiel von Lajos Luria, „Die Glatze und der Bubikopf", ein Provinzlistler weht, so hat Kurt Goetz in „Hokuspokus" das großstädtische Theatergetriebe aufs Schrot und Korn genommen. Eine Parodie ist immer in die andere eingeschachtelt, sechs Personen suchen einen Pirandello, und als sie ihn gefunden haben, stellt sich heraus, daß der Gesuchte ein Dichter mit hallischem Klammer auf hallischem Klammer zu Dialekt ist. Zu den Einschachtelungen gehört nämlich auch eine ausgezeichnete Kerrikatur.

Röm'sch Zwo

Es ist nicht wahr, daß der Prophet nichts gilt in seiner Vaterstadt (es kommt nur darauf an, was so ein Mann prophezeit). Wenn er zum Beispiel drei Akte produziert, in denen es zugeht wie in Chestertons entzückenden Schundromanen, kann Kurt Goetz sicher sein, daß ihm auch in Halle zugejubelt wird. Daß sie an den falschen Stellen jubeln, oder vielmehr, daß sie an den dafür am meisten in Frage kommenden Stellen nicht jubeln, ist nicht seine Schuld. Der Autor, der von den sechs Personen gefunden wird, heißt manchmal Georg Kaiser, und man schmeckt ordentlich die Kolportage, wenn die elegante Witwe erregt von der Anklagebank aufspringt und mit zitternden Ohrläppchen eine Rede hält, daß sie ihren Liebhaber nicht preisgeben wird, weil sie nicht seinen Kopf in die Paragraphenschlinge legen will, um ihren herauszuziehen. Warum lachte da niemand? Da war der Kitsch doch faustdick aufgetragen; warum lachte da niemand? Weil sie sich haben bluffen lassen, weil ihnen der Kitsch im Grunde heiliger Ernst ist, weil sie keine Elastizität mehr besitzen, weil sie Ulk wollen, aber keinen Witz. Witz ist nämlich . . .

Römisch Drei

Witz ist nämlich eine bedenkliche Eigenschaft, eine aufrührerische Eigenschaft. Wo der Witz noch gar nicht aufgeht, fängt die tiefere Bedeutung schon an. Vor der ihnen graut, weil ihnen dabei der Boden der verantwortungslosen Unbekümmertheit unter den Füßen weggerissen wird.

Und so weiter

Es gab eine Justizszene: so präzis ist die Wahrheit schon lange nicht gesagt worden. Man muß sie aber heute anders sagen, schärfer, drohender. Der Ausspruch, daß die Strafprozeßordnung nichts mit dem gesunden Menschenverstand zu tun hat, wurde mit demonstrativem Beifall belohnt. Daß aber die Voraussetzungen für den gesunden Menschenverstand erst noch geschaffen werden müssen, fiel wohl den wenigsten bei, die sich über den Herrn Ersten Staatsanwalt und den Herrn Vorsitzenden amüsierten. Kurt Goetz hat einen Indizienbeweis für die Unmöglichkeit dieser Justiz angetreten, den Wahrheitsbeweis für ihre Gefährlichkeit ist er schuldig geblieben. In diesem Rahmen mußte er ihn wohl schuldig bleiben, denn da gehört auch hinein, daß es keine Stücke gegen die Justiz gibt. Also wird eins darüber geschrieben, daß es keine gibt. Die lustspielhafte Absicht erfährt ihre Enthüllung als absolut zeitliche Gebundenheit. Die Armut an politischer Energie der bürgerlichen Kunst wird offenbar. Daß eine solche Folgerung sich aus einer so netten freundlichen Sache wie dieser ergeben hat, mag den Zuschauern peinlich erscheinen, die nichts wollen als Amüsement um jeden Preis. Und da sie nichts anderes wollen, sind sie nicht einmal dem Amüsement gewachsen.

*

Wie hier die Einfälle zusammengetan und aufgebaut sind, gleicht das Ganze einer Cremetorte, wo die Torte fehlt und die Creme allein übrigbleibt. Man kann immerzu davon essen, ohne sich den Magen zu verderben. Das zu erreichen ist eine große Leistung. Selbst die Banalitäten, die ab und zu gesagt werden müssen, sind so bewußt und wirkungsgemäß verwandt worden, daß kein Protest erhoben zu werden braucht. Der Fall Kurt Goetz ist die bekannte glückliche Lösung des Zusammentreffens von Schauspieler und Autor, und hier, wo es sich noch dazu um die Materie dieser Berufe handelt, geht kein Treffer der Bühnenwirksamkeit daneben. Das gesundene Fressen eines solchen Theaterfüds nutzten die Schauspieler weidlich aus vor allem dadurch, daß sie nicht übertrieben. An der Spitze des Berliner Ensembles, das Kurt Goetz mitgebracht hatte, stand Hermann Vallentin, der Theaterdirektor, und Hermann Vallentin, der Rechtsanwalt. Wer von den beiden besser gelungen war, darüber mögen sich die sieben Städte Griechenlands streiten, und man mag den Ossius auf den Pelius türmen, Iß auf Ossis; man wird es nicht herausfinden. Die andern reihen sich der zwerchfellerschütternden Leistung würdig an. Kurt Goetz wirkte besonders dadurch, daß er noch weniger übertrieb wie die andern die gar nicht übertrieben. Valerie v. Martens führte die Rolle der Mordverdächtigen erst sicher, dann strahlend durch.

Als die Kerrikatur ihren Höhepunkt erreicht hatte, fiel der Vorhang.

Off.

„Der Arbeiterfotograf"

Ein prächtiges Beispiel für die Wichtigkeit der Aufgabe der Arbeiterfotografen liefert die jetzt erschienene Nummer 6 der Zeitschrift „Der Arbeiterfotograf". Bilder und Text führen in die Geschichte der Fotografie ein. Dann wird illustriert, wie man fotografieren muß; es folgen leicht faßliche, anschauliche Ratschläge für Filmaufnahmen. Nachtaufnahmen mit technischen Anweisungen fordern zu Wetteifer heraus. Ein reisender Arbeiterfotograf läßt uns den Mönchsstaat Athos erblicken. Belehrung über den Selbstbau von Vergrößerungsapparaten und eingehende Bilderkritik geben Anregung für Vorwärtstreibende. Der soziale Teil bringt ausdrucksvolle Bilder über Wohnungsnot und Notstandsarbeit. Mitteilungen der Vereinigung der Arbeiterfotografen beschließen die 20 Seiten Bildwerk mit Text. Die Zeitschrift ist zum Preise von 25 Pf durch den Neuen Deutschen Verlag, Berlin NW. 7, oder durch die Arbeiterbuchhandlungen zu beziehen.

Stadttheater. In Abänderung des Spielplans wird heute, Dienstag, 7½ Uhr, „Don Carlos" gegeben. Sonntag nachmittag „Garten Eden", abends „Paganini". — Die nächsten Erstaufführungen sind in der Oper: „Der Widerspenstigen Zähmung" von Hermann Goetz (1. März), im Schauspiel: „Reinhardt von Gneisenau" von Wolfgang Goetz (8. März). Das nächste Gastspiel (3. März) bringt Käthe Dorsch in dem Schauspiel „Flamme" von Hans Müller.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270222-16/fragment/page=0006

Berufsmusiker dürfen mit ihrer Forderung keineswegs nachlassen und die Oeffentlichkeit immer wieder auf diese haltlosen Zustände aufmerksam machen. Darüber hinaus muß natürlich verlangt werden: **Weg mit den Militärmusikkapellen**, sie dienen, wie die ganze Reichswehr, nur der deutschen Bourgeoisie für ihre militaristischen Ziele.

Vorsicht beim Unterschreiben von Bestellscheinen!

Immer wieder lassen sich Geschäftsleute und Privatpersonen verleiten, Bestellscheine zu unterschreiben, die sie nicht vorher durchgelesen haben. Oft ergibt sich hinterher, daß der Inhalt des unterschriebenen Zettels von den mündlichen Verabredungen abweicht. Macht dies der Beklagte im Prozesse geltend, so hat er nur selten Erfolg. Der unterschriebene Bestellschein gilt zunächst als Beweisurkunde dafür, daß die in ihm enthaltenen Erklärungen von dem Aussteller abgegeben worden sind. Dem Geschädigten steht nur der Beweis offen, daß die Unterschrift erschlichen, daß die im Bestellschein zum Ausdruck kommende Vereinbarung wegen Irrtums bzw.

Junge Arbeiter und Arbeiterinnen der Stadtbezirke Süden und Westen! Am Freitag, dem 25. Februar, abends 8 Uhr, veranstaltet die Gruppe Westen des Kommunistischen Jugendverbandes Halle im Saale der Produktiv-Genossenschaft, Berchenfeldstraße 14, einen

Werbeabend,

ausgefüllt mit Musik, Rezitationen, Vorlesungen, Ansprache und einem Lichtbildervortrag über Sowjet-Rußland. Wir laden Euch sowie alle Kameraden der Roten Jungfront der Bezirke Süden und Westen dazu ein. Zur Deckung der Unkosten werden 10 Pf. Eintritt erhoben.

Kommunistischer Jugendverband Halle, Gruppe Westen.

arglistiger Täuschung anfechtbar sei. Das Reichsgericht hat in einer Entscheidung ausgeführt: „Im Interesse der Verkehrssicherheit kann der Satz nicht entbehrt werden, daß der Einwand allein, man habe die Urkunde vor der Unterzeichnung nicht gelesen, sie sei auch nicht vorgelesen worden, nicht zugelassen werden darf". Der Beweis aber, daß ein Irrtum oder eine arglistige Täuschung vorliegt, ist meistens sehr schwer zu führen und wird oft mißlingen. **Niemand unterschreibe daher einen Bestellschein, den er nicht vorher genau durchgelesen hat.** Auf die Angabe der bestellten Warenmenge und des Gesamtpreises im Bestellschein ist besonderes Augenmerk zu richten. Bestellzettel, die unklar, verfänglich oder unvollständig abgefaßt sind, weise man zurück.

Hallische Tageschronik

Vermißt wird seit dem 10. Februar 1927 aus Weißenfels der Stellmachermeister a. D. Richard, Theodor Kögel, geboren am 30. April 1863 in Tagewerben. Es wird Selbstmord vermutet. Beschreibung: 1,75 Meter groß, ganz kurzes graugemischtes Haar, kurz geschnittener Schnurrbart, rundes, volles Gesicht, blaugraue Augen, Zähne vollständig. Er geht ständig an einem Stocke. Auf einem Unterarm ein Herz tätowiert. Bekleidung: Blaue Mütze, dunkel gesprengelter Mantel, graues, dünnes Sommerjacket, dunkle Weste, schwarze Hose, dicke wollene Unterhose, weißes Barchenthemd, grauwollene Strümpfe, Vögel hat vermutlich eine Nickeltaschenuhr, einen Stock, einen Schal und ein Portemonnaie mit 3 Mk. bei sich. Im Erfolgungsfalle bzw. bei Auffindung unbekannter Toter Nachricht an die Landeskriminalpolizeistelle Halle, Dreyhauptstraße 4, Zimmer 116.

Selbstmord!! Am 21. Februar gegen 12.30 Uhr nachmittags wurde ein Mann in seiner im Steinweg gelegenen Wohnung erhängt aufgefunden. Nach den angestellten Ermittlungen liege Selbstmord vor. Der Grund zur Tat sollen Familienstreitigkeiten sein. — Am 21. Februar gegen 3.40 Uhr vormittags wurde in der Bedürfnisanstalt des Verwaltungsgebäudes auf dem Gertraudenfriedhofe ein 51jähriger Mann von auswärts erhängt aufgefunden. Es liegt Selbstmord vor. Der Grund zur Tat ist nicht bekannt.

Erteilung von Führerscheinen pp. Der hiesige Polizeipräsident weist darauf hin, daß auf Grund ministerieller Anordnung die Erteilung von Führerscheinen für alle Arten und Klassen von Kraftfahrzeugen und die Zulassung von Kraftfahrzeugen fortan nicht mehr durch den Regierungspräsidenten, sondern mit Wirkung vom 1. März 1927 ab für den hiesigen Stadtbezirk einschließlich Ammendorf durch den Polizeipräsidenten erfolgt. Anträge können ab 1. März 1927 im Polizeipräsidium, Dreyhauptstraße 4, Zimmer 97, gestellt werden. Auch sind dort die entsprechenden Vordrucke gegen Zahlung einer Gebühr erhältlich.

Leicht verletzt. Am 21. Februar gegen 8.30 Uhr vormittags lief eine sieben Jahre alte Schülerin in der Geisstraße gegen einen Personenkraftwagen, wobei sie zu Boden geworfen wurde. Das Kind trug leichte Verletzungen an Armen und Beinen davon.

Dachstuhlbrand. Am 21. Februar gegen 3.40 Uhr nachmittags entstand in einem Grundstück in der Wiesenstraße in Ammendorf ein Dachstuhlbrand. Durch die Fabrikfeuerwehr der Papierfabrik in Ammendorf sowie die freiwillige Ortsfeuerwehr wurde das Feuer gelöscht. Personen wurden nicht verletzt.

Neues aus aller Welt

Kein Großfeuer in der Riesaer Zündholzfabrik

Auf Grund der Meldung einer bürgerlichen Telegraphen-Agentur berichteten wir in unserer gestrigen Ausgabe über eine Explosion in der Zündholzfabrik der GEG. in Riesa, wobei ein Gebäude vollkommen niedergebrannt sein sollte. Heute wird uns von zuverlässiger Seite mitgeteilt, daß diese Meldung in keiner Weise den Tatsachen entspricht. Die Zündholzfabrik der GEG., die größte in Deutschland, hat überhaupt keinen nennenswerten Schaden erlitten. Es brannten lediglich zwei Kisten Zündhölzer aus, wobei zwei Maschinen leicht beschädigt wurden.

Man ersieht hieraus, mit welcher Vorsicht die Meldungen der bürgerlichen Zeitungsbetriebe aufgenommen werden müssen. Im vorliegenden Falle hat es fast den Anschein, als handele es sich um eine bewußte Uebertreibung, um dadurch dem Unternehmen, das bekanntlich der Groß-Einkaufs-Genossenschaft Deutscher Konsumvereine gehört, also ein Arbeiterbetrieb ist, zu schaden.

Einen Radiorekord hat Mr. G. . Gilette aus Kansas City aufgestellt, indem er mit seinem 7-Röhrenempfänger in 505 Stunden 310 Stationen erreicht hat.

Fall Kolomat-Machan

Die Methoden der Bremer Polizei zur Vertuschung des Falles Kolomat, der in Wirklichkeit ein Fall Bremer Polizei wie der Polizei überhaupt ist, werden immer merkwürdiger und skandalöser. Frau Kolomat, die bekanntlich wegen Verdachts der Kuppelei verhaftet ist, hat Haftbeschwerde eingelegt. Inzwischen sind neuere Tatsachen bekannt geworden, die die Verhaftung der Frau Kolomat besonders schändlich erscheinen lassen. Behauptete früher die Polizei, die Inhaftnahme sei erfolgt, weil sie aus dem Buch „Vom Leben geödet" den Verdacht der Kuppelei gewonnen habe, so wird jetzt bekannt, daß die Frau verhaftet wurde auf Grund der Aussagen einer Prostituierten und ihres Zuhälters. Die Polizei nennt selbstverständlich ihre Zeugen nicht so, sondern Hausmädchen und Chauffeur.

Diese Aussagen liegen der Polizei aber schon seit dem 30. Dezember vor und die Verhaftung erfolgte erst einige Wochen später, nachdem der Fall Machan in der Presse erörtert wurde. **Die Polizei hat also anscheinend die Frau erst dann verhaftet, als sie ihr unbequem wurde.** Man muß dazu noch folgendes bemerken: Entweder ist die Frau wirklich der Kuppelei verdächtig und dann hätte sie nach bürgerlichem Recht und Gesetz von Anfang an ins Gefängnis gehört und nicht erst nach mehreren Wochen, oder aber die ganze Konstruktion des Kuppeleiverdachtes ist fasch und die Polizei benutzt ihn zur Ablenkung.

Die Behandlung ist im übrigen genau so skandalös wie alles andere, was von der Bremer Polizei im Falle Kolomat unternommen wurde. Frau Kolomat darf den Besuch ihrer Angehörigen nur jeden zehnten Tag empfangen. Die Bremer Polizei und Justiz rächt sich also, daß in einige ihrer haarsträubenden Zustände hineingeleuchtet wurde.

Vor einiger Zeit wurde von den Bremer Behörden behauptet, daß die Krankenhausbehandlung der Lisbeth Kolomak richtig und gut gewesen sei, heute aber muß festgestellt werden, daß im Krankenblatt der Lisbeth Kolomak vom 29. April bis 10. Mai überhaupt keine Eintragung gemacht wurde und acht Wochen lang keine Fieberkurve geführt worden ist. Trotzdem behaupten nach wie vor Senat und Polizei, bei ihnen wäre „alles in Ordnung"!

Einen aufsehenerregenden Selbstmordversuch

unternahm am Montagnachmittag der Stadtverordnetenvorsteher Dr. Barsigk aus Wörlitz, der in der Bürgermeisteraffäre eine große Rolle spielte. Er brachte sich mit einem Revolver in seiner Wohnung im Grauen Hause des Parkes einen Lungenschuß bei und wurde sofort schwer verletzt nach dem Dessauer Kreiskrankenhaus geschafft. Das Motiv zur Tat soll in finanziellen Schwierigkeiten zu suchen sein.

Mordprozeß Hahn

Heute vormittag begann vor dem Schwurgericht in Leipzig der Prozeß gegen den 42 Jahre alten Schlosser Friedrich Franz Paul Hahn aus Liebertwolkwitz wegen Mordes in zwei Fällen. Die Verhandlung wird unter Ausschluß der Oeffentlichkeit geführt, da sexuelle Dinge zur Sprache kommen. Hahn wird zur Last gelegt, seine zweite Frau, die sich angeblich erhängt haben soll, vergiftet oder erwürgt, und seine dritte Frau, die spurlos verschwunden war, ermordet und im Keller vergraben zu haben. Die erste Ehefrau Hahns ist als Zeugin an dem Prozeß beteiligt. Für die Verhandlung sind vier Tage vorgesehen.

Wie allen zu helfen ist

Im vollbesetzten Abteil der 1. Klasse des Schnellzuges Marseille—Paris entspinnt sich zwischen zwei Fahrgästen ein lebhafter Disput. Der Schaffner erscheint.

„Herr Kontrolleur", sagt der eine Herr und weist sich als Abgeordneter der Kammer aus, „ich friere sehr, kein Wunder, bei meiner Lebensweise und Tätigkeit in geschlossenen Räumen. Der Herr da will die Türen nicht schließen; wenn das nicht geschieht, werde ich eine Lungentzündung bekommen."

„Gott sei Dank, Schaffner, daß Sie da sind", erwidert der andere, ein dicker, asthmatischer Herr, der ständig nach Luft ringt, „ich bin Senator und fahre jetzt gerade zur Tagung; die Tür muß offen bleiben, oder ich ersticke!"

Der Kontrolleur ist ratlos; wie immer er entscheidet, er muß entweder den Deputierten oder den Senator verletzen, es wird eine Beschwerde geben!

„So tun Sie doch beiden Herren den Willen", mischt sich da ein gewöhnlicher Reisender ins Gespräch, „machen Sie die Tür auf, und der Herr Deputierte wird seine Lungentzündung bekommen und sterben, wie er es uns versprochen hat; dann schließen Sie die Tür, damit der Herr Senator ersticken kann. Dann können wir ja ruhig schlafen, und jedem ist gedient!"

Der Reichsfinanzminister auf dem Glatteis. Das Auto des Reichsfinanzministers, in dem sich dieser am Sonnabendnachmittag zum Schlittschuhlauf nach dem Grunewaldsee begeben hatte, ist am Ufer des Grunewaldsees beim Wenden auf den See hinausgefahren, wobei die Eisdecke brach und die Räder des Wagens, den Dr. Köhler bereits verlassen hatte, einbrachen. Der Chauffeur konnte sich durch Abspringen retten, während das Fahrzeug versank. Die Feuerwehr konnte den Wagen nach augestrengter Arbeit wieder aus dem Wasser ziehen.

(OE.) **Gedächtnisfeier für Puschkin.** Am 10. Februar waren 90 Jahre seit dem Tode Alexander Puschkins abgelaufen. In der Akademie der Wissenschaften in Leningrad fand eine Gedenkfeier statt. In dem Hause in Leningrad, in welchem der Dichter an den Folgen seiner im Duell erhaltenen Wunde starb, wurde ein Puschkin-Museum eröffnet. An der Eröffnungsfeier nahmen alle in Leningrad anwesenden Mitglieder der Akademie teil und eine große Zahl von Schriftstellern und Literaten. Um 2.45 Uhr (der Todesstunde des Dichters) wurde ein Trauermarsch gespielt, dem ein von einem Chor gesungenes Requiem folgte. Die ehemalige Wohnung Puschkins ist jetzt ganz so wiederhergestellt worden, wie sie zu seinen Lebzeiten war. Man hat sich dabei hauptsächlich auf Zeichnungen gestützt, die von Puschkins Zeitgenossen, dem Dichter Shukowski, stammen.

Jugendkollegen im DMB. Heute abend 8 Uhr im „Volkspark" (Kartellzimmer) eine wichtige Jugendveranstaltung. Schweigen

Jugendkollegen im DMB. Heute abend 8 Uhr findet im „Volkspark" (Kartellzimmer) eine wichtige Jugendveranstaltung statt, in der der Kollege Holzapfel über Jugendrecht und Jugendschutz sprechen wird. Wir fordern unsere Jugendkollegen des DMB. auf, die Veranstaltung restlos zu besuchen.

Kommunistische Metallarbeiter. Donnerstag abend 8 Uhr Sitzung aller kommunistischen Metallarbeiter im „Volkspark".

Stadtteil Westen. Am Sonnabend, dem 26. Februar, findet in der Produktiv-Genossenschaft abends 8 Uhr eine Stadtteil-Mitgliederversammlung statt. **Stadtteilleitung Westen.**

Wettin

Kriegsgefahr — Sowjetgranaten — Was ist wahr?

Große öffentliche Volksversammlung am Sonntag, dem 27. Februar, nachmittag 3 Uhr in Wettin im Lokal „Kleiner Schweizerkeller". Es sprechen: Landtagsabgeordnete Genossin Hedwig Krüger, Halle, Kollegin Schull, Halle (SPD.-Mitglied der Arbeiterinnen-Delegation nach Sowjet-Rußland). Arbeiter, Werktätige, erscheint in Massen. Rußland-Komitee, KPD., KJV.

---

[5]

Zement

Von Fedor Gladkow

Copyright 1926 bei Verlag für Literatur und Politik (Dr. Johannes Wertheim), Wien

Aus dem Russischen übersetzt von Olga Halpern

Schuk steht Wache. Er war nicht mehr der alte Schuk — Müßiggänger, Beobachter, Possenreißer, Entlarver und Aufwiegler. Vor Gljeb stand ein harter, Furcht einflößender Soldat. Und als Gljeb an ihn herantrat, fing er nicht wie früher zu schwätzen an, sondern hielt sein Gewehr fest in der Hand. Aus den offenen Türen der Villa mit den spiegelnden Fenstern miauten hysterische Weiberschreie.

— Wer arbeitet hier, Schuk?

— Sie wühlen hier, Freund . . . Hörst Du, wie die Weiber kreischen! . . . Samtschuk, Deine Frau, Serjoscha und zwei Tschekisten. Geh zu ihnen, schau, wie sie die Bourgeoisie auskehren, in drei Teufels Namen!

— Wie steht Deine Arbeit im Volkswirtschaftsrat, Schuk? Hast dort viele Flöhe gefangen?

— Hoho, Freund . . . Besuch nur Tschibis . . . Ich möchte lieber heute als morgen alle an die Wand stellen. Was das für Luder und Hausschinder sind! . . . Und Schramm werde ich vor allem an die Wand stellen — sonst bin ich nicht ich . . . Sie haben die ganzen Brüder im Waldgehau durch Hunger zugrunde gerichtet und sind selber fett geworden wie Ratten in den Scheunen. Wie mich das kränkt, daß man die Arbeiterklasse so unterjocht hat! . . . Warte nur, Freund: wir werden einen solchen Lärm schlagen, daß der Himmel heiß werden wird, und alle dieser Luder werden wir mit Blut wegspülen . . .

In einem Vorzimmer, mit großen Fenstern, stand in morgendlicher Dämmerung ein Rotarmist mit einem Gewehr, und durch die offene Tür sah man zwischen großen, flockigen Schatten, wie eine aufgeregte Frau sich auf einem Sofa krümmte und schluchzend die Hände rang.

Eine rasche, schwere Arbeit ging dort vor sich: die Möbel krachten, wurden verschoben, dicke Bücher fielen schwer, grobe Stiefel stampften und knarrten.

Gljeb trat nach Soldatenart dreist ins Zimmer, zerstampfte als Sektor mit seinen Stiefeln die kultur volle Gemütlichkeit. Er sah die Frau nicht an, die, mit einem Gesicht, das aus gallertartigem Teig zu sein schien, erschrocken die Männer mit den Gewehren und die Menschen, die die Schränke, Kommoden und Koffer leerten, beobachtete und halbnackt auf dem Sofa ausgestreckt war. Sie hatte, wie es schien, das kleine, langbeinige Mädchen neben sich vergessen, das neugierig die fremden Menschen anstarrte, die so plötzlich und laut aus der Nacht hereingeschneit kamen.

Ein Mann in Hosenträgern und Pantoffeln, einen goldenen Zwicker auf der Nase, mit langem, spiralförmigem Bart, stand verloren, einsam und ernst, neben einem großen Schreibtisch und zuckte mit krampfhaftem Lächeln die Schultern.

Dascha nahm mit der geschickten Hand einer guten Hausfrau sorgsam und aufmerksam alles, was sie an einfachen, brauchbaren Kleidern, Wäschestücken und Hausgerät fand, und legte es in Leintücher, die auf dem Boden ausgebreitet waren, und in Reisekoffer, die offen daneben standen, hinein.

— Das ist für die Kinderheime . . . für die kleinen Kinder . . . für das Haus der Mütter . . . Hoho, das sind Stoffe! . . . Die haben sich hier viel Stoffe zusammengeleitagen . . . Wieviel Kinder damit angezogen werden können! . . .

Samtschuk wühlte wie ein Stier in den Schränken und Kommoden, und seine Fersen schimmerten schmutzig-blaß vor Anstrengung, und das Gesicht war blutunterlaufen.

— Wie diese Ungeheuer alle Schreine vollgestopft haben, mit allen möglichen schönen Sachen! Unsere Schweinehirten haben Feuerzeuge fabriziert und sich ihre Rücken mit Säcken wundgerieben, und dieses niederträchtige Gesindel da ist fett geworden und hat in seinen Kisten und Koffern alles zusammengehamstert . . . wie die Wilden. Hoho, diese Muskt — das ist keine Balalaika, sondern das ist ein Lastschiff (er wühlte gerade im Klavier herum), wer soll darauf Balalaika spielen, wenn nicht Stiere? . . .

Sergeij stand, mit dem Gewehr in der Hand, und wußte nicht, was anfangen. In diesem Hause war er einmal in seiner Jugend gewesen. Tschirsky ist ein berühmter Rechtsanwalt. In früheren Jahren war er mit seinem Vater befreundet. Sozialist, Mitglied der zaristischen Duma. Mitglied der Konstituierenden Versammlung nach der Liste Nr. 7.

Sergeij sah ihn nicht an und bekämpfte seine Erregung: er hatte Angst, Tschirsky würde zu ihm kommen, ihm die Hand entgegenstrecken und mit ihm, wie mit einem nahen Menschen zu sprechen anfangen. Er tat, als ob er ihn nicht erkennen würde, und preßte seine Zähne bis zum Schmerze fest aufeinander. Er bemühte sich, fest zu bleiben, wie seine Genossen, aber er fühlte, daß seine Füße, in Vorahnung eines unausbleiblichen Skandals, zitterten.

Und was er als etwas Schreckliches und nicht Wiedergutzumachendes empfand — geschah einfach und unbemerkt. Tschirsky sah ihn scharf an und krümmte seinen Mund in einem verachtungsvollen Lächeln — sah ihn an und erwartete den Augenblick, um ihn mit einem Worte zu packen.

— Sergeij Zwanowitsch, auch Sie beschäftigen sich mit so überflüssigen Dingen, wie Requisitionen? In Ihrer und unserer Sprache hieß es einst Raubüberfall. Von hier werden sie wahrscheinlich zu Ihrem Vater Zwan Arsenjitsch gehen, um dort eine ähnliche Operation durchzuführen. Sie werden wahrscheinlich Ihrem Vater mehr zurücklassen, als Sie es hier tun. Hier nehmen Sie uns die letzten Unterhosen weg. Haben Sie sich nicht die Unantastbarkeit der Erbschaft garantieren lassen? Vielleicht werden Sie auch hier, aus alter Freundschaft, Nachsicht üben?

Und die Frau streckte ihm die Hände entgegen, zerriß ihr Weinen, und über ihre Wangen krochen Tränen wie Flinchen hinunter und zitterten auf dem gepolsterten, weichen Kinn.

— Sergeij Zwanytsch . . . Täubchen! . . . Sie waren uns doch einmal so nah . . . Was machen Sie? Sind Sie es wirklich? . . .

Sergeij bemühte sich, streng und unnahbar zu sein, preßte das Gewehr in der Hand, daß die Gelenke krachten, und ohne Tschirsky anzusehen, sagte er scharf, mit einem Klingen im Hirn:

— Ja, meinem Vater wird dasselbe Los ereilen wie Sie. Ebenso wie Sie wird er aus seinem Hause entfernt werden und wird nicht mehr zurückkehren.

Und als er diese Worte gesagt hatte, wurde ihm plötzlich leicht ums Herz, und der Mensch, der da am Tisch stand, erschien ihm lächerlich in seiner vergangenen Würde und seinem Hochmute.

— So, so . . . Sie haben gelernt, recht grausam zu sein . . . Ich gratuliere! . . .

Dascha fand eine große, dicke Puppe mit großen Augen und gelber Wolle auf dem Kopf. Sie lächelte und ging zum kleinen Mädchen.

— Was für eine pundarschöne Puppe! . . . Nimm sie nur, Kleine, sie hat sich nach Dir gesehnt, als sie verlorengegangen war . . . Uff, wie lieb Ihr beide seid! . . .

Das Kind sprang vom Sofa und griff mit beiden Händen nach der Puppe. Dascha lächelte und streichelte ihm den Kopf.

Die Frau stürzte erschrocken zum Mädchen und faßte sie bei der Hand.

— Nina . . . komm her . . . ich erlaube nicht . . . Du siehst, sie nehmen Dir Dein letztes Hemd weg . . . Wirf die Puppe weg! . . . Komm her! . . .

Das Mädchen preßte die Puppe krampfhaft an ihre Brust, warf sich auf das Sofa und bedeckte sie mit ihrem Körperchen.

— Meine Puppe . . . meine! Mütterchen! . . .

Dascha zog den Knoten über ihren Augen fest zusammen.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270222-16/fragment/page=0007

D. Führer durch die Geschäftswelt der Provinz für Arbeiter und Angestellte im Bezirk Halle-Merseburg

Elsterwerda

Richard Wilhelm, Klempnerei
Hauptstraße 29
= Haus- und Küchengeräte =
38082

Zigarren :: Zigaretten :: Tabake
Johannes Hemprich, Markt 8
38081

Denkt daran bei **M. Wihtols** kauft man am billigsten
Manufaktur- u. Modewaren
38080

Otto Schober, Bahnhofstr. 2
Fahrräder und Nähmaschinen
Günst. Zahlungsbedingungen. Reparaturwerkstätte
38074

Arthur Fuchs, Markt 2
Kaufhaus für
Haushaltungsgegenstände — Spielwaren
38067

Dampfbäckerei O. Münch
empfiehlt:
Tägl. frische Backwaren. Spez.: Kranzenbrot
38069

Adolf Kretsche, Wiesenstr. 7
Lederhandlung und Schaftstiefelerei
Schuhmacher-Bedarfsartikel
38018

Drogerie Max Müller
Drogen, Farben, Kolonialwaren
38014

Herm. Zechs Schuhgeschäft
Berliner Straße 1
Lager moderner Schuhwaren
Reparaturwerkstatt
38016

Paul Urban, Lange Straße 5
Zigarren — Zigaretten — Tabake
38066

Kaufhaus Grunwald
Damen-, Herren- und Kinder-Konfektion
Wollwaren, Hüte, Wäsche u. Krawatten
Größte Auswahl — Billigste Preise
38077

Wilh. Müller Hauptstr. 14 :: Eisenwaren, Haus- u. Küchengeräte, Werkzeuge, Nähmaschinen
38079

Kauft Milch, Butter, Käse in der Molkerei Rebentisch
38075

Alwin Herold
Alle Kolonialwaren — Konserven — Delikatessen — Weine — Liköre — Spirituosen
landwirtsch. u. Garten-Sämereien
Mineralwasserfabrik: Köstritz. Bierverlag
3-078

C. Geilen Nachf.
Kleiderstoffe — Wollwaren — Wäsche
Herrenartikel — Arbeiterkleidung
38068

Dampfbäckerei Naumann
empfiehlt
Frühstücksgebäck, Kranken- u. Spezialbrot
38013

P. Menten
Kolonialwaren — Delikatessen
Konserven — Zigarren — Zigaretten
38020

Herm. Oehmigen, Breite Straße 2
Schuhwaren-Lager u. Reparaturwerkstatt
38017

Löwen-Drogerie
Rudolf Salzmann
Drogen, Farben, Verbandsstoffe, Photo-Artikel
38065

Grün- und Fischwaren, Obst
Ed. Hillmann
Rathausstr. 4
Ankauf v. Lumpen Eisen, Metall
38076

Ernst Linge
Südfrüchte
Obst, Gemüse
38015

Hermann Galle
Baumwoll-, Woll- u. Leinenwaren
Wäsche, Wolle, Garne u. Strümpfe
38019

Gasthof „Zur guten Quelle"
mit Rind- u. Schweineschlächterei
Inh. Bergers Erben
Bestes Verkehrslokal am Platze
ff. Fleisch- u. Wurstwaren
3-073

Hettstedt

Rosenberg, Hettstedt,
Markt
Das führende Kaufhaus für Bekleidung u. Aussteuerwaren
34614

Otto Becker, Hettstedt
Markt 28 Benndorf b. Mansf.
Herren- und Damen-Konfektion
Manufakturwaren
34615

Zigarren-, Zigaretten-, Tabak-Vertrieb
en gros en detail
Billigste Bezugsquelle für Private u. Wiederverkäufe.
G. Schulze, Hettstedt Freimarkt 19
34612

H. Herpel, Hettstedt, Bahnhofstr.
Spezial-Wäsche-Abteilung
Anfertigung in eigener Zuschneiderei und Näherei
Jede Art Leib- und Bett-Wäsche, Hemden, Schürzen
34631

Franz Stieglitz
Hettstedt
Freimarkt 1
Weiß-, Woll- und Manufakturwaren
34613

Fahrräder Paul Mähne
Hettstedt, Markt 15
Fachmännische Reparaturen und Ersatzteile
34636

G. Laue
Hettstedt
Freimarkt 13
Herren-, Knaben- und Berufskleidung:
Billigste Bezugsquelle
34611

Zentral-Molkerei
Hettstedt, Markt 16
liefert
einwandfr. Milch
sowie stets frische Molkereiprodukte
34635

Wilhelm Kunze
Hettstedt
Augustaplatz 2
Fabrikation feiner Fleisch- u. Wurstwaren
34630

Glas Porzellan
C. Kleine
Hettstedt
Haushalt-Artikel
34629

Otto Zinke
Hettstedt
Freimarkt 8
Schreib-, Papier- und Tabakwaren
Lapetenhandlung
34634

Billige Bezugsquelle für
Schuhwaren aller Art
E. Heß
Burgörner
Bahnhofstraße 12
Hettstedt, Markt 54
34617

Eisleben

Otto König
Inh.: Friedrich Beinroth
Sped., Kohlen, Möbeltransp., Kartoff.
Eisleben, Bahnhofstraße 2
34646

RICHARD ZOSEL
Schuhwaren aller Art
sowie Reparaturen
preiswert und gut
Eisleben, Hallesche Straße 6
34610

Eisleber Lichtspiele
Programmwechsel
Dienstags u. Freitags
34648

Bäckereiund Konditorei Fritz Gericke
Eisleben
Naumburgstr. 35
Prima Backwaren
34608

Sammelt die Gutscheine der Drogerie Arth. Niemann, Eisleben
Breiter Weg 85.
Erste Annengasse
34609

Richard Rothaupt
Eisleben, Hohestorstr. 30
Billigster Sohlleder-Lieferant
34647

Herm. Schrader
Bäckerei
Eisleben, Hammerstg. 47
empfiehlt modernschmeckend. Backwar.
34607

Wilh. Vogel
Bäckerei
Eisleben
Nammtorstr. 29
Täglich frische Backwaren
34606

Otto Wolhte
Eisleben
Annengasse 18
Lebensmittel: sowie tägl. frische hausch. Wurstwaren
34645

Hettstedt

Roßschlächterei **Paul Lüttich**, Hettstedt-Leimbach-Siersleben ff. Fleisch- u. Wurstwaren
34616

Artern

Schuhhaus Otto Meyer, Artern
Beste und billigste Bezugsquelle für
sämtliche Schuhwaren
38002

Zigarren, Zigaretten und Tabak
Spezialgeschäft
Chr. A. Schmidt
Artern
38025

Goethehaus
Artern
Rich. Michel
Verkehrslokal der Arbeit-Organisationen und Arbeiter-Sportvereine
38001

Franz Michaelis
Artern
Spielwaren und Geschenk-Artikel
Kinderwagen und Leiterwagen
Haus- u. Küchengeräte
Glas, Porzellan
38023

Rich. Riedel, Artern
Das Haus der guten
— Qualitäten —
38021

Sie kaufen am besten in
Otto Kämmerers Ww., Artern
Spezialgeschäft für Herren- und Knaben-Bekleidung — — Hüte — — Mützen
38024

Modehaus Diestau Artern
ist richtig in Auswahl und Preisen!
38027

Gerbstedt

Kaufhaus Gebr. Bluhm
Gerbstedt
Herren-, Damen- u. Kinder-Konfektion, Manufaktur-, Mode- und Schuhwaren
Wilhelmplatz 3/4
34652

Roß-Schlächterei
Herm. Sander
Gerbstedt, Breite Str. 9
empfiehlt täglich
frische Fleisch- u. Wurstwaren
ff. warme Würstchen
Ständiger Ankauf von Schlachtpferden
34641

Wilh. Grappendorf
Gerbstedt
Haus- u. Küchengeräte Spielwaren
Klosterplatz 3
34643

R. Sander Nchf.
Inh.: Reinh. Lauterbach
Gerbstedt, Markt 8
Lebensmittel
ff. Kaffee
Spirituosen
34622

Bäckerei u. Konditorei
A. Hübner
Gerbstedt, Klosterstr. 2
empfiehlt
prima Backwaren, sowie Materialwaren aller Art
34640

Erstklassige Tabake feinste Zigarren und Zigaretten
nur im
Tabak-Spezialhaus
Quasdorf
Gerbstedt, Markt 3
34642

Hans Druschke
Inhaber
Witwe Elise Druschke
Kaufhaus für Herren- und Knaben-Bekleid.
Herren-Artikel
Gerbstedt, Herrenstr. 6
34619

Alfred Dose
Gerbstedt, Hohestr. 19
Fahrräder
auf bequeme Teilzahlung u. niedrige Anzahlung
Reparaturen fachmännisch u. schnell
34639

Hamb. Kaffeelager
Thams & Garfs
Gerbstedt, Hohestr. 2
Kaffee
Konfitüren
Lebensmittel
34621

Albert Augustin
Gerbstedt, Marktstraße 10
Manufaktur- und Modewaren
Wäsche-Aussteuer
34644

Kelbra

I. Kahn, Gerbstedt
Hohe Straße 14
Inh. Ww. Therese Kahn
Manufaktur-, Wäsche- u. Weißwaren, Herren- u. Knab.-Konfektion
Berufskleidung
34620

Herren- u. Damen-Konfektion
Manufakturwaren
Berufskleidung
gut und billig
Walter Müller
Kelbra
38003

Großörner

Friedrich Scheffer
Großörner
Mansfelder Str. 29 Mansfelder Str. 29
Kurz-, Weiß- und Wollwaren
Haushaltungsartikel
34618

J. Herzberg, Großörner
Mansfelder Straße 9
:: Herren- und Knabenbekleidung ::
Manufaktur-, Kurz-, Weiß- und Wollwaren
34638

Holzweißig

Herm. Michaelis Holzweißig bei Bitterfeld
Uhrmacher u. Optiker
Lieferant sämtlicher Krankenkassen
33670

Artern

Fahrräder, Nähmaschinen, Motorräder
Reparaturwerkstätte
Karl Bräutigam, Artern
38026

Torgau

Arnold Sieger
Torgau
Kolonialwaren
Konserven
Zigarren - Liköre
38049

Gute Qualitäten :: Besonders billig
Sämtl. Manufakturwaren
Rost, Torgau
Wittenberger Straße 9
38051

Roßschlächterei u. Speisewirtschaft
Emil Dargatz, Torgau
Spitalstraße 13 Telephon 310
empf. Fleisch- u. Wurstwaren in bekannter Güte
Kaufe ständig Schlachtpferde zu höchst. Preisen
38052

Kaufhaus Rosenthal
Torgau, Bäckerstraße 6
das Haus der Qualitätswaren
Täglicher Eingang von Neuheiten
38047

Musikinstrumente
aller Art empfiehlt
Ernst Krause
Torgau, Schulgenstr. 10
3-048

Heinr. Schubart
Torgau
Am Weinberg 3
Spezialgeschäft für Haus- u. Küchengeräte
38050

H. Leibnitz
Torgau, Fernr. 144
Kolonial- u. Eisenwaren
Farben und Sämereien
38055

Wilh. Nerrodt
Torgau
Leipziger Str. 16
Lebensmittel aller Art
38053

Naundorf

Thams & Garfs
Torgau
38054

Brot- und Feinbäckerei
R. Krusch
Nauendorf
38046

Mückenberg

Curt Wolf, Mückenberg
Senftenberger Straße 261
Kolonial- Kurz- und Tabakwaren
34690

Brot-, Weiß- u. Feinbäckerei
Reinhold Wittler, Mückenberg, Markt 8
∴ empfiehlt täglich frische Backwaren ∴
34689

Kurz-, Weiß-, Wollwaren
Damengarderobe — Arbeiterkleidung
empfiehlt preiswert
Berta Knobloch, Mückenberg, Markt 24
34686

Gasthof „Zur Eisenbahn"
H. Roloff
Bestes Verkehrslokal am Platze. Eigene Kloschereei
Mückenberg, Senftenberger Straße 87.
34658

Möbel kauft man gut u. preiswert im
Möbelhaus Rich. Gründel, Mückenberg
Erleichtert Zahlungsbedingung. Bahnhofstr. 200
34691

Brot-, Weiß- u. Feinbäckerei
Paul Mammitzsch, Mückenberg Bahnhofstr. 12
empfiehlt täglich frische Backwaren
34692

Heinr. Schiffner, Mückenberg, Breite Str. 395
Anfertigung feiner Herrengarderobe
Herrenartikel — Konfektion
34694

Kolonialwaren, Delikatessen, Konfitüren
C. Heyder Nachf. A. Binkert
Mückenberg, Bahnhofstraße 182
34693

Zahnpraxis
Paul Herrmann
Zahnarzt, Brücken
Kronen, Behandlung
v. Kassenmitgliedern
Mückenberg, Breitestr. 65
34687

Annaburg

Schuhwarenhaus Max Freidank
Annaburg
Großes Lager
Reparaturen billigst
38064

Artern

Fahrräder, Nähmaschinen, Motorräder
Reparaturen zu günst. Zahlungsbedingungen
Franz Parche, Artern, Ritterstraße 2
38022

Damen-, Herren- u. Kinderbekleidung
Größte Auswahl! — Billigste Preise!
Kaufhaus Nußbaum, Artern
Das Kaufhaus für Alle
38000

Annaburg

Carl Petzold
Belgern — Annaburg
Sämtliche Kleiderstoffe u. Baumwollwaren
Trikotagen, Wäsche, Schürzen
— Fertige Herren- und Damenkleidung —
38060

Sämtl. Ersatzteile stets am Lager
Nähmaschinen
Original-Pfaff, Original-Phönix, Original-Seidel & Naumann usw.
Fahrräder
Original-Wanderer und Presto, außerdem noch einige Spezialmarken
Sämtliche vorkommende Reparaturen an Fahrrädern und Nähmaschinen werden in eigener Werkstatt sachgemäß ausgeführt
Hermann Meyer sen., Annaburg
Reelle Bedienung — Solide Preise
Teilzahlung gestattet
38032

E. Peschke, Manufakturwaren
Annaburg
Herren- und Damen-Konfektion
38033

Fabrik feiner Fleisch- und Wurstwaren
Marl. Wiesener, Annaburg
38039

Mitglieder
deckt Euren Bedarf nur im
Konsumverein Annaburg
38038

W. Waisch
Annaburg
Hüte Mützen
Pelze
Einkauf von Fellen
38040

Schuhreparaturen und Maßarbeit werden schnell und billigst ausgeführt
Franz Möbius
Annaburg
Gartenstraße 10
38042

Belgern

M. Richter, Belgern
Rind- und Schweine-Schlächterei
Prima Wurstwaren
38061

Paul Kanitz
Belgern
Schuhwarenhaus
Maßanfertigung
sowie eigene Reparatur-Werkstatt
38058

Brot- und Weißbäckerei
Herm. Moda
Belgern
Gartenstraße 13
38037

Bockwitz

Tabakwaren, Spirituosen, Konfitüren
empfiehlt
Alwin Golze, Bockwitz, Markt 11
Kornbrennerei
34696

Markt-Drogerie
W. Donath
Bockwitz
Drogen, Verbandstoffe, Farben, Kolonialwaren
34697

Kolonial-, Grün- u. Kurzwaren
Milch, Butter
Hugo Hübner, Bockwitz
Breite Strasse 3a.
Kartoffelhandlung
34695

Dommitzsch

Otto Andreas, Dommitzsch
Manufaktur- und Kurzwaren
Arbeiterbekleidung
38043

Wilh. Schumann
Dommitzsch
empfiehlt
Fleisch- und Wurstwaren
38045

Bruno Lehmann
Dommitzsch
Spirituosen, Kolonial- und Schnittwaren
38044

Biehla

Otto Hauptvogel / Biehla, Berliner Str. 56
Zigarren — Zigaretten — Tabake
38070

Biehla **K. Pötschke** Hauptstr.
Zigarren — Zigaretten — Tabake
38071

Belgern, Dommitzsch, Zeckeritz

Deckt Euren Bedarf im Konsumverein
Belgern, Dommitzsch, Zeckeritz
38039

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270222-16/fragment/page=0008

Aus der Provinz

„Die anderen — — —"

Die Belegschaft einer großen Maschinenfabrik steht kurz vor einem Lohnstreik. Der Verdienst ist so gering, daß das ganze Schuften, wörtlich genommen, sinnlos ist. Mittags soll eine Belegschaftsversammlung abgehalten werden. Vor diesem Zeitpunkt geht ein Mitglied des Betriebsrats durch die verschiedenen Abteilungen des Werkes, um sich über die Stimmung seiner Kollegen zu orientieren. Ueberall, wo er nachfragt, wie die Kollegen über einen eventuellen Streik denken, hört er dieselben Worte als Antwort: „Ja, mal seh'n, was die anderen denken — — —"

*

Man stand vor dem 1. Mai. Der 1. Mai wird überall gefeiert. Der Obermeister geht durch den Betrieb, um jeden einzelnen Arbeiter persönlich zu fragen, ob er morgen feiern oder arbeiten will. Alle Kollegen antworten dem „allmächtigen" Obermeister: „Mal seh'n, ob die anderen — — —" Nur ein 23jähriger, jung verheirateter Schlosser antwortet auf die Frage des Obermeisters, ob er den 1. Mai feiern oder arbeiten will, kurz und bündig: „Am 1. Mai habe ich noch nie gearbeitet. Ich feiere!" Der Obermeister macht die Einwendung daß aber alle die anderen nicht feiern wollten. Als Antwort sagt ihm der junge Schlosser: „Was die anderen machen, ist mir in diesem Falle ganz gleichgültig. Ich arbeite morgen auf keinen Fall!" Der „Ober" stürmt mit wütenden Blicken weiter. Das war der erste, der ihm eine kurze und bündige Antwort gab. Und diese Antwort war wie ein Lauffeuer. Es fanden sich noch mehrere, die feiern wollten. Am anderen Tage stand der Betrieb. Es war Maifeier.

*

Zwanzig Erwerbslose wurden als Pflichtarbeiter beschäftigt. Alle merkten sehr schnell, daß die von ihnen verlangte Arbeitsleistung gar keine Pflichtarbeit sei. Ein Mann rafft sich auf, geht durch die Reihen seiner Kollegen und fragt, ob sie mit ihm sofort die Baustelle verlassen und zum Arbeitsnachweis gehen wollen, um gegen diese widerrechtliche Beschäftigung als Pflichtarbeiter zu protestieren. Ueberall wird ihm geantwortet: „Geh' erst einmal zu den anderen, was die sagen!" Als der Fragesteller den letzten Kollegen gefragt hatte, hätte er von vorn anfangen können, da sich jeder auf — die „anderen" berief.

*

In einem anderen Betriebe fragt ein Parteigenosse seine Kollegen, ob man nicht eine Betriebszelle gründen und eine Zellenzeitung herausgeben wolle. Ueberall ist die Antwort ein Achselzucken und die ominösen Worte: „— — — die anderen." Noch heute besteht keine Betriebszelle, vielweniger eine Zellenzeitung.

*

Aehnliche Fälle ließen sich hunderttfach anführen, die alle zeigen, daß sich jeder auf den anderen beruft. Diese „anderen" haben dem Kampf der Arbeiterklasse schon unendlich viel Schaden und Verluste zugefügt. Meistens sollen diese Worte eine Art Feigheit bemänteln.

Arbeiter, so geht es nicht weiter. Du selbst bist auch „der andere". Du mußt erkennen, daß die ganze Arbeiterklasse eine große Gemeinschaft ist. Du hast Dich zu entscheiden und Dich nicht auf die „anderen" zu berufen. Du hast innerhalb der gesamten Arbeiterschaft Deine Pflicht zu erfüllen und darfst diese Pflichterfüllung nicht von der Flauheit der „anderen" abhängig machen. Du hast zu entscheiden! Du sollst mit Deinem Bekenntnis zum revolutionären Wollen und zur Tat die wirklichen anderen, die Flauen und Indifferenten mitreißen. Wenn Du Dich auf die „anderen" beruft, dann hast Du kein Recht, auf diese „anderen" zu schimpfen, weil irgend etwas fehl schlug, denn sie warten ja nur auf den anderen, der mehr Tatkraft, Ueberzeugung und Klassenbewußtsein in sich hat als sie selbst. **Zeige, daß Du auch der andere bist und** entschuldige Dich nicht beim Lesen dieses Artikels mit den Worten: „Ja, die anderen sind schuld!" Tz.

Unterstützung der IAH.-Kinderhilfe durch kommunale Behörden

Die Kinderhilfe der IAH. wurde durch eine Reihe von kommunalen Behörden im vergangenen Jahre mit den nachfolgenden Beträgen unterstützt:

Stadtverwaltung Pankow 2000 Mark, Stadtverwaltung Berlin-Mitte 1000 Mark, Magistrat Wesermünde 200 Mark, Stadtverwaltung Offenbach 140 Mark, Stadt Erfurt 3240 Mark, Gemeinde Engelsdorf bei Leipzig 120 Mark, Stadtverwaltung Barmen 860 Mark, Kreistag Mansfeld 500 Mark, Stadt Heidelberg 250 Mark, Gemeinde Rodewisch i. Sa. 160 Mark, Gemeinde Drebbach i. Sa. 30 Mark, Gemeinde Lichtentann i. Sa. 300 Mark.

Ferner erhielt die IAH. Unterstützung von Krankenkassen: OKK. Bremen 400 Mark, OKK. Remscheid 300 Mark, außerdem Nothilfe der Stadt Bremen 600 Mark.

Lohnsteuererstattung für Kriegsbeschädigte. Am 31. März 1927 läuft die Frist ab zur Stellung von Anträgen auf Lohnsteuererstattung für das Jahr 1926. Bekanntlich wird Kriegsbeschädigten, die Lohn oder Gehalt beziehen, der Satz für Werbungskosten und Sonderleistungen um den Prozentsatz erhöht, um welchen die Erwerbsbehindert sind. Nach dem Erlaß des Reichsministers der Finanzen vom 30. November 1926 gilt dies auch dann, wenn von einem Kriegsbeschädigten ein Antrag auf Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrages im Jahre 1926 noch nicht gestellt war, im Steuerstattungsantrage aber die Kriegsbeschädigung geltend gemacht wird. Ein entsprechender Antrag ist unverzüglich unter Beifügung des Rentenbescheides an das für den Wohnort zuständige Finanzamt zu richten. Sowe... das noch nicht geschehen ist, ist dabei gleichzeitig unter Beifügung der Steuerkarte für 1927 die Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrages für das laufende Jahr zu beantragen.

Merseburg-Querfurt

Merseburg. Eine Scheune in Flammen. Am Sonntagmorgen gegen 6 Uhr brannte die dem Fleischermeister Stecher gehörige Scheune in der Querstraße nieder. Die Feuerwehr konnte in 1½ Stunde das Feuer löschen. Große Mengen von Stroh und Heu sollen verlorengegangen sein. Es wird Brandstiftung vermutet.

Teuditz. Die Arbeiterschaft und Gastwirt Voigtländer. Wir hatten uns bereits schon einmal mit dem Wirt Wilhelm Voigtländer von hier auseinandergesetzt. Als Antwort auf unseren Bericht hat es dieser Herr in unserem Dorfe, das sich zu vier Fünfteln aus Arbeitern zusammensetzt, fertig gebracht, den „Klassenkampf" abzubestellen. Wir fragen: Sollen wir einem solchen Wirt, welcher, nebenbei gesagt, die verbürgerlichte „Leipziger Volkszeitung" als Ersatz in seinem Lokal ausliegen hat, noch weiter unterstützen? Wollen die besten Arbeitervereine, wie Turn- und Radfahrerverein, noch weiter bei dem Mann ihre Tu[illegible] abhalten? Die Antwort dürfte nicht schwer fallen. Doch noch eins: Der Wirt Voigtländer hat in seinem Lokal regelmäßig Filmvorführungen des Herrn Bothin aus Rempitz. Herr Bothin wagte es hier, nach Aussagen von Augenzeugen, mit dem Abzeichen des „Stahlhelm" die Filmvorführungen abzuhalten. Wir stehen hier vor der Frage: Sollen wir uns diese Provokation gefallen lassen? Keinesfalls! Wir haben es vollkommen in der Hand, ob wir diese Vorführungen noch weiter besuchen. Fort mit allen reaktionären Machenschaften! Klassengenossen, übt Solidarität und beweist dem Herrn Voigtländer einmal, daß er ohne Eure Groschen nicht leben kann.

Lützen. Aus dem Stadtparlament. Am kommenden Donnerstagabend findet eine öffentliche Stadtverordnetenversammlung statt. Auf der Tagesordnung steht auch wieder der Bau von Arbeiterwohnungen. Genossen, erscheint recht zahlreich. Ueberzeugt Euch selbst, wie die bürgerliche Mehrheit die Interessen der Arbeiterschaft mit Füßen tritt.

Schkeuditz. Einen Erfolg hat unser Bericht gebracht, den wir kürzlich über einige Mißstände im Krankenhaus „Bergmannswohl" veröffentlichten. Die Kranken erhalten seit einigen Tagen auch zum Frühstück wieder belegte Brote. Wir stellen das gern fest und wünschen nur, daß man auch in jeder anderen Beziehung den Wünschen der dort stationierten Kranken nach Möglichkeit Rechnung trägt. Hierzu gehört vor allem auch, daß von seiten der Verwaltung des Krankenhauses dem dortigen Oberpfleger Rockmann einmal andere Manieren beigebracht werden. Es ist im höchsten Maße ungehörig, wenn ein Pfleger verlautbaren läßt, daß er auf Grund unseres Artikels nun noch „energischer gegen die Kranken vorgehen" will. Er hat doch sicher nichts anderes zu tun, [illegible] den Kranken zu Diensten zu sein. Seine überschüssige Energie kann er unsertwegen an anderer Stelle freien Lauf lassen. Jedenfalls ist den Kranken sehr zu empfehlen, sich gegebenenfalls über den erwähnten Pfleger bei dem zuständigen Arzt des Hauses oder der Verwaltung zu beschweren und wir glauben und hoffen, daß solche Beschwerden damit an die rechte Stelle kommen.

Rosdorf. Hilfe, Hilfe, Herr Staatsanwalt! Ein sozialdemokratischer Gemeindevorsteher fühlt sich amtlich beleidigt und möchte gar zu gern dem „Klassenkampf" ans Leder gehen. Eine ganz unwesentliche Angelegenheit ist die Ursache. Wir hatten vor kurzem etwas über die Radelstichpolitik des Gemeindevorstehers Lingner geschrieben und von vornherein erklärt, daß es sich im Grunde genommen um eine Bagatelle handelt, und zwar um die Schmückung von Aufgebotsanzeigen im Gemeindekasten. Herr Lingner schickt uns jetzt eine ellenlange „Berichtigung", die nur einer Polemik gegen den „Klassenkampf" gleichkommt, aber in keiner Weise den Vorschriften des Pressegesetzes entspricht. Herr Lingner will nämlich nur das Anbringen der Girlande im Inneren des Kastens untersagt haben, weil dieser durch Verwendung zu starker Nägel bereits gelitten hat. Was hat dann Herr Lingner für Nägel verwandt? Uebrigens ist es doch auch höchst eleganzig, daß die Beschädigung des Kastens just in dem Augenblick entdeckt wird, wo ein Arbeiter eine Girlande anbringen will. Wir haben also gar keine Ursache, die Berichtigung zum Abdruck zu bringen, zumal Herr Lingner drauf und dran ist aus der Laus einen Elefanten zu machen. Das aber ist unseres Erachtens noch doch ein Zeichen politischer Armseligkeit. Es bleibt Herrn Lingner und allen anderen Bürgern zu überlassen, hierüber anders zu denken. Also, auf zum Kadi, Herr Lingner!

Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Die Stadtverwaltung von blahrot Zeitz, genannt „Klein-Wien" gegen die jugendlichen Erwerbslosen

(Jungarbeiterkorrespondenz)

Die Lage der Arbeiterklasse verschlechtert sich von Tag zu Tag, das Heer der Erwerbslosen steigt ins unermeßliche, somit tritt auch in der Lage der jugendlichen Erwerbslosen eine Verschlechterung ein.

In dieser Situation tritt die Stadtverwaltung in die Etatberatung für das Jahr 1927 ein. Auch die jugendlichen Erwerbslosen glaubten zu diesen Beratungen Stellung nehmen zu müssen, um ihre eigenen Forderungen zu erheben. Zu diesem Zweck war eine Aussprache im Jugendheim anberaumt worden.

Da allgemein die Veranstaltungen der Erwerbslosenjugend im Jugendheim am Arbeitsnachweis durch Aushang bekanntgemacht werden, begrüßte unser Genosse Ueberschär dem Sozialdemokraten Stadtrat Schulze den Aushang zur Unterzeichnung vor. Aber dieser November-Sozialist, der sich zu einer besonderen SPD.-Blüte zu entwickeln scheint, lehnte dies kurzerhand ab. Als aber der Aushang trotzdem an einer geeigneten Stelle angebracht wurde, ging man ohne weiteres dazu über, **die Aussprache zu verbieten.**

Als Adjutant erschien in höchsteigener Person der „revolutionäre" „Links"sozialist Redakteur Franken, der unter allen Umständen die Aussprache verhindern sollte. Aber der große „Revolutionär" wurde eines anderen belehrt. **Die Erwerbslosen beschlossen erstens mit Mehrheit die Aufstellung der Forderungen zum Etat,** zugleich wurde aber auch das provokatorische Verhalten des Sozialdemokraten Schulze verurteilt.

Darauf trat man in die Aussprache ein. Als die jugendlichen Erwerbslosen den „Revolutionär" Franken aufforderten, an der Aussprache teilzunehmen, erklärte dieser brüsk: „Das habe ich nicht nötig."

Jugendliche Erwerbslose, das ist die Frakse der linken Sozialdemokraten, wenn es gilt, für die Interessen der erwerbslosen Jugend etwas zu tun. Es wurden dann folgende Forderungen an das Stadtparlament gestellt:

70 000 Mark Unterstützung an jugendliche Erwerbslose unter 18 Jahren,
12 000 Mark Mietbeihilfen (Ledige und Jugendliche),
10 000 Mark für Speisung,
1 000 Mark für Durchreisende (Kaffee, Nachtquartier).

Auch hier zeigte die Sozialistische Arbeiterjugend ihre heuchlerische Fratze, indem sie ihre eigenen Forderungen bekämpfte und sie erst von ihren eigenen Parteimannen zur Vernunft gebracht werden mußte, der sie als Feiglinge bezeichnete, weil sie nicht den Mut aufbrachten, für oder gegen ihre eigenen Forderungen zu stimmen.

Jugendliche Erwerbslose, so sieht die Vertretung Eurer Interessen durch die Sozialistische Arbeiterjugend aus. Jagd diese Marder an der Arbeiterklasse zum Teufel und kämpft mit in der roten Klassenfront für die Befreiung der Arbeiterklasse von der Knechtschaft des Kapitalismus.

Weißenfels. Selbstmordversuch. Am Sonntag früh versuchte eine Witwe in geistiger Umnachtung sich mit einem Rasiermesser die Kehle zu durchschneiden. Der sofort herbeigerufene Arzt legte der Unglücklichen einen Notverband an und veranlaßte die Ueberführung in das Krankenhaus. Lebensgefahr besteht nicht. Man sagt nicht mit Unrecht, daß jeder Selbstmörder im Moment der Tat geistig umnachtet ist. Was also ist die Ursache für die „geistige Umnachtung"?

Naumburg. Wegen Depotunterschlagung und Zahlungseinstellung, durch die 130 Gläubiger um eine Summe von 240 000 Mark geschädigt wurden, hatten sich die Bankinhaber Richard und Fritz Gebser zu verantworten. Die Angeklagten haben durch persönlichen Aufwand — jeder von ihnen einnahm monatlich dem Geschäft 3000 Mark — den Zusammenbruch mit herbeigeführt. Das Urteil lautete für Richard Gebser auf 1 Jahr 3 Monate Gefängnis, für Fritz Gebser auf 6 Monate Gefängnis. Strafaussetzung wurde abgelehnt.

Naumburg. An der geistesschwachen Stieftochter vergangen. Zu einem Jahr Zuchthaus wurde vom Schöffengericht wegen fortgesetzten Sittlichkeitsverbrechens an seiner Stieftochter der Landwirt Hugo Philipp aus Seena (Kreis Eckartsberga) verurteilt. Die 19 Jahre alte geistesschwache Luise Philipp wurde freigesprochen. Dem Vater Ph. wurden die bürgerlichen Ehrenrechte auf fünf Jahre aberkannt und sechs Wochen der erlittenen Untersuchungshaft auf die Strafe angerechnet.

Zeitz. Wieder ein Polizeibeamter von einem Auto überfahren. In Zeitz sind sogar die Polizeibeamten ihres Lebens nicht sicher. Erst kürzlich wurde ein Beamter überfahren. Am Sonntagabend gegen 8 Uhr wurde wieder ein Polizeibeamter an der Ecke Donalies- und Schöneburgstraße von einem Personenauto der Firma Auto-Meyer überfahren. Das Auto kam von Weißenfels und fuhr, ohne das Licht abzublenden, auf der rechten Straßenseite. Das Haltezeichen des Beamten wurde nicht beachtet, sondern der Wagen fuhr auf den Beamten los. Dämmt er noch rechtzeitig auf die Seite sprang, wurde er von den Kotflügeln erfaßt und zu Boden gerissen. Er erlitt äußere Verletzungen und mußte dem Krankenhaus zugeführt werden. Außerdem klagt er noch über innere Schmerzen.

Zeitz. Verhütung eines Schadenfeuers. Als in der Sonntagnacht gegen 12 Uhr Hausbewohner der Möbelfabrik Puckliß nach Hause kamen, bemerkten sie im Dachgebälk des Kesselhauses Feuer. Sofortiges tatkräftiges Eingreifen der Feuerwehr und Hausbewohner verhinderte einen größeren Brand.

Zeitz. Arbeiter-Samariter-Kolonne. Die Mitglieder der Arbeiter-Samariter-Kolonne sind bereit bei plötzlichen Unglücksfällen bis zur Ankunft des in erster Linie herbeirufenden Arztes die erste Hilfe zu leisten und Transporte in sorgfältiger Weise auf eigenen Fahrbahren und Tragen auszuführen. Zu diesem Zwecke sind Krankentragen und Verbandskästen bei verschiedenen Mitgliedern aufgestellt. An den Hausgrundstücken, in welchen Mitglieder der Arbeiter-Samariter-Kolonne wohnen, sind Schilder mit weißem Kreuz auf rotem Felde und den Buchstaben ASB. (Arbeiter-Samariter-Bund) angebracht.

Mansfeld-Sangerhausen

Ein aufsehenerregender Vorfall beim Schupovergnügen in Eisleben

Wieder einmal Hauptmann Palm

Am 12. Februar veranstaltete die Eisleber Schupo ihr Wintervergnügen im „Terrassensaal". Der Saal war bereits um 8 Uhr brechend voll. Mit der Veranstaltung wurde um 8.10 Uhr begonnen. Kurz nachdem erschien der Polizeihauptmann Palm in Begleitung des Polizeileutnants Bohm mit mehreren scheinbar eingeladenen Gästen und suchte noch für diese „Herrschaften" Sitzgelegenheit. Da nun keine geeigneten Plätze mehr vorhanden waren, gingen die beiden Herren Offiziere schnurstracks auf einen Tisch zu, an dem sich zwei scheinbar ältere Polizeibeamte mit ihren Frauen befanden. Hauptmann Palm forderte die Herrschaften auf, den Tisch zu räumen, da er denselben für **„seine Ehrengäste"** benötige.

Ohne daß die beiden Beamten erst zur Besinnung kommen konnten, räumte Herr Palm und sein Begleiter sämtliche auf dem Tische befindlichen Gegenstände und Bier mit den Worten: Los, los auf andere Tische bzw. auf die Erde. Die Beamten räumten anstandshalber ihre Plätze. Die Frauen behaupteten ihren Platz, wurden aber mit der Bemerkung: **„Bitte, setzen sie sich wo anders hin"** an die Säule gedrängt. Nach kurzer Zeit verschwanden die beiden Damen auch noch, um den Herren Platz zu machen.

Ich möchte nicht wissen, wie es den verdrängten Damen und Herren zu Mute war, mit sedenfalls drehte sich das Herz im Leibe herum. Die Herren behaupteten ihren Platz steifgesbewußt mit strahlenden Gesichtern. Ein stiller Beobachter.

Polleben. Schlotternde Angst vor einem Konsum. Da beabsichtigt ist, in unserem Orte eine Zweigstelle des Aschersleber Konsumvereins zu errichten, geht ein Wutgeheul durch unser Dorf, denn unsere Geschäftsleute wissen, was für sie der Konsum bedeutet. Aber das nützt alles nichts. Die Bäckermeister Ehrhard und Konrad behaupten schon, die beiden Unterschriftensammler seien von den Einwohnern hinausgeworfen worden, als sie Mitglieder für den Konsumverein warben. Die beiden Helden irren sich gewaltig. Die Sache ist so, daß den Unterschriftensammlern immer wieder gesagt wurde, daß es höchste Zeit sei, hier einen Konsum zu eröffnen. Bäckermeister Ehrhard möchte gerne wissen, wer die Anstifter zu dieser Gründung sind. Scheinbar ist er schon vor Angst so kopflos geworden, daß diese Frage für ihn noch ein Rätsel ist, sonst müßte er wissen, daß die „Anstifter" die Einwohner unseres Dorfes selbst sind. Weiter möchte der Herr Bäckermeister wissen, ob es auch Brot und Weißwaren im Konsum geben wird. Auch diese Frage soll ihm beantwortet werden, denn in einem Konsum gibt es bekanntlich alles, auch Brot und Weißwaren, und meistens sogar besser und billiger als es Geschäftsleute liefern können. Bäckermeister Konrad plaudert allen Leuten vor, daß sie 100 Mark Geschäftsanteil im Konsum zahlen müssen. Auch das ist nur Angst vor dem Konsum. Der Geschäftsanteil wird ganz niedrig sein und kann außerdem in kleinen Raten eingezahlt werden. Man achte also nicht auf die Angsttiraden dieser Herren.

Polleben. Neues vom „Amtsschimmel". Dem Amtsschimmel, dem vielverlästerten, wird auch manchmal „Unrecht" getan. Wenn er will, dann trabt er nicht langsamen Trott, sondern er galoppiert bei Nacht und Nebel. Hier hatte nachts ein Einwohner seinen Wagen unbeleuchtet auf der Dorfstraße stehen lassen. Schon am anderen Morgen um acht Uhr konnte er sich über ein Strafmandat freuen. Wenn es etwas zu fressen gibt, kann er also auch galoppieren.

Artern. „Sowjetgranaten" — Kriegsgefahr — Klassenjustiz — Reaktion. Darüber spricht am Sonnabend, dem 26. Februar, abends 8½ Uhr, im Lokal „Goethehaus" zu Artern Genosse Wilhelm Koenen (M. d. R.). Arbeiter, erscheint in Massen! KPD. und RFB.

Artern. Wegen schweren Landfriedensbruchs werden sich heute 18 rote Frontkämpfer vor dem Erweiterten Schöffengericht in Sondershausen zu verantworten haben. Die Verhandlung wird sich aller Voraussicht nach bis zum 24. d. M. hinziehen. Auf das Urteil braucht man nicht gespannt zu sein. Es wird sich würdig den Klassenurteilen anderer Richter anreihen. Hierüber sind sich auch — wie uns versichert wird — die Inhaftierten vollkommen klar. Sie erwarten von dieser Justiz keine Gerechtigkeit, weil eine solche im kapitalistischen Staate ein Unding ist. Dieses Urteil, das nur noch verkündet zu werden braucht, wird aber auch nicht den weiteren Vormarsch der revolutionären Arbeiterschaft aufhalten können, ebensowenig kann es die Angeklagten zermürben. Im Gegenteil: Aus dem Unrecht wächst neue Kraft für den Klassenkampf und neuer Glaube an den endgültigen Sieg der Arbeiterklasse. Wir werden über den Verlauf der Verhandlung berichten.

Zeitzer Partei-Arbeiter!

Heute, Dienstag, den 22. Februar, abends 8 Uhr, im Lokal „Schuhmacherherberge" großer Mitgliederinformationsabend.

Thema: Wir Kommunisten und die weltliche Schule.
Referent: Genosse Dr. Ausländer-Berlin.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270222-16/fragment/page=0009

Bitterfeld-Wittenberg

Zschornewitzer Arbeiter wachen auf

Berichterstattung vom Kongreß der Werktätigen

Endlich scheint die Arbeiterschaft von hier und Umgegend ihren langen Schlaf beendet zu haben. Das konnte man in der öffentlichen Versammlung, die vom Landesausschuß der Werktätigen Mitteldeutschlands einberufen war, feststellen. Waren doch in der letzten Zeit Versammlungen angesagt, die wegen schwachen Besuchs gar nicht stattfinden konnten. Wenn diese Versammlung auch hätte besser besucht sein können, so steht auf der anderen Seite doch fest, daß die Versammlung einen vollen Erfolg brachte.

Als Referenten erschienen der parteilose Kongreßdelegierte H. Wetter vom KdW. und die Landtagsabgeordnete Hedwig Krüger als Vertreter des Landesausschusses.

Einleitend führte Kollege Wetter aus, daß die große Masse der Arbeiterschaft die Bedeutung des KdW. leider noch nicht erkannt hat, weil die Gewerkschafts- und SPD.-Presse es bis jetzt meisterhaft verstanden haben, den KdW. und seine Beschlüsse mit den schäbigsten Mitteln zu bekämpfen. Die heutige Versammlung solle dazu dienen das Lügengespinst zu zerreißen, Klarheit zu schaffen, die Massen zum gemeinsamen Kampf gegen die jetzige Ausbeuterschaft zu organisieren.

Der Redner schilderte, wie auf dem Kongreß die verschiedenen Delegationen und Vertreter aller Richtungen und Parteien die wirtschaftliche und politische Lage besprochen und aufgefaßt haben. Hauptsächlich erwähnte er **die Beschlüsse, Erklärungen und Aufrufe der 137 SPD.-Delegierten, die entgegen dem Willen ihrer Führer auf den Kongreß gekommen waren.**

In seinen weiteren Ausführungen betonte Redner nachdrücklichst, daß der Reichsausschuß, die Landes- und Ortsausschüsse, die freien Gewerkschaften niemals ersetzen können und wollen. Die wirtschaftlichen Kämpfe hätten die Gewerkschaften nach wie vor zu führen. Aber die

erste und wichtigste Aufgabe der Ausschüsse sei es, die Gewerkschaften zu stärken.

Anschließend daran sprach die Vertreterin des Landesausschusses Landtagsabgeordnete Hedwig Krüger. Sie ergänzte und unterstrich die Ausführungen des Vorredners. Mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgten die Teilnehmer der Versammlung mit oft zustimmendem Beifall die Ausführungen, über Mieter- und Wohnungsfrage, Aufwertungsfragen, Erwerbslosigkeit, Siedlungswesen, Bauernfrage usw. Tiefen Eindruck erweckten ihre Ausführungen, die sich auf die drohende Kriegsgefahr bezogen. Am Ende ihrer Ausführungen weist die Rednerin darauf hin, wie bitter notwendig auf Grund dieser Erscheinungen die Einberufung eines KdW. war.

In der anschließenden freien Aussprache sprachen noch zwei Erwerbslose. Trotzdem Konkurrenzgegner anwesend waren, wagte es keiner von ihnen, den beiden Rednern entgegenzutreten.

In seinem kurzen Schlußwort wies der Kongreß-Delegierte nochmals auf die Notwendigkeit der Ortsausschüsse hin und forderte die Anwesenden auf, sich restlos zu beteiligen.

Anschließend wurde ein Ortsausschuß der Werktätigen gebildet.

Es ist nachträglich der Wunsch laut geworden, recht bald wieder eine Versammlung stattfinden zu lassen. Der gebildete Ortsausschuß wird eine solche demnächst einberufen und im übrigen alles tun, was im Interesse aller Werktätigen notwendig ist.

Solidaritätserklärung der Wittenberger Erwerbslosen

Am 15. Februar fand im Gewerkschaftshaus die vierte gut besuchte Erwerbslosenversammlung in diesem Jahre statt. Auf der Tagesordnung stand die Tarifkündigung in Chemie und Metallindustrie, das neue Arbeitslosenversicherungsgesetz und der Reichserwerbslosentag am 18. März in Berlin. Die Erwerbslosen erklärten sich solidarisch mit den beschäftigten Werktätigen und nahmen folgende Resolution einstimmig an:

Die am 15. Februar im Gewerkschaftshaus Wittenberg zahlreich versammelten Erwerbslosen beschließen: sich einmütig hinter die Beschlüsse der Generalversammlung des Fabrikarbeiterverbandes, betreffs Kündigung des Lohntarifs, zu stellen und versprechen, Hand in Hand mit den Werktätigen jede Streikarbeit abzulehnen. Die Erwerbslosen fordern Arbeit und Brot, auskömmlichen Lohn, her mit der 42-Stunden-Woche, fort mit dem neuen Arbeitslosenversicherungsgesetz, Ausbau der Erwerbslosenfürsorge auf der von der KPD. vorgeschlagenen Grundlage.

Ein Kollege fordert politischen und gewerkschaftlichen Zusammenschluß um so besser für eine Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft kämpfen zu können. Die Erklärung der Metallindustriellen: „Sympathieaussperrung und Sympathiestreik sind kein Tarifbruch", zeigen uns ja, welchen Weg wir zu gehen haben.

Betreffs des neuen Arbeitslosenversicherungsgesetzes soll der Reichserwerbslosentag am 18. März in Berlin stattfinden um Stellung dazu zu nehmen. Wie sich das Versicherungsgesetz auswirkt auf die heutigen Erwerbslosen, ersieht man daraus, daß im Stadt- und Landkreis Wittenberg

von über tausend Erwerbslosen, die teilweise keine Unterstützung bekommen oder teilweise ausgesteuert sind, nur 41 Kriesenfürsorge bekommen.

Was geschieht nun mit den anderen? Die Rationalisierung und das Fließband in den Ford-Werken wurde als gesundheitsschädlich, nervenzerrüttend und für die Arbeiter als verwerflich befunden.

Bitterfeld. Mitgliederversammlung des Baugewerksbundes. Am Dienstag, dem 22. Februar, abends 7 Uhr, findet im „Bürgergarten" die Mitgliederversammlung des Baugewerksbundes statt. Erscheinen jedes Kollegen ist Pflicht.

Roitzsch. Ein Hauswirt, der nicht weiß, wie er seine Mieter schikanieren soll, ist der Zimmerer Franz Rosinsky, Chausseestraße. Wir haben uns schon einmal mit dem Manne befassen müssen. Folgendes hat sich diesmal zugetragen: Der Mieter L. hatte Besuch erhalten und zum Schrecken des Herrn Rosinsky waren es wohl alles rote Frontkämpfer und ein Reichsbannermann, die als Besucher zu L. kamen. Da der Herr Hauswirt als Kommunistenfresser und Vertilger von roten Frontkämpfern bekannt ist, mußte Rache erjonnen werden. Die Rache kam dann auch in der Form einer Anzeige und lautet, daß durch „übermäßig lautes ungebührliches Verhalten" dem Hauspascha die Nachtruhe gestört und er in seinem „gesundheitlichen Befinden geschädigt" sei! So soll die Amtskasse um 18 Mark bereichert werden. Der RFB. bleibt aber trotz der Wut des Rosinsky bestehen.

Brehna. Nette Zustände herrschen in der hiesigen Schützengilde, wovon wir folgende Tatsachen hier kurz aufzeigen wollen. Man scheint nämlich hier in der Schützengilde die sogenannten Ehrenpreise nicht den besten Schützen zu geben, sondern demjenigen, der es am besten versteht, den Scheibendienst zu bestechen. Es sei vor allen Dingen folgender Fall angeführt, der jetzt erst der Oeffentlichkeit bekannt geworden ist. Beim 75jährigen Vereinsjubiläum erhielt der Dachdeckermeister D. den ersten Preis, obwohl ein hallischer Schütze der Beste war. Der Scheibendienst war bestochen worden. Es soll auch schon in früheren Jahren oftmals vorgekommen sein, daß ein 01-Mark-Stück den ersten Preis sicherstellte. Des weiteren konnte auch keine einwandfreie Kassenführung beim Jahresbericht vorgelegt werden, doch dies zu untersuchen, ist Aufgabe der Mitglieder. Natürlich hat man diejenigen, die solche Mißstände in der Schützengilde aufdecken, einfach herausbugsiert. Für alle Mitglieder aus dem Kleinbürgertum zeigt sich auch hier wieder wie gemein und schufftig sie von diesen sogenannten nationalen Herrschaften hintergangen werden. **Heraus aus den bürgerlichen Klimbim-Vereinen!**

Brehna. Falsche Freunde. Die hiesigen bürgerlichen Gesangvereine versuchen den hiesigen Arbeitergesangverein zu übertölpeln, und zwar auf folgende Art. Der Arbeiter-Gesangverein hatte am 12 und 13. Februar eine wohlgelungene Veranstaltung. Sofort kamen die Vorstände der Gesangvereine „Liedertafel", „Männergesangverein" und „Quartett" (die ersten beiden Vereine sind Mitglieder des Deutschen Sängerbundes, der letzte ist eine wilde Organisation) und machten dem Arbeitergesangverein dahingehende Vorschläge, daß man sich doch gegenseitig bei seinen Veranstaltungen unterstützen könnte und auch einmal einen gemeinsamen Sängerwettstreit veranstalten müßte und andere schöne Dinge. Natürlich wurde vom Arbeiter-Gesangverein den Vorständen der bürgerlichen Vereine ohne weiteres eine Absage für derartige Sachen erteilt. Sehen wir doch den Männergesangverein bei jeder Stahlhelm-Veranstaltung mitwirken und im Gesangverein „Liedertafel" ist alles das beisammen, was in den organisierten Arbeitern nur Verbrecher am Privateigentum steht. Und jetzt will man mit uns Arbeitersängern eine Gemeinschaft schließen. Wir kennen auch die Gründe, warum sich jene Herrschaften auf einmal mit den Arbeitern an einen Tisch setzen wollen. Das, was man plant, wird ihnen niemals gelingen. Die proletarischen Elemente aber in jenen bürgerlichen Vereinen sind uns als Mitglied stets willkommen, wenn sie sich zur Arbeiterklasse bekennen und sich mit uns in den Dienst des Proletariats stellen wollen.

Piesteritz-Kleinwittenberg. Zwei Pestalozzi-Feiern. In dieser Woche hörte man nichts weiter, als von Pestalozzi-Feiern. Den Reigen mit den Veranstaltungen eröffnete natürlich die Kirche — mit einem „Erziehungsgottesdienst" und einem Lichtbilder-Vortragsabend. Ob die Kirche ein Recht hat, sich auf Pestalozzi zu berufen, müssen wir bestreiten, denn Pestalozzi soll kein Freund (trotz seiner zeitbedingten Religiösität) von den Schwarzkittiels gewesen sein. Seine Meinung über diese war mehr als deutlich. Weiter fanden je eine Feier der Piesteritzer Mädchenschule und der Knabenschule statt. Die erstere war so richtig im „ästhetischen" Stil gehalten. Einzelne Gedichte kamen in einer „Ueberhohenheit" zum Vortrag, die geradezu gräßlich wirkte. Hier merkte man die starke „pathetische" Uebertriebenheit, die Rektor Becherer eigen ist. Der Gesang war typisch religiös — und paßte schlecht zu den Schlußworten des Referenten. Denn nach marxistischen Begriffen gibt es nur „eine" Religiösität. Die Ansprache Becherers war eine Wiedergabe des Lebenslaufs Pestalozzis. Daß der Mensch im Elend kein Mensch wird, ist gut — besagt aber noch gar nichts. Es kommt darauf an, aufzuzeigen, **wie der Mensch aus dem Elend herauskommt,** wie dieses dauernd beseitigt, und welche Mittel anzuwenden sind. Daß das Pestalozzi nicht sah — oder nicht sehen wollte, und nicht sagte, wie aus dem Elend heraus zukommen ist, bleibt seine Schwäche. Er gleicht hierin den englischen Utopisten, die auch auf die Mildtätigkeit der Reichen rechneten. Auch die heutigen Sozis erwarten ja von den Kapitalisten Wunderdinge — oder „weitgehende" Zugeständnisse, wofür sie sich recht artig verhalten, um ja nicht den Unwillen der Besitzenden zu erregen. Wenn man aber keine Revolution will, Herr R. Becherer, so wird uns wohl die Produktionsschule, die zu einem gewissen Teil schon Pestalozzi anstrebte, ein frommer Wunsch bleiben. Das Elternhaus ist heute kein Erziehungsfaktor mehr, wenigstens das proletarische Elternhaus nicht, denn dort sind alle Gemeinschaftsbande durch das kapitalistische System brutal zerstört worden. Pestalozzi als fortschrittlicher Kleinbürger konnte das nicht wissen, da er kein Marxist war — aber ein Sozialdemokrat des 20. Jahrhunderts sollte das mindestens wissen. Die Schlußbemerkung in der Ansprache beäußerlich des Gottesglaubensgedankens in der Erziehung — war, angesichts des Theaterstückes zum Schluß, das in jede „vaterländische und christliche" Vereinsveranstaltung hinein paßte, völlig deplaciert. Ueber das Stück wollen wir keine große Sache machen. Es war ein Schmarren übelster Art. Schade nur um die Kinder, denen man solches Zeug lernen läßt. Wie kann man denn als Sozialdemokrat so ein Stück aus dem 12. Jahrhundert mit einem solchen Inhalt auf die Bühne bringen. Heute lacht man nur über die Worte des Ritters: „Alles will ich aufgeben .... für die Armen!" Das nächste Mal möge man seinen hochmäßigen König und Schleppenträger samt Gefolge — hübsch im „Bügerregal" weiter schlummern lassen, das ist unser Wunsch und Wille als Marxisten.

Im großen Gegensatz zu dieser Feier stand die am andern Tage von der Knabenschule veranstaltete Obwohl die letztgenannte Schule einen bürgerlichen Leiter hat, muß doch gesagt werden, daß diese Feier um ein Bedeutendes besser war, als die vom Sozialdemokraten Becherer. Die Feier der Knabenschule war, wie man zu sagen pflegt „volkstümlicher Art". Die Jungens traten in den „sieben Schwaben" und dem „Schusterlied" in völlig ungezwungener naiver Weise auf. Mit der Feier verbunden war eine Ausstellung der Werkschulabteilung. Die Zeichnungen, Bastelleien usw. zeugten von großem Fleiß der Schüler. Diese Ausstellung wird in den nächsten Tagen noch in der Schule ausgestellt sein. Den Besuch können wir nur empfehlen.

Delitzsch

Wie ein preußischer Landtagsabgeordneter und Gutsbesitzer mit „seinen Leuten" umspringt

Bei dem Abgeordneten Boes, Mockrehna, war der Schweinefütterer Moßdorf beschäftigt. Er erhielt 13.20 Mark Lohn. In bestimmten Abständen wurden, da Boes Schweinezucht treibt, die Schweine gewogen. Diese Arbeit wird in den Stunden von 4 bis 6 Uhr morgens verrichtet. In früheren Zeiten bekam Moßdorf dafür Zuwendungen an Naturalien. Die letzte Zeit jedoch wurden die Zuwendungen von Boes eingestellt. Aus diesem Grunde lehnte Moßdorf berechtigterweise die Mehrarbeit ab. Er forderte Bezahlung dieser Stunden. Boes entließ darauf Moßdorf.

Am 11 Februar wurde der Brutalität die Krone aufgesetzt. Während der Abwesenheit von Moßdorf wurde seine Familie durch den Gerichtsvollzieher aus der Wohnung getrieben. **Trotzdem die Frau erst drei Wochen vorher entbunden war,** mußte sie auf Befehl den Ofen ausmachen und sie wurde dann mit ihren vier Kindern in eine andere „Wohnung" gebracht. Die neue „Wohnung" besteht aus einem Raume von 3×4 Meter und einer Dachkammer ohne Fußboden, nicht geputzt. Wind und Wetter finden an dem schadhaften Dache Eingang. Abends müssen Tisch und Stühle aus dem Raume geschafft werden, damit die Kinder auf dem Fußboden schlafen können.

Für sechs Personen kann nur ein Bett aufgestellt werden.

Trotzdem im Dorfe eine oder zwei Wohnungen vorhanden sein sollen, steckt man Proleten in ein Loch, welches nur mit großer Mühe durch eine Hühnerleiter zu erreichen ist.

Dem Ersatzmann für Moßdorf scheint man gewogener zu sein. Ihm läßt man eine andere Wohnung herrichten. Geschieht das etwa weil der neue Mann sogar auf seiner Arbeitsbluse den „Stahlhelm" trägt?

Herr Landrat, wer hat den Befehl zur Räumung gegeben? War der Behörde bekannt, daß die Frau in den Wochen war? Hat sich die Behörde überzeugt, daß die neue „Wohnung" für sechs Personen reichte und vor allen Dingen, ob der Raum überhaupt als Wohnung in Frage kommen kann. Die sich in Wochen befindliche Frau muß die größeren Kinder rauf und runter tragen auf dieser Hühnerleiter.

Wir sind schon starke Stücke der Torgauer Reaktion gewöhnt, doch **dieser Fall ist das typische Zeichen von Zusammenarbeiten der** Großgrundbesitzer mit den Behörden. Wir müssen vom Amtsvorsteher und Landrat sofortige Beseitigung dieses Skandals fordern. Die Familie muß in eine andere Wohnung untergebracht werden. Herr Landrat, Sie wissen ja für sich gute Wohnungsverhältnisse zu schaffen, also bitte, handeln Sie sofort, wenn es sich auch um einen Proleten handelt.

Eilenburg. Der „Meister" ist krank. Landrat Meister ist schwer erkrankt. Er befindet sich augenblicklich im Elisabeth-Krankenhaus in Halle. Die Vertretung hat Landrat a. D. Raute übernommen. — Der Geselle wird's auch können.

Torgau-Liebenwerda-Schweinitz

Wahrenbrück. Zum letztenmal: Pfarrer Pollack. Genannter Pfarrer schickt uns zum zweitenmal eine Postkarte mit der „ergebenen" Bitte, ihm den Berichterstatter aus Wahrenbrück bekanntzumachen. Im übrigen bemerkt er, daß es doch die „selbstverständliche Erfüllung seiner Pflicht" sei, die Namen der Gewährsmänner namhaft zu machen. Die Anfrage auf einer offenen Postkarte begründet er mit einem guten Gewissen, was wir demnach ja auch haben, da wir ihm auf der mitgesandten Karte antworteten. Weiter möchte uns der „liebenswürdige" Geistliche an den höflichkeitsausdruck „ergebenst" gewöhnen und aus diesem Grunde schließt er auch diesmal sein Ersuchen mit dem Wort „ergebenst". Dem Herrn Pollack sei darum folgendes gesagt: Für eine Zeitung (auch für eine bürgerliche) ist es **in keinem Falle** Selbstverständlichkeit, die Namen ihrer Gewährsmänner preiszugeben. So etwas bezeichnet man als schuftig, was allerdings in den Kreisen des Herrn Pastors Pollack üblich oder gar selbstverständlich sein mag. Wir geben solche Namen selbst dann nicht preis, wenn es der Gewährsmann selbst wünscht und sündge es in solchen Fällen dem Gewährsmann frei, sich selbst bei dem Nachfragenden zu melden. Das, Herr Pfarrer, ist für uns Selbstverständlichkeit. Gegen Ihr „gutes Gewissen", das sich wohl durch die offene Postkarte offenbaren soll, haben wir nichts und antworten Ihnen aus diesem Grunde auch diesmal wieder in derselben offenen Weise, indem wir Ihnen diesen Artikel auf die mitgesandte Postkarte geklebt übersenden. Ihr Höflichkeitsausdruck aber, an den Sie uns gewöhnen möchten, ist uns als zum Sprachschatz gehörig selbstverständlich bekannt. Wir machen aber von diesem Wort niemals Gebrauch, weil es eine heuchlerische Floskel bedeutet. Sie, Herr Pfarrer, als Vertreter der Kirche, können allerdings das Wort „ergebenst" (außer im Verkehr mit der Arbeiterpresse) mit Recht weiter gebrauchen, denn es ist ja bekannt, **daß die Kirche die ergebene Dienerin der herrschenden Klasse** ist. Ihre Höflichkeit ist also nicht unsere Höflichkeit. Hoffentlich haben wir Sie nun durch das Vorstehende daran gewöhnt, daß es nicht zur proletarischen Höflichkeit gehört, jemand fortgesetzt zu belästigen. Weitere Zuschriften Ihrerseits wandern in den Papierkorb. Etwaiges mitgesandtes Rückporto wird der Roten Hilfe übergeben.

Aus der weiteren Umgebung

Barbis. Brand. In der Nacht zum Freitag brannte das Anwesen des Landwirts Robert Dreymann. Scheune und Stallungen wurden teilweise zerstört, das Wohnhaus fast völlig vernichtet. Dreymann brannten vor vier Jahren sämtliche Nebengebäude ab.

Dessau. Man muß sich zu helfen wissen. Einem Arzt aus der Umgebung, war von einem „Versandgeschäft" ohne Auftrag ein Füllfederhalter zugesandt worden. Der Arzt ließ die Sendung einfach liegen, bewahrte sie also auf, ohne sie in Benutzung zu nehmen. Als nach einiger Zeit die Firma Zahlung von 5,80 Mk. verlangte, hat der Arzt der Firma folgendes geantwortet: „Da ich annehme daß Sie bei der jetzigen kalten Jahreszeit erkältet sind, vielleicht auch einen Katarrh haben, gestatte ich mir, Ihnen je ein Rezept zu je drei Mark — sechs Mark zu senden. Die restierenden 20 Pfennig bitte ich auf mein Postscheckkonto einzuzahlen.

Dessau. Ein Ueberfall. Verteidigung mit Eiern. An einem der letzten Abende wurde der Händler Artur Wilke aus Dessau in der Nähe des Galgenberges auf der Straße von Kleckewitz nach Pöplitz von einem Fremden vom Fahrrad gezogen und bedroht. Wilke setzte sich mit der Luftpumpe seines Rades energisch zur Wehr, schlug den Angreifer besinnungslos. Auf diesen Hilferufe eilte aus einer in der Nähe liegenden Kiesgrube ein zweiter Angreifer herbei. Dieser Mann war mit einem Handstock bewaffnet, mit dem er nach Wilke schlug. Wilke gelang es aber, sich auf sein Rad zu schwingen, um davon zu fahren. Da ihm aber offenbar einer der beiden Strolche die Luft vom Rade gelassen hatte, blieb Wilke nichts weiter übrig, als abzuspringen und sich zur Wehr zu setzen. Mit kühnem Schwung schlug er seinem Gegner einen Korb mit Eiern, die er unterwegs eingekauft hatte, in das Gesicht. Auch der zweite der Angreifer war dadurch für die nächsten Minuten unschädlich gemacht, die Wilke zur Flucht benutzte. Von den beiden Tätern fehlt noch jede Spur.

Markranstädt. Unfall. Ein bedauerlicher Unfall ereignete sich auf dem Hofe einer Rauchwarenzurichterei. Von einem dort stehenden Wagen fielen fünf ungefähr 1½ Zentner schwere Fellballen und begruben eine 16jährige Arbeiterin unter sich. Zur Hilfe hinzueilende Arbeiter befreiten die Unglückliche aus ihrer Lage. Die Arbeiterin klagte über innere Schmerzen und begab sich unverzüglich in ärztliche Behandlung, von da aus wurde sie nach Leipzig überwiesen. 16jährige Arbeiterinnen und zentnerschwere Fellballen? — Das besagt genug.

Westerhausen. Hindenburg „patet". Eine unverhoffte Freude wurde hier dem Postschaffner Neue zuteil. Der Reichspräsident übernahm die Patenschaft über das 7. Kind. — Die Freude ist billig.

Zerbst. Die Grippe hat sich im Kreise Zerbst weiter ausgebreitet. Die Zahl der Erkrankungen hat sich in Roßlau verdoppelt und in Coswig verdreifacht.

Alkohol gegen Grippe?

Eine große Berliner Weinhandlung hat kürzlich auf großen Plakaten an den Anschlagsäulen behauptet, daß die Aerzte als Mittel gegen die Grippe den Genuß von Alkohol empfehlen. Aehnliches kann man jetzt auch häufig in Zeitungsanzeigen lesen. In Wirklichkeit dürfte es nur noch wenige, mit den Forschungsergebnissen der Wissenschaft noch nicht vertraute Aerzte geben, die einen derartigen Rat erteilen könnten. Steht es doch fest, daß der Genuß von alkoholischen Getränken das Entstehen von Erkältungskrankheiten erleichtert und ihre Heilung in der Regel verzögert. So hat kürzlich Dr. med. E. Kobrak in der „Täglichen Rundschau" ausgeführt: „Besonders leicht trifft den Organismus eine Erkältung, wenn er kurz vorher Gifte aufgenommen hat, die die Ausregulierung der Kälteschädigungen im Körper lähmen. Ein solches Gift ist vor allem der im Uebermaß genommene Alkohol. Anfänglich zwar gibt er dem Körper ein Gefühl der Wärme. Hat man aber abends ein paar Schnäpse zu sich genommen und geht dann hinaus in die feuchte, kalte Luft, so ist die Anfälligkeit ganz erheblich größer als bei Nüchternen ... Viel mehr Rheumatismen verdanken ihre Entstehung nicht dem Zug aus der Luft, sondern dem Zug aus der Flasche." Wer sich also vor Erkältungen, vor allem vor der Grippe, schützen will, der vermeide den Genuß von Alkohol.

Briefkasten

Zeitz. Den Jahresbericht der ASK. im vollen Umfang zum Abdruck zu bringen, verbietet uns der Platzmangel, zumal andere Arbeiter-Organisationen mit dem gleichen Recht ähnliche Ansprüche stellen würden. Ein Auszug aber wurde bereits vor einiger Zeit im „Klassenkampf" veröffentlicht.

Merseburg. E. S. Das Eingesandte ist eine allgemeine Geschichte ohne besonderes Interesse für die Leser. Eine Frage noch: Warum kaufst Du nicht im Konsum? Werde Mitglied.

Verantwortlich Marianne Gundermann Halle a. S., für den redaktionellen Teil; für den Verlag und Anzeigenteil: Fritz Koch, Halle a. S.

Postbezieher!

Die Bestellung muß bis zum 25. d. M. für März erfolgen, da sich sonst der Bezugspreis erhöht

Der Verlag.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270222-16/fragment/page=0010

Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2.30 Mark; durch die Post bezogen 2.00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg eGmbH. Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Anzeigenpreis: 13 Pfennig für den Millimeter Höhe und Spalte; 70 Pfennig für Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 21045, 21047, 22251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48 Fritz Krob, Halle.

Einzelpreis 10 Pf. | Halle, Dienstag, 22. Februar 1927 | 7. Jahrgang • Nr. 44

Keine Halbheiten!

Halle, 22. Februar.

In Sachsen ist ein Schiedsspruch gefällt worden. Die Metallarbeiter, die mit einer großartigen Wucht den Massenkampf für den Achtstundentag, beziehungsweise für die 46-Stunden-Woche, erzwungen haben, haben auf dem Papier den Achtstundentag erhalten. Auf dem Papier. In Wirklichkeit bringt der Schiedsspruch nicht den Achtstundentag, sondern den 8½-Stundentag. Es heißt wörtlich:

„Für einzelne Arbeitergruppen kann im Einvernehmen mit dem Betriebsrat die Arbeitszeit bis 51 Stunden in der Woche verlängert werden."

Es wird nicht gesagt, für welche Arbeitergruppen. Ferner präzisiert der Schiedsspruch nicht, inwieweit die Freiheit des Betriebsrats gesichert wird, die nötig ist, um die Mehrarbeit zu verhindern.

Wenn also der „Vorwärts" im Schiedsspruch den praktischen Sieg des Achtstundentages erblickt, so bedeutet dies eine Irreführung der Arbeiterschaft. Es muß weitergekämpft werden, bis der starre Achtstundentag ohne jede einschränkende Klausel und Hintertüren erzwungen wird!

Wahr ist dagegen, daß die Ablehnung der Verbindlichkeitserklärung einen ersten Erfolg der Arbeiterschaft bedeutet. Unter dem Massendruck wurde in Leipzig und Sachsen beschlossen, trotz eventueller Verbindlichkeitserklärung den offenen Kampf aufzunehmen. Die Folge war, daß das reaktionäre Arbeitsministerium zum erstenmal den Rückzug angetreten hat.

Seit vielen Monaten haben die Kommunisten den offenen Kampf gegen den Schlichtungsschwindel und Verbindlichkeitsschwindel als den einzigen Weg aufgezeigt, auf dem die Arbeiter ihre Lebensbedingungen verbessern können. **Sie wurden von der reformistischen Gewerkschaftsbureaukratie und von den SPD.-Führern deshalb als Organisationszerstörer beschimpft.** Noch während des Hamburger Streiks erklärten die reformistischen Führer, daß jeder offene Kampf gegen Schiedsspruch und Verbindlichkeitserklärung einen „Tarifbruch" bedeuten würde und haben gegen die Kommunisten eine wüste Hetze eingeleitet.

Und heute? Heute erfolgte derselbe Schritt in Sachsen, den die Kommunisten in Hamburg forderten, und führte zu den ersten Erfolgen. Der jetzt gefällte völlig ungenügende Schiedsspruch bedeutet auch, daß unter dem Druck der im offenen Kampfe stehenden Arbeiter, und nur unter diesem Druck, die Scharfmacherregierung einen ersten halben Rückzug antreten mußte.

Man soll sich aber vom Schein nicht irreführen lassen. Der Schiedsspruch wurde nicht mit Lohnerhöhung verbunden. Im Gegenteil. Der Zuschlag von zehn Prozent für die Mehrarbeit bedeutet im Verhältnis zu den kümmerlichen Löhnen der Metallarbeiter eine Lohnkürzung. Der Zweck des Schiedsspruches ist klar. Die Arbeiter sollen zu „freiwilliger" Mehrarbeit gezwungen werden. Es ist selbstverständlich, daß die Metallarbeiter, solange die tariflichen Schandlöhne nicht aufgebessert werden, mit der Hungerpeitsche zur Mehrarbeit getrieben werden. So schlägt die Wirklichkeit der Behauptung des „Vorwärts", wonach der Schiedsspruch praktisch den Sieg des Achtstundentages bedeute, gerade ins Gesicht. Und schließlich ist zu berücksichtigen, daß angesichts des unerhörten Drucks, der in den Betrieben auf die Betriebsvertretung ausgeübt wird, der Einspruch des Betriebsrats ebenfalls praktisch unmöglich gemacht werden kann.

Welche Taktik verfolgten „die" linken Sozialdemokraten bei dem Kampf der Metallarbeiter? Sie zogen sich schrittweise auf die Linie des rechten Parteivorstandes zurück. Ihre Aufgabe würde darin bestehen, jetzt die gesamte Metallarbeiterschaft zum weiteren Kampf zu mobilisieren, um den vollen Sieg zu erringen. Werden sie das tun? Das müssen die nächsten Tage zeigen, indem sie sich nicht mit aller Kraft für die Verbreiterung der Front einsetzen, haben sie eigentlich schon ihre Karten aufgedeckt. Formell wird die Entscheidung den Metallarbeitern selbst überlassen werden. Das bedeutet, daß die „linken" Führer jede Verantwortung von sich abwälzen wollen.

Der ganze Verlauf des sächsischen Kampfes hat für die hallische Metallarbeiterschaft eine ungeheure Bedeutung. Erstens zeigt Sachsen, daß die Arbeiterschaft sich vom Schlichtungsschwindel nicht mehr aufhalten läßt. Zweitens geht aus dem Verlauf der Bewegung klar hervor, daß nur der gleichzeitige Kampf um den Achtstundentag und um Lohnerhöhung zur wirklichen Wiedereroberung der achtstündigen Arbeitszeit führen kann. Was aber nicht bedeutet, daß man im gegebenen Moment nicht den Kampf für den Achtstundentag allein aufnehmen und von hier aus weitertreiben soll. Eine Aufrollung aller Lohn- und Arbeitszeitfragen im Gesamtmaßstabe ist jetzt unvermeidlich.

Jetzt zeigt sich auch klar, daß der hallische Schiedsspruch nur den Zweck verfolgte, die Einheitsfront zwischen der mitteldeutschen und der sächsischen Metallarbeiterschaft zu verhindern. Um so mehr ist es unsere Aufgabe, das Kampfbündnis zwischen der Berliner und der mitteldeutschen Metallarbeiterschaft sowie den Dreibund zwischen Metall, Chemie und Bergbau zusammenzuschweißen. Kein Feilschen um die 53-, 52- oder 51-Stunden-Woche, sondern Kampf um den starren Achtstundentag und um angemessene Lohnerhöhung! Tragt den Kampfgeist in die Betriebe! Fordert die Ausbreitung der Front!

Demonstriert für den Kampf um den Achtstundentag!

1300 Streikende in Schanghai hingerichtet

Verzweiflungstaten des Imperialismus — Die Kanton-Armee vor den Toren Schanghais — 250000 Arbeiter streiken

(Eig. Drahtm.) London, 22. Februar.

Das Komitee des Generals Sun Tschuan Fang ergreift in Schanghai drakonische Maßnahmen gegen die Streikenden. „Morning Post" und „Daily Expreß" melden, daß etwa 1300 Streikführer hingerichtet seien. In der Stadt herrscht der Belagerungszustand. Der Generalstreik in Schanghai nimmt immer größeren Umfang an. Selbst bürgerliche Berichte sprechen von 250 000 Streikenden. Die englische Polizei patrouilliert in provokatorischer Weise in den Fabrikbezirken. Die Erregung unter der Bevölkerung ist aufs höchste gestiegen. Der chinesische Polizeidirektor Li Paschang, eine Kreatur

[illegible] mit dem Tode. Jeder,

[illegible] und ersatzt wird, wird

[illegible]genmittel gegen

[illegible] don, 22. Februar.

[illegible] Meldungen über die [illegible] Chinesenstadt von [illegible] Köpfe hingerichteter [illegible] Pfählen zur Schau [illegible] sagt: Die Politik [illegible] gegenmittel gegen das [illegible] der „Times" zu- [illegible] es in Schanghai be- [illegible] vorzüglich ist, sowohl [illegible] gegen Sun Tschuang [illegible] auch in der Schnelligkeit [illegible] Herrschaft über die

[illegible] Schanghais

[illegible] dig

[illegible] zum Teil aus China [illegible] katastrophalen Nieder- [illegible] rdlichen Verbündeten [illegible] ren hat, der Fall

von Schanghai in allernächster Zeit erwartet werden darf. Die kantonesischen Truppen stehen unmittelbar vor der Stadt. Eine Verteidigung Schanghais vom Norden her, sei so gut wie ausgeschlossen. Zwischen Wupeifu und Tschangtsolin sollen übrigens heftige Differenzen ausgebrochen sein. Angeblich verhandelt Wupeifu mit Kanton über ein Zusammengehen mit Kanton. Wupeifu soll sogar Waffen und Truppentransporte Tschangtsolins angehalten haben. Der Generalstreik in Schanghai wird vollständig durchgeführt. Selbst englische Meldungen geben hunderttausend Mann Streikende zu. Die Trambahn, die Baumwollspinnereien, die Post, die Elektrizitäts- und Wasserversorgung, die Presse, die amerikanischen und englischen Zigarettenfabriken, der Hafenbetrieb und die Warenhäuser sind vom Streik stillgelegt. Das bestialische Vorgehen des gegenrevolutionären Polizeipräsidenten von Schanghai, der 15 Agitatoren der Kuomintang köpfen ließ, steigert die Erregung der Bevölkerung auf Siedehitze. In einer chinesischen Fabrik kam es zu ernsten Zusammenstößen mit dieser Menge, die Steine gegen die Fabrik schleuderte, und der Polizei gelang es, die Menge zu zerstreuen. Die Ueberreste der Truppen des Generals Suns ziehen sich plötzlich zurück und überfluten die ganze Gegend. In den imperialistischen Kreisen und in den imperialistisch-freundlichen chinesischen Kreisen herrscht Panik und Chaos. Die japanischen und amerikanischen Kriegsschiffe sollen neue Truppenlandungen vorgenommen haben.

Ein angsthlotterndes Telegramm Tschangtsolins an Wupeifu

Tschangtsolin richtete ein längeres Telegramm an Wupeifu, in dem er diesen dringend auffordert, die Provinz Honan zu säubern, um seinen (Tschangtsolins) Truppen den Vormarsch gegen die Südtruppen zu erleichtern. Tschangtsolin fordert Wupeifu ferner auf, sich seiner unzuverlässigen Unterführer zu entledigen, und erklärt in dem Telegramm weiter: „Wenn ich jetzt nichts unternehme, so kann die Folge davon unter Umständen der Untergang der ganzen Nation sein".

[illegible] Schiedsspruch für Sachsen

Achtstundentag auf dem Papier — 51-Stunden-Woche in der Praxis Weiterkämpfen für die 46-Stunden-Woche

(WTB.) Dresden, 22. Februar.

Die heutigen Verhandlungen zur Beilegung des Konfliktes in der sächsischen Metallindustrie führten zu folgendem Ergebnis: die regelmäßige Arbeitszeit ausschließlich der Pausen beträgt 48 Stunden wöchentlich. Abweichend hiervon kann für einzelne Arbeitergruppen im Einvernehmen mit dem Betriebsrat die Arbeitszeit bis zu 51 Stunden wöchentlich verlängert werden. Für die über 48 Stunden hinausgehende Arbeitszeit ist ein Zuschlag von 10 Prozent zu zahlen. Die Frist zur Erklärung läuft bis zum 24. d. M., mittags 12 Uhr. Es ist mit der Zustimmung der Parteien zu rechnen. Nach erfolgter Zustimmung hat die Aufhebung des Streikes und der Aussperrung unverzüglich zu erfolgen. Maßreglungen dürfen nicht vorgenommen werden.

Mißerfolg der Generalaussperrung

Die Grenzen der Solidarität der Unternehmer sind durch ihre Profitgier gegeben. In der Metallindustrie herrscht eine gute, zum Teil ausgezeichnete Konjunktur. Die sächsischen Metallindustriellen, die mit dringenden Aufträgen versehen waren, hatten keine Lust, die Aussperrung durchzuführen. Ein Teil der Unternehmer hat sich direkt geweigert, die Betriebe zu schließen. Die „Leipziger Neueste Nachrichten" melden: **„In Dresden haben allein sechs Großbetriebe mit 7200 Arbeitern nicht ausgesperrt, desgleichen das große Lauchhammer-Werk in Riesa mit 4000 Arbeitern. Die Mitglieder des Arbeitgeber-Schutzverbandes, der nicht ausgesperrt hat, beschäftigen in Sachsen etwa 20 000 bis 25 000 Arbeiter."** Hieraus ist ersichtlich, daß die Solidarität der Unternehmer nie so geschlossen ist, wie sie zu einer vollständigen Aussperrung erforderlich wäre.

Dresden für den Kampf

(Eig. Drahtm.) Dresden, 22. Februar.

Die Dresdner Funktionäre des DMV. nahmen in einer gut besuchten Versammlung zur Kampflage Stellung und forderten einmütig Fortsetzung des Kampfes bis zur Durchsetzung der 46-Stunden-Woche in ganz Sachsen. Folgende, von der Opposition eingebrachte Entschließung wurde einstimmig angenommen:

„Die Obleute der ausgesperrten Betriebe der Dresdener Metallindustrie verlangen von den zuständigen Instanzen des DMV., daß sie einem Schiedsspruch, der über die 46-Stunden-Woche hinausgeht, ihre Zustimmung auf keinen Fall geben. Von der Verbandsleitung des DMV. in Dresden wird gefordert, entsprechend den Beschlüssen des Bundesausschusses des ADGB. mit allen zu Gebote stehenden Mitteln dafür zu sorgen, daß in allen Metallbetrieben nicht länger als acht Stunden am Tage und 46 Stunden in der Woche gearbeitet wird."

Was der „Vorwärts" sagt

(Eig. Drahtm.) Berlin, 22. Februar.

Der „Vorwärts" erklärt zu dem Schiedsspruch, daß mit ihm der Achtstundentag praktisch errungen sei.

Generalaussperrung der schlesischen Textilarbeiter

Nach einer Meldung des „Vorwärts" haben die schlesischen Textilindustriellen nunmehr beschlossen, die Aussperrung, die bereits für die Bezirke Görlitz und Reichenbach ausgesprochen worden war, auch auf alle übrigen Bezirke auszudehnen, und zwar soll die Gesamtaussperrung am 5. März in Kraft treten. Von dieser Aussperrung würden etwa 63 000 Personen betroffen werden.

Aussperrung der Württemberger Holzarbeiter

Dem „Vorwärts" zufolge hat der Verband der württembergischen Holzindustriellen die Aussperrung der gesamten württembergischen Holzarbeiter für den Mittwoch nächster Woche beschlossen. Anlaß für die Aussperrung war die Forderung von 16 Möbelpolierern einer Stuttgarter Möbelfabrik, den Stundenlohn wieder um den Betrag von acht Pfennigen zu erhöhen, den man ihnen vorher abgezogen hatte.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270222-16/fragment/page=0011